

71. Sitzung

Mittwoch, den 25.01.2017

Erfurt, Plenarsaal

Zur Lage der inneren Sicherheit in Thüringen, Stärkung der Sicherheitsbehörden im Freistaat

5940

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/3298 -

dazu: Thüringen schützen – Heimat verteidigen: Terrorismus und Kriminalität bekämpfen, Polizei und Justiz stärken

Alternativantrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 6/3342 -

Minister Dr. Poppenhäger erstattet zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der CDU einen Sofortbericht.

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird wegen des von Abgeordneten Fiedler erhobenen Widerspruchs gemäß § 106 Abs. 2 Satz 2 GO festgestellt.

Die Nummern 2 bis 7 des Antrags der Fraktion der CDU werden in namentlicher Abstimmung bei 83 abgegebenen Stimmen mit 29 Ja-Stimmen, 53 Neinstimmen und 1 Enthaltung (Anlage 1) abgelehnt.

Der Alternativantrag der Fraktion der AfD wird in namentlicher Abstimmung bei 84 abgegebenen Stimmen mit 8 Ja-Stimmen und 76 Neinstimmen (Anlage 2) abgelehnt.

Fiedler, CDU	5940, 5941, 5941, 5941, 5949, 5949, 5950, 5954, 5956, 5977
Henke, AfD	5941
Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales	5942, 5974
Marx, SPD	5957
Höcke, AfD	5960
Dittes, DIE LINKE	5964, 5971
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5971
Brandner, AfD	5976, 5976, 5976, 5976, 5976, 5977

Anwesenheit der Abgeordneten:

Fraktion der CDU:

Bühl, Carius, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Meißner, Mohring, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsov, Huster, Jung, Kalich, König, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Helmerich, Hey, Höhn, Lehmann, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Rosin, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Brandner, Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

fraktionslos:

Gentele, Krumpe, Reinholz

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Keller, Dr. Poppenhäger, Siegesmund, Werner

Beginn: 13.01 Uhr

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf bitten, die Plätze einzunehmen. Ich begrüße Sie alle herzlich zu unserer heutigen Sondersitzung im Thüringer Landtag. Da Sie sich selbst untereinander noch alles Gute zum neuen Jahr wünschen, möchte ich das auch gern tun. Ich möchte jedem von Ihnen und Ihren Familien ganz herzlich alles Gute wünschen.

Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags aufgrund eines Antrags der CDU-Fraktion einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in der Drucksache 6/3283 vor. Für die Plenarsitzung hat neben mir Platz genommen als Schriftführerin Frau Abgeordnete Dr. Martin-Gehl, die Rednerliste wird von Herrn Abgeordneten Gruhner geführt. Für die heutige Sitzung hat sich eine ganze Reihe von Kollegen entschuldigt, das sind der Herr Abgeordnete Emde, der Herr Abgeordnete Malsch, Herr Abgeordneter Primas, Herr Abgeordneter Scherer, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Voigt, Herr Ministerpräsident RameLOW – er ist aber da, Sie verschwinden dann zeitweise, wir werden sehen – und Frau Ministerin Dr. Klaubert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind einige der Kollegen ernstlich erkrankt. Ich habe mir erlaubt, im Namen des gesamten Landtags Genesungswünsche und auch einen Blumenstrauß an die Kollegen zu richten.

(Beifall im Haus)

Wir wünschen ihnen auch von hier aus gute Besserung!

Ich darf darauf hinweisen, dass der Ältestenrat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung für Herrn Yael Kolb von Radio ENNO, für Frau Monique Junker, Frau Annemarie Haak und Herrn Robert Hansch vom MDR, für Herrn Ludger Konopka von der Hersfelder Zeitung sowie für Herrn Jürgen Marschall und Frau Grit Hasselmann von Radio Lotte Dauerarbeitsgenehmigungen für Bild- und Tonaufnahmen im Plenarsaal für die 6. Wahlperiode erteilt hat.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu diesem Tagesordnungspunkt, also zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der CDU in Drucksache 6/3298 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen. Zudem wurde ein Alternativantrag der AfD-Fraktion in der Drucksache 6/3342 verteilt. Gibt es weitere Wünsche zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall, sodass ich nun den **Tagesordnungspunkt** aufrufe

Zur Lage der inneren Sicherheit in Thüringen, Stärkung der Sicherheitsbehörden im Freistaat

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/3298 -

dazu: Thüringen schützen – Heimat verteidigen: Terrorismus und Kriminalität bekämpfen, Polizei und Justiz stärken

Alternativantrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/3342 -

Wünscht die CDU-Fraktion das Wort zur Begründung? Das ist der Fall. Herr Abgeordneter Fiedler, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Entschuldigung, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident ist leicht erkrankt, das habe ich somit festgestellt. Meine Damen und Herren, wir wollen uns heute auf Antrag der CDU-Fraktion mit der Lage der inneren Sicherheit in Thüringen, Stärkung der Sicherheitsbehörden im Freistaat befassen.

Meine Damen und Herren, bevor ich zu den Begründungen im Einzelnen komme, möchte ich trotzdem die Gelegenheit nutzen, weil mich das seit letzter Woche umtreibt. Gestatten Sie mir einige Worte in einer anderen besorgniserregenden Angelegenheit, die mich wirklich umtreibt. Bei allem Verständnis für politische Differenzen, Meinungsverschiedenheiten, verbale Ausrutscher und andere mehr und minder gehaltvolle Äußerungen, aber auch die Geschmacklosigkeit ist hier überschritten, wenn ich an die Äußerung von Herrn Höcke in Dresden denke.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind, meine Damen und Herren, nicht nur eine Schande für den Landtag. Sie sollten sich, Herr Kollege Höcke, wirklich abgrundtief schämen,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Zur Sache!)

sondern auch ganz ernsthaft fragen, ob Sie überhaupt noch mit einem Fuß auf dem Boden unserer Verfassung stehen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Fiedler, es gibt eine Wortmeldung des Abgeordneten Brandner. Gestatten Sie die?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Nein, meine Zeit ist begrenzt.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Aber das Thema ist etwas verfehlt!)

Präsident Carius:

Herr Fiedler wird jetzt zur Sache sprechen.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Das gehört zur Sache. Das gehört nämlich auch zur inneren Sicherheit, Herr Präsident, meine Damen und Herren,

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Gentele, fraktionslos)

denn das hat damit sehr viel zu tun.

Ich habe nicht so viel Zeit und möchte einiges sagen. Wenn ich den Rest nicht schaffe, sage ich es nachher. Ich habe gestern – ich will alle noch einmal daran erinnern, die vielleicht manchmal noch spät Fernsehen schauen – die Befreiung von Auschwitz-Birkenau usw. gesehen. So etwas habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht gesehen, wie die Leichenberge hin- und hergezerrt wurden, wie sie begraben wurden usw. usf. So etwas kann man nicht auch nur ansatzweise nutzen, um Politik zu machen. Das ärgert mich so daran.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, und jetzt komme ich zu dem Punkt: Ist die innere Sicherheit in Thüringen noch gewährleistet?

Meine Damen und Herren, bevor ich dazu komme, möchte ich herzlich begrüßen Herrn Ader von der GdP, Jürgen Hoffmann von der DPoIG und Herrn Malik vom BDK. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir machen es ja nicht für uns, wir machen es für die Gewerkschaften und für die Kolleginnen und Kollegen. Bevor Sie da drüben vielleicht gleich wieder aufheulen – ich hoffe es nicht –, dass wir hier zahlreiche Hilferufe der Polizei behandelt haben: Ich muss das nicht alles noch einmal nennen – Mühlhausen und Co. –, deswegen haben wir dieses Sonderplenum beantragt. Wir haben in Deutschland seit circa zwei Jahren eine völlig veränderte Sicherheitslage. Das kann auch Rot-Rot-Grün nicht bestreiten oder, wie sonst üblich, der Vorgängerregierung in die Schuhe schieben.

(Beifall CDU)

Einiges kann man sagen, aber Fakt ist eins: Nach dieser Sicherheitslage, die sich im gesamten Land und auch in Thüringen darstellt, muss hier endlich etwas passieren. Ich glaube, dass die Landesregierung das bisher zumindest bis zum Innenminister

noch nicht wahrgenommen hat. Das ist wirklich nicht mehr hinnehmbar. Deswegen möchte ich von Ihnen nochmals einfordern, der bestehenden Be- und Überlastung unserer Polizei schleunigst entgegenzutreten. Wenn das nicht passiert, wird das Ganze zu einem Risiko für die innere Sicherheit. Das sind übrigens nicht nur meine Worte. Das ist Konsens mit den beiden großen Gewerkschaften, den wir hier erzielt haben, um das Thema anzusprechen.

Jetzt will ich noch einmal auf die Personalsituation eingehen. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit mag gegenwärtig noch gegeben sein. Aber wie lange noch, meine Damen und Herren? Wenn die rot-rot-grünen sogenannten Sicherheitsexperten nachher wieder von Angst- und Panikmache sprechen werden, ist ihnen der Ernst der Lage offenbar immer noch nicht bewusst. Es ist nicht nur viel zu spät, zu handeln, sondern auch viel zu wenig veranlasst worden. Und das, obwohl meine Fraktion bereits Anfang 2015 eine eindeutige Forderung erhoben hat, um auf die neue Sicherheitslage vorbereitet zu sein. Dann kommt noch dazu: Der Innenminister macht nur noch Gebietsreform, die aus Ihrer Sicht so wichtig ist, aber um die Polizei kümmert er sich so gut wie nicht.

(Beifall CDU)

Wir können und wollen nicht hinnehmen, dass das Thema „innere Sicherheit“ entsprechend nur noch Ihr Herr Staatssekretär hier behandelt.

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Fiedler, Ihre Redezeit ist beendet.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Meine Redezeit ist um. Meine Damen und Herren, wir fordern ein Sicherheitskonzept und den Rest werde ich nachher ausführen. Danke.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Die AfD-Fraktion wünscht auch das Wort zur Begründung. Herr Abgeordneter Henke, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Henke, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident. Werte Abgeordnete, wertige Gäste, ich möchte es zum Anlass nehmen, dem Innenministerium und den Polizeibeamten zu danken, dass letzte Woche eine größere Einbruchserie mit 120 Wohnungseinbrüchen aufgeklärt werden konnte. Vielen Dank dafür.

(Beifall AfD)

(Abg. Henke)

Absolute Sicherheit kennt nur ein Wort: todsicher. Absolute Sicherheit kann es in diesem Leben nicht geben. Aber der Staat hat die Pflicht, das Recht und die Mittel, für ein grundlegend sicheres Leben zu sorgen. Dieses sichere Leben sehen immer mehr Bürger in Deutschland bedroht. Eine Umfrage des Allensbach-Instituts ergab, dass 2006 fast die Hälfte der Deutschen den Eindruck von zunehmender Kriminalität hatte. 2016 waren es bereits 69 Prozent. 79 Prozent denken, dass mit der Zahl der Flüchtlinge auch die Kriminalität zunimmt. Insbesondere die Frauen fühlen sich immer mehr bedroht. Nur noch 37 Prozent von ihnen fühlen sich sicher. Die Bürger Deutschlands sind sich allerdings sicher: Wenn man etwas gegen die zunehmende Unsicherheit machen will, muss man die Polizei aufstocken, ihre Ausrüstung verbessern, öffentliche Plätze überwachen, straffällige Asylbewerber abschieben.

(Beifall AfD)

Wir von der AfD sagen ganz klar: Die Stimme der Bürger ist unser Programm. Als Erstes haben wir eine Aufstockung der Polizei gefordert – eine Forderung, der sich jetzt auch die CDU anschließt. In unserem Sicherheitspaket stecken mehr Maßnahmen, um für eine kurz- wie langfristige Verbesserung der Sicherheitslage im Freistaat zu sorgen. Auf die Polizei bezogen ist das eine Strategie, die Prioritäten klar benennt sowie auf die Entwicklungen in den wesentlichen Kriminalitätsfeldern, die Rolle der Prävention, die finanziellen Rahmenbedingungen und eine gute Personallösung eingeht, welche gute Beschäftigungsbedingungen sicherstellt. Wir greifen damit eine Forderung der Expertenkommission zur Evaluierung der Polizeistrukturenreform auf. Ohne Strategie tappt man im Dunkeln. Die Thüringer Polizei muss sich wirkungsvoll auf die wichtigsten Deliktfelder konzentrieren. Statt eines Blitzermarathons wären zum Beispiel verstärkte Streifen in Wohngebieten sinnvoll,

(Beifall AfD)

die besonders von Einbrüchen betroffen sind. Ein zentrales Sicherheitsproblem ist die Verschleierung von Identität bei Asylbewerbern, die bekanntlich fast flächendeckend ihre Pässe verlieren. Anis Amri, der Attentäter von Berlin, hatte vier Identitäten. Um das Leben der Terroristen, Kriminellen und Betrüger schwerer zu machen, fordern wir die Einrichtung einer Ermittlungsgruppe zur Feststellung der Identität von ausländischen Straftätern und eine Beschleunigung der aufenthaltsbeendenden Maßnahmen. Zu diesem Zweck sollen Personal und Fachkompetenz aus der Polizei sowie den Ausländerbehörden und der zentralen Abschiebestellen beim Landesverwaltungsamt zusammengeführt werden. Bei Verdacht auf Leistungserziehung kann Personal der Sozialbehörden hinzugezogen werden. In Berlin hat eine solche Ermittlergruppe

acht Jahre lang gewirkt. Im Ergebnis konnten 43 Abschiebungen und 45 freiwillige Ausreisen von Angehörigen krimineller arabischer Clans erwirkt werden.

Die gute Ermittlungsarbeit der Polizei wird leider allzu oft durch lange Verfahren in der Justiz zunichte gemacht. Damit eine Strafe einen wirklich abschreckenden Effekt hat, muss sie auf dem Fuße folgen. Das bewährte Neuköllner Modell der Richterin Kirsten Heisig sorgt dafür, dass die Verfahren im Bereich der Jugendkriminalität vereinfacht und beschleunigt werden und ein effektives Zusammenwirken der Justiz und Polizei, der Schulen und Sozialarbeiter/Therapeuten ermöglicht wird. Unterhalb der Verhängung einer Jugendstrafe bietet es von einer richterlichen Ermahnung bis zu vierwöchigem Dauerarrest Mittel, um ein Abrutschen der Jugendlichen auf die schiefe Bahn zu verhindern. Ohne Sicherheit keine Freiheit!

(Beifall AfD)

So hat es Friedrich Wilhelm von Humboldt ausgedrückt. Thüringen muss sicher werden, damit es lebenswert bleibt. Vielen Dank!

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Danke schön, Herr Henke. Bevor ich jetzt der Landesregierung das Wort erteile, möchte ich doch noch mal darum bitten: Jeder hat hier seine bestimmten persönlichen Auffassungen und jeder ist da unterschiedlich emotional aufgewühlt, ich kann das in der Sache alles nachvollziehen, ich bitte doch aber um etwas Mäßigung in der Debatte nachher. Jetzt geht es um Sicherheitspolitik und jetzt freue ich mich, dass der Innenminister für die Landesregierung einen Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der CDU gibt. Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, der Anschlag von Berlin, die Ereignisse am Frankfurter Flughafen, in München, in Würzburg, in Ansbach, aber auch die verhinderten Anschläge der Sauerland-Gruppe, die rechtzeitige Festnahme potenzieller Attentäter in Düsseldorf und Bochum oder durch glückliche Umstände erfolglose Anschlagversuche wie am Hauptbahnhof in Bonn führen uns vor Augen, dass Terrorismus kein Ereignis außerhalb Deutschlands ist. Lange Zeit konnten wir uns in Deutschland nach dem Ende des RAF-Terrorismus und dem Terror des NSU in der vermeintlichen Sicherheit wännen, Anschläge würden uns nur in den Nachrichten begegnen. Diese Annahme war stets trügerisch. Heute ist sie falsch. Aber Angst war und ist ebenfalls kein gu-

(Minister Dr. Poppenhäger)

ter Ratgeber. Die Bundeskanzlerin – und dies ist mir im Kontext der heutigen Landtagsberatung wichtig –, die CDU-Vorsitzende, Frau Dr. Merkel, sagte zutreffend nach dem Berliner Anschlag, unser Ziel ist Sicherheit in Freiheit. Wir sollten einen freiheitlichen Staat, einen offenen Staat erhalten. Die Bürger selbst, die gesamte gut meinende Gesellschaft sei jetzt gefragt. Es ist vielleicht auch wieder an der Zeit, wo man deutlich zeigen muss, wofür wir stehen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU-Fraktion hat diese Sondersitzung zum Thema „innere Sicherheit“ beantragt, obwohl alle Vorschläge der CDU auch in den kommenden drei Tagen hätten diskutiert werden können.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb gestatten Sie mir die deutliche Feststellung: Weder Aktionismus noch parteipolitische Instrumentalisierung der Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger in unserem Freistaat sind angemessen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: In Zeiten wie diesen bedarf es Besonnenheit, klaren Kurses, eines Kompasses, den ich mit „Sicherheit in Freiheit“ bereits benannt habe. Entgegen dem Bild, das die Opposition in der Öffentlichkeit zeichnet, stelle ich hier mit allem Nachdruck fest: Unsere Sicherheitsorgane leisten eine hervorragende Arbeit. Unsere Bediensteten – sei es in der Justiz, im Verfassungsschutz oder der Polizei – geben tagtäglich ihr Bestes, um unseren Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies sollte jeder verantwortliche Politiker in diesem Land sich und anderen verdeutlichen. Das heißt, gelegentlich eben auch mal den Oppositionsreflex auszuschalten, Herr Mohring.

(Beifall SPD)

In Thüringen wird es keine Angsträume geben, weder in der realen Welt noch in den sozialen Netzwerken. Als Innenminister stehe ich mit dieser Landesregierung jeden Tag dafür ein, dass die öffentliche Sicherheit und die innere Sicherheit unseres Landes gewahrt und verbessert werden, dass unsere Sicherheitsorgane die für ihre Arbeit notwendige Ausstattung erhalten, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert werden und die gesellschaftlichen Netzwerke, die für Prävention von Terror und Kriminalität unverzichtbar sind. Ich stehe für eine Sicherheitspolitik, welche den Schutz der Freiheit für alle, weil Sicherheit für den Einzelnen,

zum Gegenstand hat. Wie diese Freiheit und innere Sicherheit in Balance zu bringen sind, darüber haben wir zu sprechen und da erwarte ich von einer verantwortungsbewussten Opposition auch Vorschläge, die mehr sind als die Sammlung parteipolitischer Evergreens. Ich sage dies deshalb, da in Zeiten wie diesen die konservativen Parteien reflexartig nach Gesetzesverschärfungen rufen. Das ist zunächst nicht mehr als Aktionismus.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Koalition und ich als ihr Innenminister stehen für einen starken, einen handlungsfähigen, einen selbstbewussten Staat, der das Gewaltmonopol verteidigt und die Bürgerrechte bewahrt. Die Terroristen haben ihr Ziel dann erreicht, wenn wir unsere Freiheit einschränken. Ich glaube, das ist ein Allgemeingut. Der Preis der Freiheit besteht darin, dass eine offene Gesellschaft keine hundertprozentige Sicherheit garantieren kann. Doch gerade die Thüringerinnen und Thüringer wissen den Preis der freien Gesellschaft zu bewerten. Ein absoluter Staat und fehlende Freiheitsrechte, diese Zeiten haben wir 1989 hinter uns gelassen.

(Beifall CDU)

Sicherheit kann nicht mit einer einseitigen Stärkung des Staats erreicht werden. Nur durch das Zusammenwirken von Prävention, der Stärkung des inneren Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit aller Sicherheitsbehörden, der Staatsanwaltschaften, aber auch der Gerichte entsteht das hohe Maß an Sicherheit, das wir benötigen bei weitestmöglichem Erhalt der persönlichen Freiheit, derer wir genauso bedürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werfen wir einen Blick auf die tatsächliche Sicherheitslage in Thüringen. Den Sicherheitsbehörden im Freistaat liegen gegenwärtig keine konkreten Hinweise auf die Vorbereitung terroristischer Gewalttaten vor. Gleichwohl besteht für den Bereich des islamistischen Terrorismus weiterhin eine hohe abstrakte Gefährdung für die Sicherheitslage in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Darauf habe ich auch mehrfach in diesem Landtag hingewiesen. Islamistisch motivierte terroristische Anschläge in Deutschland oder gegen deutsche Interessen im Ausland sind jederzeit möglich. Allein auf die Gefahr des islamistischen Terrorismus zu schauen, wäre jedoch falsch. Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialistischen Untergrund, aber auch der zunehmenden gewaltsamen und gewalttätigen Vorfälle von sogenannten Reichsbürgern in Reuden in Sachsen-Anhalt oder in Georgensgmünd in Bayern, bei denen Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt wurden und ein Beamter getötet worden ist, zeigen uns die Gefahr von rechtsterroristischen Anschlägen.

(Minister Dr. Poppenhäger)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Welt ist eben nicht – wie es Vertreter der AfD so häufig versuchen – in die Welt der Bösen von da draußen und die der Guten hier drinnen einzuteilen. Wir müssen uns vielmehr gemeinsam im In- und Ausland gegen Extremisten positionieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade auch mit Blick auf die sogenannten Reichsbürger ist es wichtig, über ein strenges Waffenrecht Gefährdung an Leib und Leben für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und andere Bedienstete des Landes zu verhindern. Ich werde an späterer Stelle darauf zurückkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion fordert unter anderem eine Stärkung der Polizei mit dem Ziel, dem gegenwärtig gestiegenen Bedarf an Vollzugsbeamten gerecht zu werden und die bestehenden Personaldefizite auszugleichen – so das Zitat aus ihrem Antrag.

Hierzu stelle ich fest: Die CDU-Fraktion kritisiert eine Personalausstattung der Thüringer Polizei, für die CDU-Innenminister 10 Jahre lang die Verantwortung getragen haben.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das haben wir aber!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU-Fraktion übernimmt hier den leicht durchschaubaren Versuch, die Untätigkeit vergangener Zeiten sowie den Stellenabbaupfad früherer Landesregierungen der jetzigen Landesregierung anzulasten.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Da wird ja der Redner rot!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird aus Aktionismus Unehrlichkeit in der politischen Debatte. Ich möchte die CDU-Fraktion an dieser Stelle auf den Widerspruch hinweisen zwischen ihrer heutigen Forderung, mehr Stellen bei den Sicherheitsorganen zu schaffen und ihrer Forderung, die Landesregierung solle den Stellenabbau radikal beschleunigen und verschärfen. Dem Anspruch stringenter Politik muss sich auch die Opposition stellen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Die Koalition aber auch! Das kannst du mit deinen linken Brüdern klären!)

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, handlungsfähige Sicherheitsorgane benötigen eine gute Führung. Als Innenminister kann ich sagen, dass wesentliche Führungsdienstposten zu Beginn meiner Dienstzeit nicht besetzt waren. Diesen unhaltbaren Zustand, der übrigens auch ein Sicherheitsrisiko darstellt, habe ich beendet.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die wesentlichen Führungsdienstposten sind heute stabil besetzt. Darüber hinaus habe ich dafür Sorge getragen, dass eine Vielzahl vakanter Spitzenpositionen in der Thüringer Polizei besetzt wurde. Neben dem Präsidenten der Landespolizeidirektion und des Landeskriminalamts Thüringen wurden fünf LPI-Leiter – in Erfurt, in Gotha, in Jena, in Nordhausen und in Saalfeld –, der Leiter der Autobahnpolizeiinspektion, der Fachbereichsleiter Polizei der Verwaltungsfachhochschule besetzt und als eine der letzten Besetzungen die erste weibliche Behördenleiterin in der Thüringer Polizei als Leiterin der Bereitschaftspolizei in eine Leitungsfunktion gebracht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist das Gegenteil von Aktionismus und Parteipolitik. Das ist wirksame Sicherheitspolitik.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein in der Zeit von 2004 bis zum Regierungswechsel 2014 reduzierte sich die Anzahl der Bediensteten in der Thüringer Polizei von 7815 auf 7148. Dies sind fast 700 Stellen im Bereich der inneren Sicherheit. In diesem Rückgang ist der Verlust von 411 Polizeivollzugsbeamten für die Thüringer Polizei inbegriffen. Um Ihnen diese Zahl etwas näherzubringen, möchte ich einen Vergleich heranziehen. Die Reduzierung von 411 Polizeivollzugsbeamten – Herr Mohring, da können Sie lachen – entspricht in etwa dem Gesamtpersonalbestand der Erfurter Inspektionsdienste Nord und Süd, die zusammen über 420 Dienstposten verfügen. Diese Beamten fehlen uns heute. Gute Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wachsen eben nicht an den Bäumen, sondern benötigen Zeit für eine gute und solide Ausbildung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die amtierende Landesregierung hat von Beginn an die Problemfelder der Personalausstattung der Sicherheitsbehörden erkannt und folgerichtig Schritte zur Problemlösung eingeleitet, um den Gesamtpersonalbestand der Thüringer Polizei zu halten und weitere Reduzierungen zu vermeiden. So wurden die Ausbildungskapazitäten an den Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei in Meiningen erhöht. In den Jahren 2015 und 2016 wurden wieder zu-

(Minister Dr. Poppenhäger)

sätzliche 30 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt. Das ergibt eine Gesamtzahl von 155 Polizeianwärtinnen. Dies setzen wir 2017 fort. In den Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2018/2019 werde ich mich dafür einsetzen, die Zahl der Anwärtereinstellungen deutlich über das seit 2015 bestehende Niveau hinaus zu heben.

Die CDU-Fraktion fordert eine Ausbildungshundert-schaft bei der Polizei. Ich sage dazu: Nicht alles, was sich bei Twitter auf 140 Seiten gut verkaufen lässt, ist auch eine sicherheitspolitische Maßnahme.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Zeichen, nicht Seiten!)

Statt dieser aktionistischen Forderung stelle ich in Übereinstimmung mit denjenigen, die tatsächliche Kenntnis von der Materie haben, fest: Die Ausbildungskapazitäten am Standort der polizeilichen Bildungseinrichtungen sind für bis zu 200 Polizeianwärter ausreichend. Selbst bei einer weiteren Erhöhung der Anwärterzahlen besteht überhaupt kein Erfordernis für eine sogenannte Ausbildungshundert-schaft. Staatssekretär Udo Götze hatte bereits im Plenum am 11. November 2016 über diesen Sachverhalt berichtet. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie daraus Schlussfolgerungen gezogen hätten. Ihr Schnellschuss zeigt das Gegenteil.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass sich die gegenwärtige modulare Ausbildung insbesondere in Bezug auf qualitätssichernde Elemente der Polizeiausbildung bewährt hat. Gerade die modularen Ausbildungsinhalte in den Vorbereitungslehrgängen zum mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst stellen besondere Anforderungen an personelle und materielle Ressourcen, die an den Standorten der Bereitschaftspolizei in Erfurt und Rudolstadt nicht gegeben sind. Daher kann die Bereitschaftspolizei dem Bedarf eines modernen und umfänglichen Vorbereitungsdienstes nicht genügen. Wir wollen eine moderne, leistungsfähige Polizeiausbildung, die den zukünftigen Herausforderungen gewachsen ist. Die gegenwärtige Ausbildung gewährleistet das. Sie ist ein Garant für den Erhalt von qualifizierten Polizeivollzugsbeamten für den Freistaat Thüringen. Die hohen Qualitätsansprüche, die wir an die Polizeiausbildung stellen, sind freilich nur eine Seite der Medaille. Die Gewinnung von geeignetem Polizeinachwuchs ist die andere Seite und nicht minder wichtig. Die Thüringer Polizei steht bei der Gewinnung von geeigneten Bewerbern im direkten Wettbewerb mit den Polizeibehörden der anderen Länder und des Bundes. Insofern müssen Standortvorteile klar herausgehoben, transparent und offensiv dargestellt werden.

Ein wesentlicher Vorteil der Thüringer Polizei bei der Gewinnung von Anwärtern ist die Ausbildung im

mittleren Polizeivollzugsdienst, die neben hoch qualifiziertem Ausbildungspersonal beste Ausbildungseinrichtungen in Meiningen vorhält. Weiterhin können sich auch Personen mit Schulabschlüssen der mittleren Reife bewerben, denen sich im Laufe des Berufslebens weitere Aufstiegs- und Karrierechancen bieten. Diese Attraktivität zeigt sich unter anderem darin, dass sich beim Bildungszentrum der Thüringer Polizei als Einstellungsbehörde auch für das Ausbildungsjahr 2017 mehr als 2.000 Personen aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland für eine Ausbildung bei der Thüringer Polizei beworben haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben einer angemessenen Personalausstattung der Sicherheitsbehörden zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass wir zum Schutz der Freiheit und zum Erhalt der Sicherheit in unserem Land auch die materielle Ausstattung der Sicherheitskräfte ganz besonders im Auge behalten müssen. Der veränderten Sicherheitslage entsprechend sind bereits Beschaffungen erfolgt. Darüber hatte ich in der Vergangenheit bereits im Landtag berichtet. Die bereits erfolgten und geplanten Beschaffungen werden die Thüringer Polizei in die Lage versetzen, angemessen auf eine mögliche terroristische Gefährdungslage reagieren zu können. Moderne bedarfsgerechte und an dem neuesten Stand der Technik ausgerichtete Einsatzmittel werden der Thüringer Polizei zur Verfügung gestellt. Hier erwarte ich dann aber auch die Zustimmung aller Fraktionen bei entsprechenden Haushaltsfestlegungen im kommenden Doppelhaushalt.

(Zwischenruf Abg. Moring, CDU: Erst mal müssen Sie sich durchsetzen!)

Die ersten Chargen der insgesamt rund 6.000 ballistischen Schutzwesten der Schutzklasse 1 + wurden noch im zurückliegenden Jahr an Streifenbeamte der Landespolizeiinspektion Erfurt übergeben. Ebenso konnte im vergangenen Dezember ein sondergeschütztes Fahrzeug für den unmittelbaren Personenschutz in Dienst gestellt werden. Die Auslieferung eines weiteren Fahrzeugs ist für das erste Halbjahr 2017 avisiert. Das Ausschreibungsverfahren für 2.270 neue ballistische Helme der Schutzklasse 1 wurde noch im vergangenen Jahr bezuschlagt, sodass noch in diesem Monat die ersten Helme ausgegeben werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen Moment bei diesem Punkt verweilen. Die Notwendigkeit der Anschaffung von Helmen ergab sich daraus, dass der vorhergehende CDU-Innenminister etwa 2.000 zu ersetzende Helme zerschreddern ließ, ohne dafür Ersatz für die Beamtinnen und Beamten auf der Straße oder im Einsatz vor Ort zur Verfügung zu stellen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alleingelassen!)

(Minister Dr. Poppenhäger)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das glaube ich doch jetzt nicht!)

Das ist die Realität einer CDU-geführten Innenpolitik in Thüringen, worüber die Opposition heute sicher noch ein Wort verlieren wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Fehler sollte es in der Sicherheitspolitik künftig nicht mehr geben.

(Beifall SPD)

Für die Landesregierung steht das Wohl unserer Beamtinnen und Beamten im Mittelpunkt ihrer Politik. So befinden sich derzeit etwa 100 ballistische Schutzwesten mit erhöhter Schutzwirkung in einem Ausschreibungsverfahren, sodass beispielsweise Teile der Bereitschaftspolizei noch in diesem Jahr hiermit ausgestattet werden können.

Neben diesen nicht abschließenden Beschaffungsmaßnahmen befassen wir uns gegenwärtig mit einem Pilotprojekt zur Erprobung von sogenannten Bodycams im operativen Einsatz und Streifendienst, um einen neuen Sicherheitsaspekt auf seine Praxistauglichkeit zu erproben. Ich beabsichtige, dass wir mit einem eigenen Pilotprojekt die bisherigen Erfahrungen anderer Bundesländer anreichern, aber auch thüringenspezifische Erkenntnisse gewinnen können. Ich betone aber auch, dass der Anspruch „Sicherheit und Freiheit“ bedeutet, in die Auswertung dieses Versuchs datenschutzrechtliche Erkenntnisse und Abwägungen mit einfließen zu lassen. Die Landespolizeidirektion wurde beauftragt, die für den Pilotversuch notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Wirkungen der Kamerasysteme sollen dabei im Rahmen der Allgemeinen Aufbauorganisation des Einsatz- und Streifendienstes erhoben werden. Der Einsatz unterschiedlicher Kamerasysteme soll sowohl in einer Flächenregion als auch im Ballungsraum vorgesehen bzw. erprobt werden. Die Planungen sollen bis Ende des I. Quartals 2017 abgeschlossen sein. Danach wollen wir mit der Beschaffung für die Pilotphase beginnen. Abschließende Aussagen zur präventiven Wirkung von Körperkameras bzw. zum Sicherheitsgewinn werden bis Ende 2017 im Kontext der Auswertungen weiterer gleichgearteter Projekte in Bund und Ländern im Rahmen der Innenministerkonferenz erwartet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat in ihrem Antrag Handlungsfelder bei der Thüringer Polizei genannt, in denen aus ihrer Sicht die innere Sicherheit verbessert werden könne. Ich stimme mit der Opposition darin überein, dass es wichtige, auch drängende Handlungsfelder gibt. Es ist jedoch erneut bemerkenswert, dass der jetzigen Opposition, der CDU, in langjähriger Regierungsverantwortung offenbar nicht gelungen ist, diese zum Teil seit Jahren bestehenden Probleme

anzugehen bzw. einer Lösung zuzuführen. Die CDU-Fraktion fordert nun, die Polizei schnell und dauerhaft von der Wahrnehmung vollzugsfremder Aufgaben zu entlasten. Ich könnte nun rhetorisch fragen, wer denn für diesen Zustand verantwortlich sei und wissentlich nichts daran geändert hat. Sie kennen die Antwort, meine Damen und Herren: Sie hatten ausreichend Zeit, sich der Frage der vollzugsfremden Aufgaben zu stellen und auch eine Lösung anzustreben. Spätestens im Zuge der Polizeistrukturreform hätte eine Befassung erfolgen müssen. Diese nun im Nachgang einzufordern, ist billige Parteipolitik.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Auf meine Initiative hat eine Expertenkommission getagt und Ergebnisse vorgelegt. Das Kabinett hat sich mit den Ergebnissen befasst und mich beauftragt, ebenfalls Umsetzungsvorschläge vorzulegen. Dazu wird auch eine Entlastung von vollzugsfremden Aufgaben gehören. Ein konkretes Beispiel will ich nennen: Gemeinsam mit dem Infrastrukturministerium werden wir dafür Sorge tragen, dass Schwerlasttransporte künftig ohne Absicherung durch Polizeibedienstete organisiert werden,

(Beifall SPD)

und hierfür die rechtlichen Grundlagen schaffen, was bisher nicht geschehen ist.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Plagiatsminister!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei einem ganzheitlichen Ansatz in der Sicherheitspolitik dürfen auch die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten nicht ausgespart werden, auch wenn ständige Forderungen nach mehr Personal und Technik für eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thüringer Amt für Verfassungsschutz nicht hilfreich sind. Eine angemessene und zielführende Befassung bedarf einer tieferen und längerfristigen Betrachtung. Bestehendem Veränderungsbedarf wurde unter anderem mit dem Inkrafttreten des novellierten Thüringer Verfassungsschutzgesetzes am 1. Januar 2015 entsprochen und damit das Amt strukturell umorganisiert. Dieser sich stets weiterentwickelnde Prozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Notwendige weitere Veränderungen werden folgen. Konkrete Aussagen zu strukturellen oder personellen Veränderungen können aber erst nach Auswertung der Evaluierung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes unter Berücksichtigung der gesamten Sicherheitsarchitektur erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will nochmals betonen, ja, wir benötigen einen zeitgemäßen, an der Sicherheitslage ausgerichteten Ver-

(Minister Dr. Poppenhäger)

fassungsschutz, der seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend wichtige Erkenntnisse an die zuständigen Stellen – insbesondere die Polizei – weiterleitet und dadurch zur Aufklärung oder Verhinderung von Straftaten beiträgt. Dieser Erkenntnisaustausch erfolgt regelmäßig innerhalb der Thüringer Sicherheitsbehörden, so auch beispielsweise hinsichtlich der Informationen zu den sogenannten Gefährdern. Auch wenn seitens der Opposition immer wieder versucht wird, einen anderslautenden Eindruck zu erwecken, halte ich erneut fest: Es bestehen weder innerhalb der Thüringer Sicherheitsbehörden noch zu den Sicherheitsbehörden anderer Länder oder des Bundes Informationsdefizite hinsichtlich vorhandener Gefährder.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Aufklärung der transnational operierenden und vernetzten Terroristen ist eine Vielzahl von Behörden regional, national und insbesondere auch international tätig, deren Erkenntnisse zusammengeführt und aber auch übergreifend analysiert werden müssen. Die Gefährdungslage gebietet zum Schutz der Menschen vor terroristischen Anschlägen dringend eine gute Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der Zusammenführung und Auswertung von Informationen. Nach dem Bekanntwerden der Gewalttaten des Nationalsozialistischen Untergrunds und der Auswertung der Vorkommnisse des Behördenhandelns hat es bereits gesetzliche Änderungen gegeben. So wurden beispielsweise mit der zum August 2012 in Kraft getretenen Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes die dortigen Übermittlungsvorschriften überarbeitet und eine Übermittlungspflicht des Verfassungsschutzes an die Polizei und Staatsanwaltschaft bei Staatsschutzdelikten gesetzlich verankert. Weiterhin wurde mit den zum Januar 2015 in Kraft getretenen Änderungen des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes auch die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz im Sinne eines gemeinsamen Sicherheitsverständnisses intensiviert und stärker institutionalisiert, insbesondere durch die gesetzliche Verankerung des Zusammenwirkens des Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamts in der Thüringer Informations- und Auswertungszentrale TIAZ.

Auf Bundesebene ist nach den dschihadistischen Anschlägen in Paris und Brüssel am 30. Juli 2016 ein Gesetz in Kraft getreten, das dem besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus dienen wird. Kernregelungen des Gesetzes sind gemeinsame Dateien, die das Bundesamt für Verfassungsschutz mit ausländischen Nachrichtendiensten einrichten und betreiben kann. Von Bedeutung ist weiterhin, dass bereits im Jahr 2004 das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum gegründet wurde, aber auch das im November 2012 ins Leben gerufene gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Haben wir zusammen gemacht!)

Sie waren auch beteiligt.

Diese Erfahrungen haben durchaus gezeigt, dass über eine derartige Kooperationsplattform ein deutlicher Mehrwert für die Arbeit aller beteiligten Behörden zu erzielen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ich bereits zu Beginn meiner Ausführungen erwähnt habe, stellt die Forderung nach Gesetzesverschärfungen bzw. die Erweiterung von Befugnissen der Sicherheitsbehörden einen stets gleichbleibenden Reflex von konservativen Parteien dar – so auch die Forderung der Fraktion der CDU, die Befugnisse der Thüringer Sicherheitsbehörden zu erweitern.

Lassen Sie mich zunächst einige grundsätzliche Gedanken zu der Überwachung verschlüsselter Kommunikation und auch zum Thema „Online-Durchsuchung“ anstellen, um der Komplexität dieser Bereiche gerecht zu werden.

Unstrittig ist, dass die Ermittlungsbehörden dem Stand der Technik entsprechen müssen. Voraussetzung hierfür ist unter anderem, dass eine Anpassung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden an die immer zügiger fortschreitende technische Entwicklung im Bereich der Telekommunikation erfolgt. Hierzu gehört auch die Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen. Wir haben hier stets die Eingriffe auch in Grundrechte in den Blick zu nehmen, die insbesondere mit verdeckten Ermittlungsmethoden einhergehen. Die beteiligten Behörden müssen sich das technische Know-how erschließen und vorhalten, um aus immer weiter diversifizierenden technischen Kommunikationswegen gezielt die wesentlichen Informationen zu einzelnen Verdächtigen herauszufiltern und sie auch anschließend auswerten zu können. Dies setzt eine technische Ertüchtigung der Behörden und eine fachliche Befähigung der einzelnen Mitarbeiter voraus.

Beim Blick auf die Vielzahl von technischen Neuentwicklungen, Dienst Anbietern und Datenmengen wird jedem deutlich, dass es sich hierbei um eine Daueraufgabe der Sicherheitsbehörden handeln muss. Es geht dabei nicht um eine flächendeckende Überwachung von Kommunikationsbeziehungen und -inhalten der Bürger. Im Fokus stehen vielmehr Verdächtige, die sich gezielt neue technische Entwicklungen zunutze machen, um sich den Sicherheitsbehörden zu entziehen. Auf diese müssen individuelle und einem formalen Verfahren folgende Überwachungsmaßnahmen zugeschnitten werden. Diesen Grundüberlegungen, diesem Ansatz folgend beteiligt sich Thüringen im Rahmen einer Sicherheitskooperation der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt an dem sicherheitspolitischen Projekt der Errichtung eines Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrums auf

(Minister Dr. Poppenhäger)

dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung.

Die Innenministerkonferenz hat sich vor dem Hintergrund der Vielschichtigkeit von Kommunikationsmitteln, die sich abseits klassischer Telefonie- oder E-Mail-Dienste zum Beispiel über verschiedene Chat- und Messengerfunktionen vollzieht, bereits Ende vergangenen Jahres für eine Überprüfung der rechtlichen Trennung von Telekommunikations- und Telemediendiensten eingesetzt. In einem zweiten Schritt ist dann die technische Ausstattung der Behörden entsprechend anzupassen. Die Thüringer Sicherheitsbehörden stehen hierzu in einem ständigen fachlichen Austausch mit den Kollegen in Bund und Ländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir nun zum Thema des Für und Wider einer verstärkten Videoüberwachung. Die Ausweitung der offenen Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen und an zentralen Orten ist keine neue Forderung. Die Möglichkeit zur Videoüberwachung an den genannten Örtlichkeiten durch die Polizei ist bereits in § 33 Abs. 2 Thüringer Polizeiaufgabengesetz normiert. Die Bestimmung setzt allerdings klare Grenzen für den Einsatz der Videoüberwachung. So müssen tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass an diesen Orten Straftaten verabredet, vorbereitet oder begangen werden. Eine bloße Ahnung, dass an diesen Örtlichkeiten etwas passieren könnte, reicht nach der Thüringer gesetzlichen Vorschrift nicht aus. Das bedeutet, dass einzelfallbezogen geprüft werden muss, ob eine Videoüberwachung eingesetzt werden kann, weil neben einer generalpräventiven, abschreckenden Wirkung auf potenzielle Aggressionen konkret Straftaten verhütet werden können. Dies ist die Rechtslage in Thüringen. Zugleich hat die Bundesregierung mit einer Initiative zur Verbesserung der Verwendungsmöglichkeiten von Videoüberwachungstechniken durch Private, wie zum Beispiel Anbieter des öffentlichen Nahverkehrs, auch hier weitere Möglichkeiten geschaffen. Wir alle haben den menschenverachtenden Tritt eines Mannes in den Rücken einer Frau auf einer Treppe in der Berliner U-Bahn in Erinnerung. Es muss also nicht immer eine anlasslose pauschale Ausweitung sein, wie Teile der CDU sie so häufig fordern. Vielmehr gilt es, dort, wo es notwendig ist, zu prüfen und zugunsten der Sicherheit dies anzupassen, und wo es nicht notwendig ist, bewusst von einer Veränderung zulasten der Freiheit abzusehen. Ich habe daher für den 13. Februar 2017 gemeinsam mit dem Thüringer Wirtschaftsministerium die Präsidenten der Thüringer Industrie- und Handelskammern sowie den Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebunds zu diesem Thema zu einem Gespräch in das Innenministerium eingeladen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einem weiteren Thema: Die Forderung der CDU-Fraktion,

die Anwendung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung für Gefährdeter zu prüfen, ist berechtigt, kommt aber zu spät. Gegenwärtig wird in den Polizeien von Bund und Ländern im regen Austausch genau diese Fragestellung längst erörtert. Die Sicherheitsbehörden verfolgen dabei die Zielstellung, die rechtlichen Rahmenbedingungen eng an den Zielen und notwendigen polizeilichen Maßnahmen auszurichten, um maximale Präventionseffekte zu erzielen.

Abschließend möchte ich noch einen Gesichtspunkt ansprechen, einen Aspekt, der im Antrag der CDU erstaunlicherweise fehlt. Gerade aus Sicht der Fraktion der CDU wird regelmäßig betont, wie wichtig der Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten vor ballistischen Geschossen sei: Dies unterstütze ich ausdrücklich und uneingeschränkt, befürworte alle Maßnahmen, die mit einem verbesserten Schutz der Thüringer Polizei einhergehen. Der wirksamste Schutz vor diesen Gefahren ist jedoch, wenn wir es schaffen, den Zugriff auf Handfeuerwaffen zu erschweren und im besten Fall unmöglich zu machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Grundvoraussetzung hierfür ist ein entsprechendes Waffengesetz.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Das Problem sind illegale Waffen, nicht legale!)

Als Reaktion auf die Terroranschläge in Paris, Herr Abgeordneter Geibert, im November 2015 hat die EU-Kommission am 18. November 2015 ein Maßnahmenpaket vorgestellt, das unter anderem eine verschärfte Richtlinie zur Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen zum Gegenstand hatte. Diesen Vorschlag der EU-Kommission hat das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales im Bundesrat am 29. Januar 2016 ausdrücklich unterstützt. Ich bedauere, dass die avisierte Verschärfung des Waffenrechts aufgrund des Widerstands einzelner Mitgliedstaaten nicht vollumfänglich umgesetzt werden konnte, wobei die Möglichkeit eingeräumt wurde, dass jedenfalls nationale Gesetze verschärft werden dürfen. Aus diesem Grund hat die Freie und Hansestadt Bremen im Januar 2017 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes in den Bundesrat eingebracht, mit dem ein Verbot halbautomatischer, kriegswaffenähnlicher Schusswaffen erreicht werden soll. Ich unterstütze diese Bundesratsinitiative. Der Freistaat Thüringen wird dieser Initiative der Hansestadt Bremen im Bundesrat voraussichtlich beitreten. Nur durch ein solches Verbot kann die Verfügbarkeit dieser Waffen effektiv eingeschränkt und der Gefahr eines Missbrauchs dieser Waffen effektiv entgegengewirkt werden. Und das ist dann der beste Schutz für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bür-

(Minister Dr. Poppenhäger)

ger, aber – ich betone es noch einmal – auch unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Zwischenrufe aus der Fraktion der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so leicht kann man sich das nicht machen wie einige Zwischenrufer hier in der CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Ich mache es mir nicht leicht!)

Meinen Ausführungen entsprechend ist der vorliegende Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen, da sich die Forderungen im Wesentlichen erledigt haben.

(Unruhe CDU)

Die Vorschläge hinken hinter der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte weit hinterher.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies gilt gleichermaßen für den Parallelantrag der AfD. Die AfD ist hier losgelöst von der Realität. So werden in Thüringen gerade auch im Bereich der Jugendkriminalität die Verfahren sehr zügig durchgeführt. In Jena und Gera haben wir zudem Jugendstationen eingerichtet, in denen Polizei-, Justiz- und Jugendbehörden vor Ort sehr gut und effektiv Hand in Hand zusammenarbeiten. Warum es ausgerechnet für uns ratsam sein sollte, sich an dem Berliner Problembezirk Neukölln und dem dortigen Umgang mit Intensivtätern zu orientieren, bleibt mir unerfindlich. Erfreulicherweise haben wir in Thüringen eine solche Problemlage eben nicht.

Auch die Forderung nach einer Erhöhung der Haftplätze im geschlossenen Vollzug hat keine tatsächliche Grundlage. Es ist doch gerade so – und das ist doch erfreulich –, dass wir einen Rückgang von solchen Straftätern haben, auf die mit einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung reagiert werden müsste. Es gibt daher keine Kapazitätsprobleme in den Justizvollzugseinrichtungen in Thüringen zu verzeichnen.

Die darüber hinausgehende Forderung der Fraktion der AfD, für den Bereich der Justiz einen erheblichen Personalüberhang zu schaffen, geht ebenfalls ins Leere. Die jetzige Landesregierung hat bereits gehandelt. Es wurde und wird eine Einstellungsreserve geschaffen, die kurzfristig schon jetzt, aber vor allem zunehmend in den nächsten Jahren eine ausgewogene Altersstruktur bilden wird. Insbesondere erlauben es die Planungen, vorgezogene Neueinstellungen zielgerichtet dort einsetzen zu können, wo ein höherer Geschäftsanfall zu verzeichnen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn diese Sondersitzung wirklich einen Sinn hat, dann den, dass ich als Innenminister deutlich machen konnte: Die Sicherheit in Thüringen ist in dieser

Koalition und ist in dieser Landesregierung in guten Händen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung verfolgt einen klaren Kurs der Übereinstimmung von Sicherheit und Freiheit. Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze. Das wissen auch die Menschen in Thüringen. Ich habe die Defizite bei der Besetzung von Führungskräften und der Ausstattung der Polizei behoben bzw. die dafür notwendigen Maßnahmen in die Wege geleitet. Unsere Polizeiausbildung ist hoch qualifiziert. Die Zusammenarbeit mit den Behörden von Bund und Ländern funktioniert gut und effektiv. Thüringen ist eines der sichersten Länder der Bundesrepublik Deutschland. Vielleicht ist Bayern an der einen oder anderen Stelle noch etwas besser, aber auch daran arbeiten wir. Die Sicherheit des Freistaats Thüringen ist und bleibt bei uns in guten Händen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Ich kann davon ausgehen, dass ich auf Verlangen aller Fraktionen die Beratung zum Sofortbericht nunmehr eröffne und auch die Aussprache zu den Nummern 2 bis 7 des Antrags der Fraktion der CDU sowie zum Alternativantrag der AfD-Fraktion. Als Erster hat Abgeordneter Fiedler für die CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Vertreter der Thüringer Polizei – wenn der Präsident wissen will, was das ist, ich zeige es Ihnen schon mal. Es passt zum Thema.

Präsident Carius:

Ein Polizeiauto.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, es passt zum Thema. Da steht nur „Thüringer Polizei“, mehr steht da nicht drauf.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Lassen Sie ihn einfach machen, Herr Carius!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich dem Innenminister des Freistaats Thüringen heute hier so zugehört habe, muss ich sagen: Herr Innenminister, das war die schwächste Rede eines Innenministers zu einem so wichtigen Thema seit 25 Jahren.

(Beifall CDU)

(Abg. Fiedler)

Meine Damen und Herren, es wird höchste Zeit, dass in Thüringen und in dem Fall durch den Innenminister – ich komme noch zu den einzelnen Punkten, ich will nur auf die ersten Dinge eingehen –, endlich erkannt wird, dass es nicht mehr fünf vor zwölf ist, sondern fünf nach zwölf. Wenn ich dem Innenminister zugehört habe, meine Damen und Herren, könnte man denken, es ist doch alles palletti, alles nur Parteipolitik, nichts anderes, was wollen wir denn eigentlich. Wir, dieses Parlament, sind dem Bürger verpflichtet, niemand anderem sind wir verpflichtet.

(Beifall CDU)

Ich möchte deswegen dringend alle auffordern und bitten, vielleicht am Ende doch das eine oder andere anders zu bewerten, denn ich würde auch weiterhin sagen, Herr Innenminister Dr. Poppenhäger, Sie sollen einfach mal zu Ihrer Polizei gehen – in Klammern: unserer Polizei.

(Beifall CDU)

Ich empfehle Ihnen dringendst, mal mit Ihren Polizisten zu reden und mit Ihren Gewerkschaften zu reden, denn das Ganze, was wir heute hier zum wiederholten Mal einfordern, dient dazu, dass die innere Sicherheit im Land weiter gestärkt wird. Nur zurückzuschauen und zu sagen, daran sind die und die schuld – ich sage, und ich habe das mehrfach hier vorn gesagt, unumwunden: Natürlich haben wir alle die Polizei zu bestimmten Zeiten zurückgefahren, natürlich haben wir alle – und damit meine ich die gesamte Bundesrepublik – bestimmte Dinge gemacht, aber die Sicherheitslage, das muss doch selbst einem Innenminister auffallen, hat sich doch in den letzten zwei, drei Jahren radikal verändert, aber radikal verändert!

(Beifall CDU)

Das hat doch nichts mehr mit normalen Jahren zu tun. Das muss doch selbst beim Innenminister ankommen, dass sich hier alles gedreht hat. Warum kommen denn die Gewerkschaften? Warum reden denn die Gewerkschaften? Wir haben das Ganze in den Gewerkschaften durchgesprochen. Wir haben das mit den Gewerkschaften beredet. Da ist nichts dabei, dass hier irgendwelche Parteipolitik gemacht wird. Es ist mir vollkommen schnurz, ob der Geibert vergessen hat, ein paar Helme eher zu bestellen oder nicht! Es ist mir vollkommen schnurz, ob ein anderer noch irgendwas vergeigt hat! Es geht um die innere Sicherheit! Jetzt kommt es darauf an ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist Ihnen offenbar schnurz, wenn Sie es gemacht haben!)

(Beifall CDU)

Sie grüner Oberlehrer, seien Sie doch mal einen Moment ruhig und hören Sie zu! Meine Damen und Herren, ...

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Fiedler, jetzt bitte ich Sie, sich etwas in der Wortwahl zu mäßigen.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Das bringt mich wirklich langsam zur Weißglut. Man könnte denken, da wird noch Frau Dr. Merkel bemüht. Die hat an vielen Ecken recht, aber nicht an allen, auch das habe ich hier vorn schon gesagt. Hätte Sie nicht so viele Flüchtlinge ohne Überprüfung reingelassen,

(Beifall CDU, AfD)

hätten wir im Nachhinein nicht so viel Kontrolle notwendig gehabt. Dass wir da Gefährder mit dabei hatten, ist monate-, jahrelang verneint worden. Ich will nur ein Beispiel nennen. Aber Sie hat an anderen Stellen natürlich auch wieder recht, indem sie bestimmte Dinge ansagt. Einmal parteipolitisch, Herr Innenminister: Wir haben ja wenigstens noch eine Kanzlerkandidatin. Sie verkünden ja über Nacht über den „Stern“ oder den „Spiegel“, dass ein neuer kommt. Dass nicht mal der Oppermann, der arme Kerl, in der Fraktion wusste, wo es langgeht, ist schon böse. Wenn es hoffentlich in Thüringen hier nicht so weit kommt, wenn mal Wechsel anstehen.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Was hat das denn jetzt mit der Sicherheit zu tun?)

Ich könnte mir vorstellen, dass demnächst mindestens drei Wechsel in Thüringen anstehen.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Wir stehen zu unserer Polizei. Wir danken unserer Polizei und ihren Angehörigen für ihren Dienst, den sie für uns alle leisten. Ganz ausdrücklichen Dank an die Polizei und an ihre Angehörigen!

(Beifall CDU, AfD)

Denn viele wissen nicht, wenn sie früh das Haus verlassen, ob der Mann oder die Frau abends wieder nach Hause kommt, meine Damen und Herren, und das bei einer teilweise sehr mageren Bezahlung. Ich komme dann vielleicht, wenn ich alles noch schaffe, darauf, dass wahrscheinlich die meisten in dem Haus noch gar nicht kapiert haben, dass wir eine dreigeteilte Laufbahn haben und keine zweigeteilte Laufbahn, wie es in einigen anderen Ländern ist. Das hat was mit dem mittleren Dienst, dem gehobenen Dienst und höheren Dienst zu tun und wir haben eben noch den mittleren Dienst dazu. Ich will den nicht schlechtreden, aber ich will nur sagen, er wird schlecht bezahlt.

(Abg. Fiedler)

Meine Damen und Herren, wir bleiben auch dabei: Wir wollen keine Hilfspolizei. Da sind wir uns einig – so wie ich weiß, auch im Hause. Aber wenn wir keine Hilfspolizei wollen, dann müssen wir Polizisten schaffen. Schaffen meine ich dahin gehend, dass sie ausgebildet werden. Es kann doch nicht sein, Herr Innenminister, dass Sie immer noch immer wieder zurückverweisen, Sie regieren doch schon eine halbe Legislatur. Was haben Sie denn in der Zwischenzeit gemacht? Es ist abenteuerlich, was Sie hier loslassen.

(Beifall CDU)

Oder noch einmal ein Punkt – der ist zwar wieder auf der Tagesordnung, aber wird wahrscheinlich wieder nicht drankommen – sind die sogenannten Bodycams, die Kameras. Sie erinnern sich hoffentlich noch daran, dass wir es waren, die das hier im Plenum eingebracht haben, dass Sie damals darum herumreden mussten, weil Dittes und Hasse – ihre Gefolgsgenossen von der Seite und von der Seite – Sie einfach daran gehindert haben, so etwas zu machen. Das ist doch der Fakt bei der ganzen Geschichte.

(Beifall CDU)

Frau Kollegin Marx, ich habe da noch so einen Halbsatz, da kommt die Freude noch größer. Ich will nur einfach sagen, das kann doch wohl nicht wahr sein. Wir haben es gefordert. Ihre Antwort war, schauen wir doch mal nach Hessen, lassen wir doch mal gucken und prüfen und machen usw. usf. Sie haben einen glücklichen Tag erwischt, dass die Innenministerkonferenz dann vorangeprescht ist und Sie konnten sich als einziger Innenminister von Rot-Rot-Grün hier nicht raushalten. Danke, dass Sie wenigstens da standhaft geblieben sind, will ich mal ausdrücklich sagen.

Und, meine Damen und Herren, wie Sie richtig gesagt haben, Herr Minister, Polizisten wachsen nicht auf den Bäumen – vollkommen d'accord. Polizisten müssen zwei, drei Jahre ausgebildet werden – auch vollkommen d'accord. Wenn das so ist, muss man beizeiten anfangen und kann nicht sagen, das waren die anderen. Damit die Parteipolitik so schön, Kollege Höhn, die der Herr Minister immer wieder anmahnt, will ich auch noch einmal darauf hinweisen, ich entsinne mich, eine ganze Weile in der letzten Legislatur hat wohl Schwarz-Rot (SPD) regiert. Also, meine Damen und Herren, immer nur zu sagen, das waren die und die, man sollte auch ab und zu mal daran denken.

Eine kleine, eine ganz kleine Ehrenrettung für die Finanzministerin – eine ganz kleine aber nur: Finanzminister müssen immer das Geld zusammenhalten, weil alle mit irgendwas kommen und was haben wollen. Aber weil es hier um Grundrechte geht, bitte ich dich, liebe Frau Finanzministerin Heike Taubert, ernsthaft zu prüfen – wir haben nun

Gott sei Dank Überschüsse –: Dann werden wir doch von den Überschüssen was übrig haben zur Ausstattung und für mehr Polizei. Das erwarte ich einfach! Es geht nicht um 30 Polizisten – das ist lächerlich, was hier gesagt wird, sondern es geht einfach darum, dass hier ein grundlegender Wandel her muss.

Meine Damen und Herren, Schutz der Polizei: Lieber Herr Innenminister, auch das haben wir eingebracht. Wir haben es hier eingebracht, mehrfach, dass sich die Landesregierung mit dafür einsetzt, dass endlich die Gesetzeslage verschärft wird, wenn es darum geht, dass Polizisten bedroht, bespuckt usw. werden; Hilfsdienste haben wir gefordert, dass das hier endlich mal geändert wird. Ich verstehe ja, dass Sie von den Linken, insbesondere von Dittes & Co., immer wieder in die Zange genommen werden, aber das können wir nicht mehr hinnehmen in diesem Land. Das können wir nicht mehr hinnehmen.

(Beifall CDU, AfD)

Wir fordern einfach dazu auf, dass Sie jetzt endlich handeln! Sie sind nicht der Partei verpflichtet, Sie sind dem Land verpflichtet und Sie haben einen Amtseid geleistet.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wollte ich am Anfang sagen, und jetzt komme ich noch mal in den Gesamtzusammenhang, im Fall der Fälle, ich vergesse was oder habe es doppelt gesagt.

Meine Damen und Herren, ist die innere Sicherheit in Thüringen noch gewährleistet? Das war die Überschrift. Und wie es natürlich so ist, kommt sofort reflexartig: „Panikmache“, „Parteipolitik“ usw. Deswegen will ich wirklich noch mal einige Fakten benennen. Viele waren und sind ja leider immer noch der Auffassung, dass die schrecklichen Terroranschläge von London, Madrid, Istanbul, Paris, Brüssel oder Nizza alle weit weg von uns erfolgten und Thüringen mit der Anordnung von Trauerbeflagung bereits ausreichend reagiert habe.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist infam! Es ist infam, was Sie machen!)

Das waren die ersten Dinge, das meinen immer noch einige. Ich hoffe, dass Sie langsam aufwachen. Bereits nach den ersten Terroranschlägen des IS auf europäischer Ebene hatte meine Fraktion – hören Sie bitte zu – im März 2015 einen Antrag auf personelle und materielle Stärkung unserer Sicherheitsbehörden eingebracht. Ich wiederhole: Im März 2015, also vor fast zwei Jahren, haben wir das schon eingebracht. Weil immer gesagt wird, die machen doch nichts und die sagen nichts. Der Antrag wurde von Rot-Rot-Grün als Schwarzmalerei bezeichnet und abgewiesen, so ähnlich wie heute,

(Abg. Fiedler)

obwohl es bereits damals vermehrt Stimmen aus Sicherheitskreisen gab und auch aus der Thüringer Polizei, mit den vorhandenen Kräften nicht auf mögliche Terrorszenarien, zum Beispiel nach dem Muster von Paris, vorbereitet zu sein. Ein Besuch – und das empfehle ich auch den anderen – der LPD hat gestern gezeigt, dass Thüringen damals nicht darauf vorbereitet gewesen wäre.

Meine Damen und Herren – der Staatssekretär ist nicht da –, ich entsinne mich noch daran, dass von dem Pult – oder es war woanders, in der Runde X, die will ich jetzt gar nicht noch mal benennen – er klipp und klar auf meine Frage geantwortet hat: Alles in Ordnung, wir kriegen alles hin. Zudem gab es erste warnende Hilferufe aus der Polizei selbst, dass diese der gestiegenen Arbeitsbelastung unter anderem durch die Flüchtlingskrise und Großeinsätze nur noch bedingt gewachsen ist, zum Beispiel Mühlhausen und anderes, Sie kennen das alles. Nachdem das hochkam, wir es auch benannt haben, ist der Innenminister hingereist – hoffentlich hat er auch was abgestellt. Im Januar 2016 war es erneut meine Fraktion, die im Kloster Volkenroda von der Landesregierung in einem umfangreichen Maßnahmenkatalog die Erhöhung der inneren Sicherheit forderte. 2016, Januar, meine Damen und Herren, haben wir das gefordert. Selbst nach den Anschlägen in Würzburg und Ansbach im Juli 2016 und der Erkenntnis, dass der Terror in Deutschland und noch dazu ganz in der Nähe von Thüringen angekommen war, fanden die kritischen Stimmen aus meiner Fraktion und die Forderung nach einer Stärkung der Sicherheitsbehörden seitens der Landesregierung kaum Beachtung.

Meine Damen und Herren, selbiges trifft auf einen Antrag meiner Fraktion zum Thema „Entlastung der Polizei“ zu. Dieser wurde am 22. April 2016 hier im Landtag gemeinschaftlich beschlossen und sollte die Polizei von der Begleitung von Schwerlasttransporten und anderem entbinden. Und was ist passiert, meine Damen und Herren? Ein Blick in die Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage vom 2. November 2016 ist mehr als traurig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin heute noch dankbar, dass der Landtag in Gänze beschlossen hat, dass das endlich mal forciert wird. Auch da kann der Innenminister sagen: Vor mir gab es noch andere Innenminister. Da hat er recht. Sie sind der zehnte Innenminister im Freistaat Thüringen und auch die neun vor Ihnen haben einige Dinge nicht erkannt und hätten sie abstellen können. Aber Sie wollen ja alles anders machen und besser machen. Dann machen Sie es jetzt endlich! Hier gibt es einen Landtagsbeschluss, der ganz klar aussagt, dass nun endlich was zu tun ist, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

22. April 2016 – um das hier mal ein bisschen unter dem Motto „Populismus, Parteipolitik etc.“ in den Blick zu nehmen.

Aber auch die Hilferufe der Gewerkschaften und ganzer Polizeiinspektionen wurden immer lauter und es wurde nur halbherzig reagiert. Zudem wurde ein weiterer Plenarantrag meiner Fraktion aus dem September 2016, der erneut die personelle und materielle Aufrüstung unserer Sicherheitsbehörden zum Inhalt hatte, von Rot-Rot-Grün mit nicht nachvollziehbaren Argumenten abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir haben ganz bewusst ein Sonderplenum hierzu gefordert und es nicht unter dem Motto abgetan: Das hätten wir doch alles in den nächsten zwei Tagen mitmachen können. Ich komme noch darauf, wer hier mal ein Sonderplenum gefordert hat und zu welchen Themen. Aber wer das nicht erkennt, was in dem Land los ist bzw. nicht gemacht wird, der hat immer noch nicht begriffen, wo wir eigentlich stehen.

Meine Damen und Herren, spätestens nach dem Anschlag von Berlin sollte nun auch dem Letzten, auch bei Rot-Rot-Grün, klar sein, dass nicht nur der Terror allgegenwärtig ist und sich die Sicherheitslage gravierend verändert hat, sondern dass auch unsere Sicherheitsbehörden – also Polizei und Verfassungsschutz – dem gestiegenen Aufgabenspektrum mit den vorhandenen Kräften nur noch bedingt gewachsen sind. Denn neben der geänderten Sicherheitslage haben auch andere Phänomenbereiche zugenommen und im Freistaat zum Erreichen der Belastungsgrenze bei der Polizei geführt.

Ich will Ihnen einige wenige traurige Beispiele nennen: die Zunahme politisch motivierter Kriminalität, insbesondere linksextremer Gewalt im Zusammenhang mit Demonstrationen. Auch das ist von den Polizisten eindeutig benannt worden. Die sind so weit, dass sie sich auch von parteipolitisch leicht geprägten Führungsspitzen nicht mehr den Mund verbieten lassen, dass es bei Demonstrationen auch zu heftigen Körperverletzungen von der linken Seite und nicht nur von der rechten Seite kommt. Auch das sollten Sie endlich mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall AfD)

International vernetzt agierende organisierte Kriminalität – meine Damen und Herren, Sie erinnern sich vielleicht noch an die Mafia-Debatte, die wir hier geführt haben, wo immer gesagt wurde: Da ist doch nichts, das haben wir nicht, da gucken wir gar nicht hin, da brauchen wir nicht hinzugucken. – Das läuft alles auch unter organisierter Kriminalität.

Die Zunahme von Wohnungseinbrüchen ist schon genannt worden. Ich bin froh, wenn die Polizei endlich wieder mal ein Erfolgserlebnis hat und auch offerieren kann. Vor allen Dingen entlang der Auto-

(Abg. Fiedler)

bahn nehmen die Einbrüche zu; es sind besonders oft auswärtige Menschen.

Immer komplexer werdende und ansteigende Einsatzlagen – auch da muss ich wahrscheinlich nicht erläutern, was es hier alles gibt, wieviel Pegida, Thügida, Fußball, Hooligans und was alles auf der Welt. Die Zunahme von Attacken gegen Abgeordnetenbüros bis hin zu Morddrohungen, meine Damen und Herren. Wo sind wir denn eigentlich, dass das jetzt langsam so gravierend zunimmt? Da ist mir vollkommen egal, ob das jemand von der Linken ist oder jemand von der CDU oder von wo auch immer. So etwas darf es hier nicht geben!

(Beifall CDU, AfD)

Ich habe selbst ein paar Mal Anzeige erstattet. Meistens kommt dann von der Staatsanwaltschaft lapidar: Ist wegen usw. eingestellt. Auch hier, denke ich, haben wir höchsten Nachholbedarf. Wenn schon die höchsten Repräsentanten – in Führungszeichen – hier so behandelt werden bis hin zu Morddrohungen: Das geht nicht!

(Beifall CDU, AfD)

Es gibt Innenminister, die werden in gepanzerten Limousinen gefahren, es gibt einen Ministerpräsidenten – es sei ihm gegönnt, ich habe da gar nichts dagegen, aber man sollte wenigstens die normalen Dinge des Landes auch noch im Blick haben. Oder, meine Damen und Herren, ich will das Thema „Reichsbürger“ noch mal benennen. Auch das ist ein Thema, was zusätzlich hier zu der ganzen Sicherheitslage dazugekommen ist. Natürlich gab es die Reichsbürger immer. 2011 haben wir die Verordnung auf den Weg gebracht, dass die überhaupt erfasst werden, beim Verfassungsschutz. Und warum hat denn zum Beispiel Thüringen solche hohen Zahlen? Ich glaube, auch in Baden-Württemberg. Es war noch ein Land.

(Zwischenruf Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales: Bayern!)

Bayern, ja. Warum denn? Weil wir sie erfassen! Und die anderen, die sich jetzt brüsten – lesen Sie mal „Focus“ oder wen auch immer, da steht drinnen, die haben 25 und die haben 30 –, die haben gar keine Daten, die haben keine Datensätze oder irgendwas. Aber wir haben sie mittlerweile. Trotzdem sind zu den 50 direkt Bereiten und den 500 schon wieder 80 oder 90 dazugekommen. Das kann man, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch nicht einfach so wegnicken. Ich habe auf meinem Platz eine Zeitung liegen, wie die Justiz an den Reichsbürgern fast verzweifelt, die Behörden daran verzweifeln und man sie immer auf irgendwas verweist. Ich will damit das Spektrum noch mal aufzeigen. Ich könnte jetzt alles noch mal aufführen, vielleicht kommt das ein oder andere noch. Ich könnte von der Fußfessel reden. Ich könnte alles, was jetzt zurzeit hier besprochen wird... Wir

sind einfach zu langsam und reagieren zu langsam. Es wird verkündet, verkündet, verkündet und dann folgt nichts. Das nehmen die Menschen nicht mehr hin. Und dann freuen sich die rechts außen von mir unter Führung von Höcke, dass ihnen die Leute zulaufen. Das sollten wir verhindern. Aber verhindern kann man so was nur, indem man wirklich Dinge tut und nicht nur darüber redet.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, aber auch bei Versammlungslagen und Angriffen auf Polizisten – das habe ich vorhin genannt – ist die Gewaltbereitschaft unheimlich angestiegen. Nicht nur in den sozialen Medien, da können sie nicht zuschlagen, aber hier schlagen sie zu, ohne Anlass. Hier gibt es eine Verrohung der Sitten, die es noch nie gegeben hat. Wer soll denn dagegen angehen? Natürlich die gesamte Gesellschaft, aber das Gewaltmonopol des Staates muss noch umsetzbar sein. Wenn das nicht so ist, funktioniert unser Staatswesen nicht.

Meine Damen und Herren, das führt mich wieder zur Eingangsfrage: Ist die innere Sicherheit in Thüringen noch gewährleistet?

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie ist denn Ihre Antwort?)

Hören Sie doch zu!

Aus Dankbarkeit und Respekt gegenüber den Beamten, die in der gegenwärtigen Lage jeden Tag für unsere Sicherheit sorgen, will ich positiv antworten und sagen: Noch ist die Sicherheit im Freistaat gewährleistet. Noch! Aber wenn man ganz ehrlich ist, ist es bereits fünf nach zwölf. Und Gott sei Dank, muss man sagen, ist in Thüringen bislang nichts Ernstes passiert. Es ist fünf nach zwölf! Reden Sie mit Ihren Polizistinnen und Polizisten, da wissen Sie, was los ist. Es ist fünf nach zwölf!

Meine Damen und Herren, wir haben uns nicht umsonst mit den Gewerkschaften und zahlreichen Polizisten unterhalten. Die sagen es mittlerweile nicht mehr hinter vorgehaltener Hand, die sagen es mittlerweile ganz offen und sagen: „Sie können das jederzeit verwenden“ – es kommt immer noch auf die Dienstgrade an, das sind noch kleine Unterschiede. Aber auch dort wird nicht mehr zurückgehalten. Und das wird gesagt und das ist gut so.

Ich will noch mal daran erinnern: Herr Staatssekretär Götzke war vor Kurzem zu einer Dienstversammlung im LKA im Dezember 2016 und konnte dort deutlich zur Kenntnis – ich hoffe, er hat es Ihnen berichtet, Herr Minister – nehmen, dass die Thüringer Polizei nicht – in Klammern – mehr handlungsfähig ist, Spezialeinheiten durch Personalmangel nicht mehr einsatzfähig sind – wir waren noch hier vor Ort und haben uns beim SEK informiert, das empfehle ich anderen auch –, andere Bundesländer personelle Unterstützung für Einsätze in Thürin-

(Abg. Fiedler)

gen ablehnen und nicht wie der Innenminister sagt, alles paletti, alles ist gut. Wir hatten zu NSU-Zeiten schon das Thema. Jetzt haben wir wieder ein ähnliches Thema, weil wir einfach dort nichts zu bieten haben. Thüringen besitzt im Bundesvergleich die höchste Krankenquote bei der Polizei. Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen jetzt vieles ausführen. Ich muss fragen, wie viel Zeit ich noch habe.

Präsident Carius:

42 Minuten insgesamt, 23 haben Sie schon hinter sich.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Da muss ich mich jetzt beeilen. Meine Damen und Herren, ich will einfach sagen, man muss vor Ort hinsehen. Sie haben alte Fahrzeuge von vor 20 Jahren. Da kann man sagen, da hätten doch die anderen welche anschaffen sollen. Das SEK hat kein gepanzertes Fahrzeug usw. und sie haben kein Personal, weil es auch keinen Anreiz gibt. Wenn sich jemand für diese Sondereinheit SEK entscheidet, kriegt er nicht mehr Geld als andere. Das kann doch nicht gehen. Ich muss doch Motivation verbreiten. Meine Damen und Herren, Fakt ist: Sollte tatsächlich im Freistaat eine große Gefahrenlage eintreten, gibt es keine hinreichenden Personalreserven. Auch das sage nicht ich, sondern polizeiinterne Kreise. Ich darf in diesem Zusammenhang auch an die Personal- und Dienstversammlungen des LKA erinnern. Es ist ein unausweichlicher Fakt, dass unsere Polizei gegenwärtig unter einer dauerhaften Überbelastung durch Mehrarbeit und Überstunden leidet und kaum noch leistungsfähig ist. Die Gründe sind vor allem die geänderte Sicherheitslage, gestiegene Einsatzzahlen, unbesetzte Dienstposten, Kündigungen, dramatische Krankenstände sowie die Tatsache, dass den jährlichen Altersabgängen nur noch unzureichende Neuanstellungen gegenüberstehen. Zur Verdeutlichung – Herr Innenminister, hören Sie bitte zu –: 2016 wurden von den 155 Anwärtern 87 eingestellt. Sie nennen immer so flott die Zahlen, da müssen Sie aber sich berichten lassen oder selbst wissen, dass davon nur 87 eingestellt wurden, bei 140 Pensionierungen. Wir haben also weder abgedeckt, was abgeht, noch einen Zusatz geschaffen. 2017 werden circa 90 Einstellungen erwartet bei 146 Abgängen. Das hat damit etwas zu tun, dass bei der Ausbildung 20 bis 25 Prozent am Ende aus unterschiedlichen Gründen den Abschluss nicht machen, vorher aufhören etc. pp. So etwas müssten Sie eigentlich wissen. Es ist traurig, dass Sie dies noch nicht erkannt haben. Dramatisch ist auch, dass Thüringen im Gegensatz zu anderen Ländern und dem Bund bislang kein Konzept hat, wie das Personal bei der Polizei in den kommenden Jahren nachhaltig gestärkt und aufgestockt werden kann und soll.

Es liegt nichts vor. Demgegenüber haben andere Bundesländer für 2017, hören Sie zu, bereits feste Planungen

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war aber auch wenig hilfreich!)

– ob das hilfreich ist oder nicht, es sollte Ihnen wenigstens zu denken geben –, zum Beispiel in Brandenburg 350, in Mecklenburg-Vorpommern 200, in Sachsen 600 und in Sachsen-Anhalt 700 Neueinstellungen. Ich wage gar nicht von Bayern und Hessen zu reden, da geht es dann doch in die deutlich höheren Regionen. Man muss also ganz nüchtern festhalten: Die Polizei in Thüringen ist nicht nur an der Belastungsgrenze angekommen, vielmehr ist diese bereits weit überschritten. Was macht die Landesregierung? Sie schenkt dem Ernst der Lage noch nicht einmal ansatzweise die Aufmerksamkeit, den unsere Polizei und letztlich damit ihre Sicherheit verdient hat. Insbesondere der Innenminister handelt nach meinem Dafürhalten grob fahrlässig und kümmert sich nur am Rande um die Polizei. Thüringen darf nicht zu einem unkalkulierbaren Sicherheitsrisiko werden. Gegenwärtig sind wir leider auf dem direkten Weg dahin. Um dieses Risiko abzuwenden, bedarf es aber nicht nur schneller und effektiver Maßnahmen bei der Polizei, sondern auch beim Verfassungsschutz. Insoweit begrüße ich ausdrücklich die jüngste Forderung des Innenministers, wieder V-Leute einsetzen zu wollen.

(Beifall CDU)

Herr Dittes klopft gar nicht. Dementsprechend wird es Sie wenig überraschen, dass wir in unserem Antrag nicht nur die personelle und materielle Stärkung des Verfassungsschutzes fordern, sondern auch, den Verzicht auf V-Leute endlich aufzugeben. V-Leute sind unverzichtbar als nachrichtendienstliches Mittel. Kommen Sie mir ja nicht wieder mit NSU, das haben wir nun schon hundertmal durchgekaut. Wir haben ein neues Gesetz gemacht – das hat übrigens die Vorgängerkoalition gemacht. Ich könnte das alles aufzählen. Wenn wir uns noch 20 Jahre mit dem Zeug beschäftigen, was vor so undsovielen Jahren war ... Wir müssen den Herausforderungen ins Auge sehen, denen wir uns jetzt stellen müssen.

Meine Damen und Herren, noch einmal zurück zur Polizei und der Personalsituation. Im Haushalt sind gegenwärtig 6.284 Stellen für Polizeivollzugsbeamte vorgesehen, auch wenn diese nicht vollständig finanziell hinterlegt sind. Tatsächlich beträgt das Ist gegenwärtig circa 5.920 Vollzugsbeamte, wovon rund 500 dienstunfähig sind – 500! Das heißt: Der Freistaat verfügt zurzeit lediglich über circa 5.400 Vollzugsbeamte. Genauso tragisch ist eine andere Zahlendarstellung. Nach dem aktuellen Organisations- und Dienstpostenplan des Innenministeriums existieren bei der Polizei insgesamt rund

(Abg. Fiedler)

6.440 Dienstposten. Von diesen Dienstposten sind laut einer Kleinen Anfrage des Kollegen Henke vom 17.11.2016 534 Posten im Vollzug nicht besetzt. Wenn man sich jetzt noch vor Augen führt, dass von der gegenwärtigen Einstellungszahl von 155 Anwärtern 25 Prozent die Ausbildung gar nicht abschließen usw., wird unsere Polizei über kurz oder lang in die Knie gehen. Auf die besorgniserregende Nachwuchsgewinnung, den späten Einstellungstermin – das ist für manche fachtechnisch –, die mangelnde Attraktivität und die magere Beförderungsquote will ich hier gar nicht groß eingehen, meine Damen und Herren.

Um die Situation bei der Polizei nicht noch weiter zu verschlechtern und insbesondere auch, um die innere Sicherheit nicht weiter zu gefährden, fordert meine Fraktion die Umsetzung eines Sofortprogramms, um wenigstens Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Wesentliche Punkte des Sofortprogramms sind: Zur Verbesserung der Personalsituation sind in den nächsten drei Jahren jeweils 255 Anwärter auszubilden. Das heißt, die 155 der Landesregierung plus 100 extra zum Beispiel mittels einer Ausbildungshundertschaft. Die Anzahl, die wir jetzt genannt haben, ist organisatorisch und finanziell machbar – entgegen den Aussagen, die der Innenminister gemacht hat. Wer immer diese Ausbildungshundertschaft nach wie vor so hinstellt, als ob das ein Unding wäre, der hat null Ahnung von Polizei – null Ahnung von Polizei! Es ist ein gängiges Mittel, was es in der Polizei schon immer gab und gibt, auch in Thüringen. Wenn wir die Kapazitäten in Meinungen nicht haben – wir können sie auch in Gotha schaffen. Das ist mir vollkommen egal. Aber wir müssen endlich mal etwas machen: Nachwuchsgewinnung, Optimierung des Einstellungsverfahrens, Steigerung der Attraktivität des Polizeidienstes, Beförderungen.

Meine Damen und Herren, ich will gar nicht wieder mit den 5 oder 10 Prozent anfangen. Das Eingangssamt ist eine A 7 und das sind circa – nur um mal eine Zahl zu nennen – 2.200 Euro brutto für einen Polizisten, der jeden Tag seinen Kopf hält und hier für uns, für die Bürgerinnen und Bürger ins Rennen geht. Das muss angegangen werden. Hier muss das Einstiegsamt auf die A 8 erhöht werden. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall CDU)

Wenn wir konkurrieren – wir konkurrieren ja mittlerweile mit allen Ländern, das vergessen viele –, ist es deswegen unabdingbar, dass das passiert.

Die Verbesserung der technischen Ausstattung erfolgt nur ansatzweise. Es fehlen immer noch zahlreiche Schutzwesten, Helme und Waffen. Es ist ein guter Anfang gemacht worden, aber es war auch notwendig, die Dinger nach über 10 Jahren mal auszutauschen. Aber ein guter Anfang ist besser als gar nichts.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie wahr, wie wahr!)

Ich habe niemals die Absicht, hier was schönzureden. Ich gebe mir jedenfalls Mühe, es nicht zu machen, sondern ich will darauf hinweisen, was hier in dem Land los ist. Es fehlen immer noch die Schutzwesten. Erinnern Sie sich an die Diskussion, wo es um die Schutzklasse 4 ging. Es ging gar nicht um die normalen Westen, es ging um die Schutzklasse 4 und die Helme. Da ist dankenswerterweise etwas passiert. Das wird auch nicht schlechtgeredet. Aber das immer alles den anderen anzuhängen – oh, oh, da sollte man in allen Ressorts mal ein bisschen näher hingucken.

Aufgabenkritik zur Entlastung der Polizei: Objektschutz, Schwerlasttransporte, Überprüfung von Blitzerfotos usw. Da kann man viele Dinge rausnehmen. Das wissen wir auch schon lange, man muss es nur endlich mal machen.

Zum Thema „Bodycams“ werden wir noch einiges hören, das lasse ich weg.

Neben dem Sofortprogramm sind auch die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zu erweitern und der geänderten Sicherheitslage anzupassen. Insbesondere sind die technischen und rechtlichen Voraussetzungen für eine Überwachung verschlüsselter Kommunikation zu schaffen. Es kann nicht sein, dass die Täter, Gefährder etc. ein ganzes Stück vorweg sind und die Sicherheitsbehörden nicht nachkommen. Dem Verfassungsschutz die Befugnis zur Onlinedurchsuchung einzuräumen ist unabdingbar, da kann man noch lange drum herumreden. Dittes und Hasse werden da vieles finden, dass das ja nicht geht. Die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen ist auszuweiten. Es hat doch niemand gesagt, wir wollen was Ungesetzliches. Wir wollen das machen, was notwendig ist, und da werden einzelne Bereiche – warum geht das denn beim Bund oder warum geht das bei Nahverkehrsgesellschaften? Bei bestimmten Bereichen muss man auf so etwas zurückgreifen. Das bringt zwar nicht den Täter – das wissen wir wohl –, aber es bringt am Ende eine bessere Nachvollziehbarkeit der ganzen Geschichte.

Ich will noch eines sagen, meine Damen und Herren, auch an den grünen Justiz- bzw. Migrationsminister, den ich heute noch gar nicht gesehen habe – oder habe ich ihn schon gesehen? Vielleicht hört er irgendwo zu, wäre ja schön. Er muss hier mitziehen zum Beispiel auch bei der Frage von Abschiebungen, da muss er mitziehen und nicht immer dieser Schöngest und das Schönreden, wenn ich an Frau Berninger, Frau König und Adams und folgende – ich wollte nicht die Frau Peinlich nennen – denke. Das will ich einfach nur sagen.

(Abg. Fiedler)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich heiße immer noch Rothe-Beinlich!)

Habe ich „Rothe“ vergessen?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das vergessen Sie ja immer wieder. Was für ein Zufall!)

Was ein Zufall, Frau Rothe-Beinlich – Beinlich.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ...-Fiedler!)

Präsident Carius:

Spiele mit Worten sind nicht zulässig. Ich bitte um die Namen.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Ich habe manchmal eine schlechte Aussprache.

Meine Damen und Herren, Thüringen bildet die rote Laterne bei Abschiebungen. Das ist einfach so. Ja, da freut sich Frau Berninger, das ist mir klar.

(Beifall DIE LINKE)

Aber das kostet das Geld der Bürger, wenn Leute hierbleiben, die keinen entsprechenden Status haben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob Ihnen das passt oder nicht passt, es ist mittlerweile Usus und im Bund haben sie es längst erkannt, wenn ich an Kollegen Schneider von der SPD und andere denke, die haben das längst erkannt – Oppermann und Co. –, dass die Uhr sich hier nicht mehr zurückdrehen lässt. Wir müssen jetzt fordern. Deswegen, meine Damen und Herren, muss ich hier noch einige Worte zur Evaluierung der PSR verlieren. Wir hatten dazu ein Treffen mit Prof. Baldus. Über 3 Stunden haben wir mit ihm im Arbeitskreis gesprochen und haben uns ernsthaft versucht mit der Thematik, sprich also neuer Überprüfung der Polizei etc. – Wir waren deswegen gestern noch mal in der LPD-Landeseinsatzzentrale und haben uns dort berichten lassen. Meine Damen und Herren, ich empfehle dem Minister noch mal und wir führen ihn auch gern dorthin, dass er endlich mal in seine wichtigsten Einrichtungen geht. Eine davon ist die Landeseinsatzzentrale. Gegen andere Aussagen, die auch hier vom Pult gemacht wurden, ist uns noch mal bestätigt worden, die Landeseinsatzzentrale läuft mittlerweile seit 2015 so gut, dass es kaum noch Mängel gibt. Es gibt immer mal da und dort was, aber es funktioniert. Es funktioniert, und nicht wie es dargestellt wurde.

(Zwischenruf Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich habe dazu gar nichts gesagt!)

Das macht doch nichts, aber das haben die Vorhergehenden gesagt. Wenn ich schon das und jenes angeblich vergessen habe, will ich das doch wenigstens noch mal sagen.

Herr Prof. Baldus ist einmal ganz kurz dort gewesen und hat sich ganz kurz mal unterhalten – ich will die Zeit gar nicht nennen –, alles geht nur über Fragebögen etc. Dort haben wir ein Instrumentarium, was wir gemeinsam geschaffen haben. Landeseinsatzzentrale – die führen übergreifend Lagen im Land, wo vor Ort nicht mehr eine LPI das Ganze führen kann. Das ist hervorragend und muss so bleiben. Deswegen, meine Damen und Herren, wir haben uns das dort alles noch mal erklären lassen, was dort los ist. Wir müssen aufpassen, dass wir das nicht ohne Not, nur weil eine neue Regierung dran ist, schon wieder überprüfen. Die LEZ hat 2013 angefangen, so richtig ins Rennen zu gehen. Ich sage mal, so 2014/Übergang 2015 war sie so weit, dass sie die Kinderkrankheiten ausgemerzt hatten. Mittlerweile kommen andere Länder zu uns und sagen: Wie geht das denn so gut bei euch? Aber auch dort muss Personal hin, gehobener, höherer Dienst fehlt dort. Deswegen, meine Damen und Herren, ist das notwendig.

Die Unruhe in der Polizei ist groß genug. Die haben früh, mittags und abends genug zu tun, da muss ich nicht schon wieder mit einer neuen Strukturreform kommen.

Meine Damen und Herren, Thema „Abhörraffäre“: Ich will noch mal darauf eingehen und es möge mir keiner sagen, das hat nichts mit innerer Sicherheit zu tun. Wir erinnern uns alle sicher noch an das Sonderplenium von Rot-Rot-Grün im letzten Jahr. Wir erinnern uns hoffentlich noch daran – Sie wollen es vielleicht nicht mehr hören –, inklusive der reflexartigen vorverurteilenden Schuldzuweisungen insbesondere aus den Reihen der Linken und Grünen, aber auch insbesondere Frau Hennig-Well-sow, Herr Dittes und andere – ich könnte noch viele nennen. Aber auch der oberste Datenschützer und seine bessere Hälfte in der SPD-Fraktion waren schnell mit ihrer Kritik und Vorverurteilung.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist unglaublich unver-schämt!)

Das mag bei Ihnen so ankommen, ich sehe das nicht so.

Ausdrücklich danken möchte ich Herrn Dr. Schmitt-Wellbrock für seine Arbeit, die am Ende ganz klar gezeigt hat

(Beifall CDU)

– da kann man ruhig mal klopfen, auch die anderen, denn der hat für alle gearbeitet –, dass unsere Polizei und die damalige Hausleitung zu Unrecht von Rot-Rot-Grün kriminalisiert wurde, übrigens

(Abg. Fiedler)

nicht nur die damalige, auch die jetzige. Das haben dabei wahrscheinlich viele vergessen. Wie wäre es jetzt mit einem Wort der Entschuldigung oder zumindest einer öffentlichen Stellungnahme, dass man damals überreagiert hat? Ich kann davon bislang nichts erkennen. Meine Damen und Herren, Fakt ist: Die Aufklärung, die von meiner Fraktion maßgeblich gefordert und vorangetrieben wurde, hat ergeben, dass unsere Polizei kein Hort von Missbrauch ist. Wer aber dieses Bild unserer Sicherheitsbehörden aufbaut, verunsichert nicht nur die Truppe, sondern auch die Bürger, deren Vertrauen die Polizei braucht. Selbst der Ministerpräsident hat von Stasi-Methoden getwittert. Es gibt ja Leute, die können ohne die kleinen Buchstaben nicht leben. Man sollte vielleicht vorher überlegen und sich ein paar Informationen holen, bevor man so was äußert. Das erinnert mich an den Herren, der so weit weg von hier irgendwo tätig ist.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch mal: Der Innenminister – aus meiner Sicht – grob fahrlässig. Daher fordere ich die Koalition auf, mindestens der Aufstockung der Polizei um 255, wie wir gefordert haben, zuzustimmen. Wir haben die 300, Frau Finanzministerin, ausdrücklich nicht gefordert, weil wir die Tatsache, was man wirklich leisten kann, im Blick behalten haben. Darüber haben wir ausdrücklich mit den Gewerkschaften geredet, dabei ist die Zahl 255 herausgekommen. Wenn Sie mal wieder in Ruhe mit Ihrem Innenminister bei einem Glas sowieso reden – es kann ja ruhig eine Schorle sein oder etwas Ähnliches –, dann sollten Sie sich das mal erläutern lassen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Aufstockung der Thüringer Polizei, wir brauchen mehr Anerkennung für unsere Thüringer Polizei, wir brauchen den Rückhalt der Polizei – deswegen dieses Ding hier, „Thüringer Polizei“, steht bei Bodo Ramelow auf dem Schreibtisch. Da es beim Innenminister bestimmt nicht steht, werde ich es ihm schenken, damit er weiß, was seine Polizei alles leistet, und sich noch mehr für sie einsetzt. Danke.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Danke schön. Als Nächste hat Frau Abgeordnete Marx für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Marx, SPD:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte ganz herzlich die Vertreter der Polizeigewerkschaften hier begrüßen. Wir nehmen die sehr wichtige Arbeit der Polizei und der Sicherheitsbehörden hier in Thüringen sehr ernst. Wir unterstützen sie auch nach unseren Möglichkeiten und wir nehmen auch die drohenden Gefahren für Bürgerinnen und Bürger in Thüringen sehr ernst.

(Beifall SPD)

Wir bemühen uns deswegen hier auch wirklich um Lösungen, die aber auch echte Lösungen sind und nicht nur Scheinlösungen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Abgeordneter Fiedler, es ist natürlich immer auch viel Herzblut dabei – das finde ich ja auch schön –, aber man muss doch bei den Fakten bleiben. Es sind viele Zahlen genannt worden, die einfach so nicht stimmen. Natürlich ist es tatsächlich ein Problem, dass wir sehr viele Altersabgänge in der Thüringer Polizei haben und es immer schwieriger wird, die auszugleichen. Aber dass wir in diesem Jahr nur etwa 50 oder 60 Polizeianwärter übernommen hätten, ist schlicht falsch. Es waren 111.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die Zahlen sind abgestimmt mit der Gewerkschaft!)

Es waren 111, sagt uns der Innenminister. Er hat ja die Urkunden ausgehändigt. Es gibt jetzt noch einige Nachprüfungen.

(Zwischenruf Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales: Zwei werden nachgeprüft!)

Es gibt noch zwei Nachprüfungen – 113 sagt der Minister gerade. Natürlich bleibt immer noch ein Defizit und es ist in der Tat ein Problem. Ich möchte gleich am Anfang überhaupt keinen Zweifel daran lassen, daran arbeiten wir. Auch ich werde mich massiv dafür einsetzen, dass wir die einzustellenden Anwärterzahlen im nächsten Haushalt erhöhen können.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird keine einfache Debatte, weil wir auch bestimmte haushalterische Grundregeln und Maßregeln einzuhalten haben, auf die wir uns hier gemeinsam im Landtag – auch in der alten Koalition – geeinigt haben. Da muss man in der Tat Prioritäten setzen. Ich weiß, dass auch andere Häuser wichtige Aufgaben zu stemmen haben. Trotzdem müssen wir hier aktiver werden als bisher. Dafür werde ich mich auch gern einsetzen.

Ich habe gesagt, dass wir die drohenden Gefahren für Bürgerinnen und Bürger in Thüringen sehr ernst nehmen, aber wir halten und haben nichts von Scheinlösungen. Erschrocken war ich an der Stelle, Herr Kollege Fiedler,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

wo Sie eigentlich schon so fast in AfD-Manier gesagt haben, die Flüchtlinge sind schuld an der Zunahme von Kriminalität und terroristischer Bedrohung.

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Marx)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist nicht wahr! Das können Sie noch dreimal behaupten und es wird immer noch nicht wahr!)

Das ist nicht richtig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gerade im Bereich des islamistischen Terrorismus den Befund, dass 50 Prozent der bisher festgestellten Gefährder sogar die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das ist so schlecht!)

und dass es sich um Leute handelt, die sehr lange hier gelebt haben und die sich erst hier radikalisiert haben. Im Übrigen ist dieses Phänomen auch bei Terroristen in anderen europäischen Ländern zu beobachten gewesen – Frankreich, Belgien. Das Verstörendste an der ganzen Sache ist doch, dass diese Täter, die dort dann leider in Erscheinung treten, alle immer vorher schon bekannt gewesen sind. Jetzt auch bei dem Fall des schrecklichen Attentats in Berlin am Breitscheidplatz auf dem Weihnachtsmarkt: Anis Amri war den Behörden bestens bekannt. Er soll sogar Informationen geliefert haben, ein gut getarnter Informant gewesen sein. Man hat ihm Umzugshilfe nach Berlin geleistet – ausgerechnet. Das ist natürlich erschreckend und schlimm auch für die beteiligten Behörden, hier eine solche Fehleinschätzung getroffen zu haben. Dann ist aber doch nicht die Frage: Muss ich den Radarschirm noch ausweiten? Sondern: Wenn ich diese Gefährder habe, wie komme ich dann zu einer solchen Fehleinschätzung? Darum müssen wir uns alle gemeinsam kümmern. Das tun wir als Sozialdemokraten und auch hier in der Koalition sehr gern. Wie kann man genauer erkennen, wer wirklich Gefährder ist und wie man solche Leute besser überwachen kann? Ich sage es noch einmal, die ganzen Täter – und das können Sie sich wirklich anschauen – waren alle vorher schon auf dem Schirm von Behörden. Deswegen kann man zwar Videoüberwachung ausdehnen oder auch vielleicht noch mehr Vorratsdaten sammeln, aber das ändert nichts daran, dass diese Leute bekannt waren.

Terrorismus hat auch nichts mit Nationalität oder Religion zu tun. Terrorismus entspringt der Feindschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, und da, Herr Kollege Fiedler, haben Sie auch recht. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Sicherheit durch mehrere Phänomenbereiche gefährdet wird. Sie haben die Reichsbürger genannt. Gerade heute läuft eine bundesweite Durchsuchung von militanten Reichsbürgern, die verdächtigt werden, Anschläge vorzubereiten – antiseimitische Anschläge, aber auch Anschläge insbesondere auf Polizisten und auf Staatsdiener oder staatliche Institutionen. Wir haben aber auch hier in

Thüringen Kriminalität gehabt. Wir sind bisher nicht von Terrorismus verschont gewesen. Vielleicht klappt die klassische Polizeidefinition nicht, aber den Überfall in Ballstädt, der sich jetzt vor nunmehr fast zwei Jahren ereignet hat, würde ich durchaus als eine Art terroristisches Attentat einschätzen. Es war jedenfalls eine der schwersten Straftaten, die wir hier in Thüringen erlebt haben. Ich erinnere Sie daran, Anfang Februar 2015 haben 14 Tatverdächtige – der Prozess läuft nun und ist jetzt schon ins zweite Jahr gegangen –, die Kirmesgesellschaft in Ballstädt überfallen. Es wurden zehn Leute verletzt, zwei davon sehr schwer. Dieser Überfall war vorbereitet, abgesprochen, geplant. Das ist eine sehr üble Angelegenheit. Auch der Überfall auf die Mai-Kundgebung im vorletzten Mai in Jena, von Jungen Nationaldemokraten gesponsert, war auch wirklich eine schlimme Straftat. Deswegen drohen uns hier Gefahren von vielen Bereichen.

Die militanten Reichsbürger sind genannt worden. Auch ich will noch einmal auf sie hinweisen und will auch hier an der Stelle unserem Verfassungsschutz ausdrücklich danken, der diesen Phänomenbereich früher als andere in den Blick genommen hat. Es ist in der Tat so, dass wir zu einer relativ hohen Anzahl von Reichsbürgern hier in Thüringen kommen. Aber es zeigt sich jetzt in anderen Ländern, die ähnliche Meldesysteme eingeführt haben, dass auch diese eine entsprechend hohe Zahl aufweisen. Wir haben aber nicht nur Leute, die bereits durch hohe Gewaltbereitschaft und Gewalttaten hier in Erscheinung getreten sind, auch in Thüringen. Wir haben – das muss auch hier an der Stelle erwähnt werden – auch eine geistige Brandstiftung, die erneut Ausmaße angenommen hat, die wir uns früher nicht vorstellen konnten, dass es sie geben würde, und die geistige Brandstiftung – das wurde heute auch noch angesprochen –, auch für diese Bereiche brauchen wir eine entschiedene Reaktion der Staatsgewalt, aber auch eine umfassende gesellschaftliche Ächtung. Und wenn ein Herr, der hier rechts sitzt und sich Fraktionsvorsitzender einer hier im Parlament vertretenen Partei nennen darf, dann in Dresden auftritt und er auf ein geneigtes Publikum trifft, das schon allein, wenn zum Beispiel der Name Roman Herzog genannt wird, gleich in den Ruf „Volksverräter“ ausbricht, und dann der Herr, der hier bei uns sitzt, diese dumpfen Gestalten als „Spitze einer neuen von Dresden ausgehenden Bewegung“ lobt, dann frage ich mich: Wo soll es eigentlich hier noch hingehen?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich dieses Video mal bis zum Ende anschaut, die hoch gelobten Volksgenossen, die haben am Ende die Nationalhymne so schräg gesungen, dass ich mich da an Ihrer Stelle, Herr Höcke, schon dafür allein geschämt hätte.

(Abg. Marx)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind jetzt bei den sicherheitspolitischen Maßnahmen für Thüringen, wir brauchen sie. Wir brauchen eine Professionalisierung und wir brauchen Unterstützung für die Sicherheitsbehörden. Aber wir müssen nicht nur ideologisch reagieren, mit den üblichen Schlachtgesängen, sage ich jetzt mal, auf allen Seiten, sondern wir müssen auch immer die Tauglichkeit der Mittel prüfen. Wir brauchen eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden, das ist richtig. Wir haben hier die Thüringer Informations- und Auswertungszentrale, die TIAZ, auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Da müssen wir aber auch mal schauen, ob der Informationsaustausch wirklich so funktioniert, wie wir uns das wünschen.

Zu den V-Männern und -Frauen: Eine ganz, ganz wichtige Forderung, um Gewalttaten aufklären zu können, ist, dass man den Quellenschutz nicht als Hindernis für Strafaufklärung einsetzen darf. Das ist hier in Thüringen massiv geschehen. Und auch wenn Herr Fiedler meint, wir sollten jetzt mal mit der NSU-Aufklärung zu Ende kommen: Wir haben gerade erst diese Woche die wirklich erschütternde Auskunft bekommen, von Leuten, die sich in den Unterlagen besser auskennen als wir, weil dieselben noch nicht angefordert waren, dass es im Falle eines ungeklärten Kindsmordes, nämlich an dem jungen Bernd Beckmann in Jena, einen Tatverdächtigen gegeben hat, bei dem man sogar das Tatwerkzeug gefunden hat, aber den man aus unerklärlichen Gründen dann nicht weiterverfolgt hat, obwohl er auch kein Alibi hatte und wenige Meter oder 200 Meter entfernt von dem Fundort des Jungen auch eine Garage angemietet hatte, in ziemlich naher Nachbarschaft übrigens von der späteren Sprengstofffundgarage. Und dieser Tatverdächtige, der aus dem rechtsextremen Spektrum stammt, aus dem weiteren Umfeld des NSU, der wurde im Münchner OLG-Prozess vernommen und hat auf die Frage, ob er V-Mann gewesen sei, gesagt, dass er sich daran nicht erinnere. Also wenn Sie so etwas hören, dann wird es einem schlecht und dann wissen Sie, dass V-Leute nur dann geeignet sind, für Sicherheitsbehörden Zuarbeiten zu leisten, wenn im Zweifel nicht der Schutz ihrer Identität oder ihrer Zuarbeit für den Verfassungsschutz über die Aufklärung von Kindermord geht. Das werden wir noch zu klären haben.

Mehr Polizei, das werden wir auch in Thüringen umsetzen und auch einen professionell arbeitenden Verfassungsschutz. Dafür stehen wir auch als Sozialdemokraten hier ein.

Kommunale Präventionsarbeit ist aber ebenfalls wichtig. Wir haben gehört, wir haben Islamisten, aber wir haben Rechtsextreme hier in Thüringen speziell, wir haben militante Reichsbürger und ja, es kommt die Forderung nach Fußfesseln, auch in

meiner eigenen Partei. Aber das sind alles solche Schnellschüsse. Da muss man mal genau gucken. Also die Fußfessel ist eigentlich ein Instrument, das erfunden wurde, um Straftäter, die im Strafvollzug einsitzen müssten, aus Kostengründen und weil man sie nicht für ganz so gefährlich hält, mit der Fußfessel herumlaufen zu lassen. Uli Hoeneß war das prominenteste Beispiel, der durfte relativ schnell in den offenen Vollzug und hat wohl auch so ein elektronisches Teil getragen. Damit können Sie natürlich jemanden, der eine solche Fußfessel hat, tracken, also so ähnlich, als wenn Sie Ihr Handy mit sich führen. Und jetzt müssen Sie alle ganz stark sein: So eine Fußfessel ist genau wie ein Handy, die hat einen Akku. Der Akku ist irgendwann leer und muss geladen werden und insofern muss der Fußfesselträger nach dem derzeitigen Stand so weit mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten, dass der seinen Akku immer freiwillig auch auflädt bzw. seinen Ersatzakku immer rechtzeitig einsetzt. Wenn er das nicht macht, gibt es irgendwie einen Signalton und dann können die Sicherheitsbehörden sagen: „Oh, jetzt hat der sich hier aus dem Schirm wegbewegt, jetzt müssen wir mal gucken, wo er ist“, und ihn dann möglicherweise doch wieder einsperren. Also das ist die Fußfessel im derzeitigen Gewand und deswegen stellen sich viele auch vollkommen falsche Möglichkeiten vor.

(Beifall DIE LINKE)

Einen Selbstmordattentäter wird auch die Fußfessel nicht weiter stören, weil er ja sozusagen bei seiner Tat erwischt werden will, er lässt ja dann auch noch seinen Ausweis zurück, damit möglichst sein Name in der Zeitung erscheint und er sich auf seine angeblichen Jungfrauen freuen kann. Das sind alles Dinge, ich will das gar nicht kaputt reden und will auch gar nicht sagen, dass die ungeeignet sind – aber wenn eine Fußfessel, dann vielleicht eher noch für Rechtsextreme und militante Reichsbürger, weil die, auch wenn die die Dinger nicht tragen, nicht gleich einen Anschlag begehen und man sie vielleicht rechtzeitig wieder einfangen kann.

Aber es gibt ganz andere Präventionsmöglichkeiten gegen Terrorismus, die wir auch mal in Betracht ziehen sollten. Wir wollen jetzt immer Abschiebungen beschleunigen, wir wollen Transitzone einrichten, aber das hilft nicht gegen Leute, die sich hier sozialisiert haben. Es gibt allerdings eine andere Idee aus Brandenburg, ob man bei Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünften, die extrem zugenommen haben und die eine Herausforderung für Polizeiarbeit darstellen, ein Präventionsmittel dergestalt hat, dass man einen Ausweisungsschutz für Opfer von derartigen Anschlägen vorsieht, also dass Täter, die solche Leute weg haben wollen, gerade damit rechnen müssen, dass solche Leute, die Anschlagopfer werden, erst mal hierbleiben dürfen. Das ist in Brandenburg schon gemacht worden und

(Abg. Marx)

das ist auch sehr wichtig, weil die Strafverfolgung sonst gar nicht funktionieren kann. Wenn Opfer schon weg sind, dann kann der Täter gar nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir haben wirklich viel zu tun, auch im Bereich der verbesserten Ausstattung von Sicherheitskräften. Wir nehmen die Aufgabe an. Wir werden das auch im nächsten Doppelhaushalt, so hoffe ich sehr stark, abbilden können. Und zu den vielen Anträgen, die Herr Fiedler genannt hat – auch an dieser Stelle noch mal –, hat ein Haushaltsantrag leider gefehlt. Wir werden diesmal sicherlich einen haben.

Abschließend möchte ich noch mal darauf hinweisen: Erst im Zusammenspiel von Prävention, Stärkung des inneren Zusammenhalts der Gesellschaft und der professionellen Arbeit einer gut ausgebildeten und ausgestatteten Arbeit von Polizei, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft und Justiz entsteht tatsächlich ein höheres Maß von Sicherheit und darin unterscheiden wir uns von Ihren hauptsächlichlichen Rufen nach nur mehr Polizei und schärferen Gesetzen. Über all das kann man nachdenken, aber das allein löst unsere gemeinsamen Probleme nicht. Wir hoffen und wünschen uns, dass wir hier in Thüringen weiter relativ sicher leben können, und wir hoffen und wünschen auch unseren Polizeikräften und Sicherheitsmitarbeitern, dass sie hier weiter ihre Arbeit für uns unter guten Bedingungen erfolgreich ausführen können und heil und gesund nach Hause kommen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Danke schön. Als Nächster hat Abgeordneter Höcke für die AfD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Danke schön. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, sehr geehrte Polizisten im Saal und am Livestream! Sehr geehrter Kollege Fiedler, jetzt haben Sie mir so einen eingeschickt hier bei Ihrer Rede im Eingangsteil,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Mit voller Absicht!)

dass ich natürlich da so ein bisschen erwidern will und erwidern muss. Herr Kollege Fiedler, Sie sind einer der kernigsten, kantigsten und unbequemsten Politiker des Hohen Hauses. Ich schätze Ihre Art, hier vorzutragen, mit Leidenschaft entsprechend die Rede zu führen; das ist formatvoll, das ist qualitativ, das bringt diesem Haus Lebendigkeit und das finde ich gut.

(Beifall AfD)

Sie sind auch ein mutiger Mann. Denn Sie haben durchaus heute in Ihrer Rede festgestellt, dass die problematische Sicherheitslage, die wir in Thüringen und in Deutschland haben, natürlich auch etwas mit einer grundsätzlichen Fehlentscheidung der Bundeskanzlerin dieses Landes zu tun hat. Das ist ja immerhin Ihre Bundesvorsitzende. Deswegen haben Sie Mut und auch dafür danke ich Ihnen, Herr Fiedler.

(Beifall AfD)

Und Sie sind ein Mann, der hier vorn steht und immer wieder mit dem gesunden Menschenverstand brilliert, zweifellos. Aber in den Ausführungen, die Sie heute gegen meine Person hier vorgebracht haben, haben Sie in meinen Augen diesen gesunden Menschenverstand heute einmal vermissen lassen.

(Beifall AfD)

Sehr geehrter Herr Kollege Fiedler, ich will Sie noch mal daran erinnern, aber nicht nur Sie, sondern alle Kollegen im Hohen Haus, die Besucher auf der Tribüne, die Besucher im Livestream: Der Ausgangspunkt des Skandals um die Dresdner Rede von Björn Höcke ist und bleibt

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Björn Höcke ...!)

eine Falschmeldung der dpa.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben sie alle gesehen!)

Ich möchte noch mal betonen: Ich habe ...

(Unruhe CDU)

Herr Fiedler, wir kennen das, das sind parteiinterne Dinge.

Wir sollten das einfach mal nüchtern betrachten und ich möchte einfach noch mal erinnern, dass ich Folgendes gesagt bzw. Folgendes nicht gesagt habe und die dpa-Meldung – man würde Neudeutsch sagen – Fake News waren. Fake News – Stefan, tut mir leid, dass ich jetzt mal den Anglizismus hier reinbringen muss.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Jetzt wäre die Zeit, mal zu unterbrechen!)

Sehr geehrte Kollegen im Hohen Haus, ich habe das Mahnmal in Berlin niemals als Schande bezeichnet. Das habe ich niemals getan.

(Beifall AfD)

Ich habe niemals das Gedenken an den Völkermord an den Juden infrage gestellt – niemals!

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Nicht nur ein Antisemit, sondern auch noch ein Lügner!)

(Abg. Höcke)

Ich wollte in meiner Rede,

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: ...
würdest du zu deiner Rede stehen, aber jetzt
lügst du auch noch!)

auch wenn dem ein oder anderen der Duktus nicht gefiel bzw. die Diktion und manche vielleicht auch durch das Pathos dieser Rede, durch das patriotische Pathos irritiert waren, im Kern lediglich darauf hinweisen – und dazu stehe ich –, dass unsere Erinnerungskultur, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete im Hohen Haus, auch die guten Zeiten unserer Geschichte umfassen muss.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Heuchler!)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der festen Überzeugung – und das ist auch Programmatik der AfD: Ohne eine gesunde Identität gibt es keinen gesunden Patriotismus und ohne einen gesunden Patriotismus hat eine freie Bürgergesellschaft keine Zukunft.

(Beifall AfD)

Herr Fiedler, das war es schon in Ihre Richtung. Eine freie Bürgergesellschaft, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, hat auch keine Zukunft, wenn sie in einem Staat existieren muss, der kein Sicherheitsstaat mehr ist. Jetzt komme ich zum Thema.

Sehr geehrter Herr Innenminister, ich danke Ihnen herzlich für Ihren Bericht. Sie können natürlich davon ausgehen, dass ich grundsätzlich einer anderen Meinung bin, dass ich Ihre Lageeinschätzung nicht teile. Sicherheit ist wie die Luft zum Atmen. Erst wenn sie fehlt, merkt man, wie wichtig sie ist. Wenn man in diesem Bild bleiben will, dann muss man sagen, die Luft in Thüringen wird dünn und dünner.

(Beifall AfD)

Es ist die AfD-Fraktion gewesen, die bereits im Sommer 2015 das Thema „Einbruchsdiebstahl“ auf die Tagesordnung unseres Landtags gesetzt hat, um auf Einbruchsserien entlang der Autobahn hinzuweisen, die, wie wir heute wissen, von osteuropäischen Einbrecherbanden begangen wurden. Damals beschwichtigte die Landesregierung, doch, sehr geehrter Herr Innenminister, bei den vorliegenden Zahlen gibt es tatsächlich nichts mehr zu beschwichtigen. Die Zahl der Einbrüche hat mit 1.477 Fällen im Jahr 2015 einen neuen Höchststand erreicht. Das ist eine Steigerung um zwei Drittel gegenüber dem Jahr 2014. Die Aufklärungsquote sank leider auf einen neuen Tiefstand, nämlich auf 25,7 Prozent. Immerhin arbeitete – mein Kollege Henke hat schon darauf hingewiesen – die Soko „Dämmerung“ erfolgreich. Von 200 Delikten in ihrem Bereich konnten 126 aufgeklärt werden.

Trotz unbefriedigender und von der Landesregierung zu verantwortender Arbeitsbedingungen

(Beifall AfD)

machen die Beamten in unserem Freistaat mit zusammengebissenen Zähnen einen hervorragenden Dienst. Wir sagen als AfD-Fraktion: Danke, Polizei!

(Beifall AfD)

Diese Soko hat herausgefunden, dass ein großes Netzwerk mit maßgeblicher Beteiligung von Kosovo-Albanern hinter der Einbruchsserie steckte, darunter mindestens ein Straftäter, der bereits abgeschoben worden ist und erfolgreich nach Erfurt zurückkehren konnte.

(Beifall AfD)

„Freie Fahrt für Kriminelle“, das scheint das Motto im gegenwärtigen Schengenraum zu sein. „Freie Fahrt für Kriminelle“, das gleiche Motto gilt leider auch im Bereich der Ausländerkriminalität. Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger bei einzelnen schweren Straftaten war 2015 – das sind die vorliegenden Daten – überproportional. Das hat nichts mit Panikmache zu tun. Das hat nichts mit Stimmungsmache zu tun. Das ist die Zahlenlage, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete. 33 Prozent bei Mord, 25 Prozent bei Totschlag, fast 15 Prozent bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung. 60 Prozent der ausländischen Tatverdächtigen bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung kamen übrigens aus muslimischen Staaten. Dass hier vielleicht der kulturelle Hintergrund eine Rolle spielen könnte, ist dann doch nicht von der Hand zu weisen.

(Beifall AfD)

Kommen wir zu einem weiteren Beispiel im Kontext Ausländerkriminalität: Durch die Anfrage meines Kollegen Stephan Brandner kam heraus, dass es im Zeitraum Januar 2015 bis Mai 2016 über 2.660 Polizeieinsätze im Kontext von Asylbewerberunterkünften kam, die zu 1.180 Ermittlungsverfahren führten. Die meisten Straftaten waren gefährliche Körperverletzungen sowie Sachbeschädigungen.

Wir wollen das Problem nicht kleinreden, die Betonung liegt auf „nicht“. Das sollte man auch nicht, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete. Allerdings wurden entgegen der öffentlich-medialen Wahrnehmung nur 3,5 Prozent aller Straftaten an und in Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften dem Rechtsextremismus zugeordnet, so das Ergebnis der Kleinen Anfrage des Kollegen Brandner. In diesem Zusammenhang sei erwähnt: Unsere Große Anfrage zum Links- und Rechtsextremismus ist die bisher größte in diesem Politikfeld. Wir, die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, sind auf keinem Auge blind, wir stehen für Fakten statt Ideologie, das ist die Position der AfD.

(Abg. Höcke)

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Beifall AfD)

Deswegen muss hier auch auf die beunruhigende Entwicklung in Thüringen im Bereich des Linksextremismus hingewiesen werden. Die Anzahl der linksextremistischen Straftaten ist 2015 im Freistaat steil angestiegen und hat mit 373 einen neuen traurigen Höchststand erreicht. Die Zahl der linksextremistischen Veranstaltungen in Thüringen ist 2015 auf den Höchstwert von 83 angestiegen, 2010 waren es übrigens nur 34. 2015, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, wurden 14 Polizeibeamte durch Linksextremisten verletzt, so viele wie noch nie seit dem Jahr 2010. Der linksextremistische Widerstand gegen Polizeibeamte hat 2015 mit 16 Straftaten ebenfalls einen neuen Höhepunkt erreicht, und das sind nur die aufgeklärten, wo der Täter klar zugewiesen ist. Die Dunkelziffer wird wahrscheinlich weit größer sein.

Besonders frappant ist die linksextreme Gewaltbereitschaft. Während der Anteil der Gewaltkriminalität im Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts bei 6,5 Prozent lag – und das ist auch schon schlimm genug – stellen Gewalttaten fast 18 Prozent der linksextrem motivierten Straftaten dar.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Hört, hört!)

Linksextreme Gewalttäter – zu diesem Schluss kann man und muss man wahrscheinlich kommen – leben ihre neue, zuvor nicht vorhandene Narrenfreiheit in Thüringen voll aus. Ich muss leider annehmen, dass das an dieser neuen Landesregierung liegt, die auf dem linken Auge einfach blind ist.

(Beifall AfD)

Noch bis zum September 2015 gab es Landesgeld, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, Steuergeld – das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen – für wörtlich „Fahrten zu rechtsextremistischen Aufmärschen“.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Gegen!)

Dabei gehörte – jetzt fängt Frau Katharina König an zu heulen, das ist auch verständlich – die JG, die Junge Gemeinde, Jena zu den Hauptprofiteuren des Steuergeldregens.

(Beifall AfD)

Über 40.000 Euro – den Steuerzahler wird diese Zahl nicht freuen, das kann ich Ihnen versichern – wurden für linken Krawalltourismus verschwendet. Die hart arbeitenden Steuerzahler wie die angegriffenen Polizisten werden sich für diese Fehltausgabe bedanken.

Unser Druck, der Druck der AfD-Fraktion, hat dazu geführt, dass die Bezuschussung von Linksextremisten eingestellt wurde und Polizisten nicht auch

noch – sie werden wahrlich genug angefeindet und angegriffen in ihrem harten Dienst –

(Beifall AfD, Abg. König, DIE LINKE)

von steuergeldfinanzierten Chaoten bedrängt werden. Aber dieses Landesprogramm – wir haben es schon oft und wir haben es schon oft zu Recht kritisiert – ist weiterhin – und wen wundert das bei dieser neuen Landesregierung, die lange, nein, die wahrscheinlich kein langes Leben haben wird – völlig einseitig ausgerichtet. Bis heute – und das ist ein Skandal; anders kann man das nicht nennen – werden aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – oder sollte man besser sagen „Landesprogramm für Demotourismus, Toleranz und Wahnsinn“? – Veranstaltungen gegen parlamentarische Kräfte

(Beifall Abg. König, DIE LINKE)

organisiert und finanziert.

(Beifall AfD)

Das ist übrigens etwas – und das sollte uns allen zu denken geben –, was es laut einer Antwort der Landesregierung, Herr Innenminister, gar nicht geben sollte. Doch die Realität beweist, die Landesregierung sagt die Unwahrheit – ob wissentlich, ob willentlich oder nicht, das kann ich von hier aus jetzt nicht bewerten und will das auch nicht entscheiden.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Ich habe da eine Ahnung!)

Ich auch, Stephan.

Ein Beispiel: Der Verein „Antifaschistische Kultur & Politik in Südthüringen e. V.“ wurde für die offen hetzerische Anti-AfD-Veranstaltung mit dem Titel „Immer schon ganz rechts: Die Alternative für Deutschland (AfD) und ihr lokaler Ableger im Ilm-Kreis“ durch Mittel aus dem Landesprogramm gefördert. Mit dabei, wie selbstverständlich, die lokale Antifa! Ach ja, Antifa – die sitzt auch bei Ihnen in der Fraktion, Herr Blechschmidt.

(Beifall Hennig-Wellsow, DIE LINKE)

Antifa und Linksextremismus, und die Fraktionsvorsitzende klatscht dazu, wenn ich das feststelle.

(Heiterkeit Abg. König, DIE LINKE)

Ach ja, Antifa und Linksextremismus.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Antifaschisten!)

Seit Bestehen des Landesprogramms, und das möchte ich jetzt mal den verehrten Kollegen von der CDU durchaus unter die Nase reiben, weil dieses Programm, dieses Landesprogramm, das ich gerade schon erwähnte, unter ihrer Ägide – ich glaube, es war 2009, aber korrigieren Sie mich bitte – ins Leben gerufen worden ist:

(Abg. Höcke)

(Beifall Hennig-Wellsow, DIE LINKE)

Seit Beginn dieses Landesprogramms wurden für den Kampf gegen Linksextremismus, also die Hauptquelle für Gewalt in diesem Land, was politischen Extremismus angeht, und jetzt kommt es, lediglich 250, aber nicht tausend, sondern 250 Euro ausgegeben. Hört, hört!

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Ja „super“!)

Die Landesregierung verharmlost nicht nur die linksextreme Gefahr für die innere Sicherheit, sondern leider auch die islamistische. Nach Auffassung des Bundesamts für Verfassungsschutz stellt der Salafismus die größte Bedrohung für die innere Sicherheit Deutschlands und in Zukunft wahrscheinlich auch für die Zukunft Thüringens dar. Die Zahl der Salafisten stieg von 5.500 im Jahr 2013 auf 8.350 im Jahr 2015. Herr Innenminister, sind Ihnen diese Zahlen bekannt?

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: „Tolle Arbeit“!)

Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt in diesem Zusammenhang ausdrücklich – ich zitiere –: „Mit dem Strom der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak wittern islamistische Organisationen in Deutschland die Chance, ihre Anhängerschaft zu vergrößern, indem sie versuchen, Flüchtlinge unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe für ihre extremistische Ideologie zu gewinnen.“ Diese Bestrebungen werden andauern. Trotz dieser offensichtlichen und bekannten Bedrohungslage werden für den Verfassungsschutz in Thüringen nicht genügend personelle und materielle Ressourcen bereitgestellt, um etwa konkrete Erkenntnisse über islamistische oder sogar dschihadistische Propaganda bzw. Rekrutierungsbemühungen in und um Flüchtlingsheimen zu gewinnen. Die Landesregierung – und das ist tatsächlich ein Skandal, Herr Innenminister – weiß nicht nur nicht, ob Salafisten unter Asylbewerbern rekrutieren. Sie weiß auch nicht, wie viele Islamisten aus Thüringen nach Syrien, in den Irak oder in andere Konfliktherde reisen, und natürlich genauso wenig, wie viele von diesen, die dann im Dschihad ihren Dienst geleistet haben für ihre, so denken sie, gerechte Sache, wieder radikalisiert zurückkehren. Das weiß die Landesregierung nicht. Von westdeutschen Milieus, in denen der Islamismus gedeiht, sind wir ja Gott sei Dank in Thüringen noch weit entfernt. Doch auch in Thüringen steigt die Anzahl der Islamisten, seit 2013 um mehr als die Hälfte, von 100 auf aktuell 150. Davon sind die Hälfte Salafisten. Die im letzten Jahr erfolgten Durchsuchungen bei Islamisten, auch in Thüringen, sollten auch dem Allerlinkesten klarmachen, dass wir in unserem Freistaat leider nicht mehr auf einer Insel der Seligen leben, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete. Islamistische Schläfer, sehr geehrter

Herr Innenminister, die schlafen nicht, ganz im Gegensatz zur Landesregierung dieses Freistaats.

(Beifall AfD)

Diese Landesregierung – meine Vorredner haben auf die kritische Sicherheitslage hingewiesen – ist weder willens noch in der Lage – und auch das ist ein großes Problem –, die sogenannte kritische Infrastruktur zu definieren und Maßnahmen zu ihrem Schutz zu ergreifen. Kritische Infrastruktur ist etwa die Strom- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen unseres Landes. Ein Terroranschlag auf sogenannte kritische Infrastruktur kann dramatische Folgen für die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung haben. Der Islamische Staat, al-Qaida und Konsorten haben bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass sie fähig sind und dass sie gewillt sind, gerade sogenannte weiche zivile Ziele, also diese kritische Infrastruktur, anzugreifen und zu beschädigen. Das sollte, sehr verehrter Herr Innenminister, Ihnen Ansporn genug sein, hier bitte ganz, ganz schnell zu handeln.

(Beifall AfD)

Diese Landesregierung ist nicht willens und in der Lage, die Polizei personell und ausrüstungstechnisch der neuen Bedrohungslage anzupassen. Die Anzahl der unbesetzten Dienstposten im Vollzugsdienst unserer Polizei hat einen neuen traurigen Höchststand erreicht, 516 Stellen sind dort unbesetzt. Diese Polizisten im Vollzugsdienst fehlen auf der Straße, sie fehlen vor Ort, wenn es darum geht, Wohnungseinbrüche zu verhindern, wenn es darum geht, den Schutz von Frauen sicherzustellen, wenn es darum geht, Drogenkriminalität zu verfolgen. So zerstört man das Sicherheitsgefühl der Menschen in diesem Land.

(Beifall AfD)

Die Abgänge bei der Polizei nehmen jedes Jahr zu und diese werden langfristig nicht durch die Einstellung neuer Polizeianwärter adäquat und nachhaltig ersetzt. Der Kollege Fiedler hat hier schon die Zahlen vollständig transportiert, sodass ich das nicht erneut tun will. Aber klar ist auch: Hier muss dringend nachgearbeitet werden. Unsere Sicherheitslage gebietet das. Sehr geehrter Herr Innenminister, sehr geehrte Landesregierung, es sollte Konsens sein im Hohen Haus: Bei Bildung und bei der Polizei dürfen wir nicht sparen! Ich bitte die Landesregierung, das zu berücksichtigen.

(Beifall AfD)

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag ist eine Oppositionsfraktion und das Kerngeschäft der Oppositionsfraktion ist natürlich die Kritik an der Regierung. Aber wir kritisieren nicht nur Missstände, sondern wir machen auch Vorschläge, wie man diesen Missständen beikommen kann, wie man Abhilfe schaffen kann. In unserem Alternativantrag schla-

(Abg. Höcke)

gen wir ein Maßnahmenpaket vor, das für eine Verbesserung der Sicherheitslage in Thüringen sorgen dürfte. Die Inhalte unseres Maßnahmenpakets wurden vom Kollegen Henke schon vorgestellt. Deswegen möchte ich im Detail nicht noch mal darauf eingehen, möchte aber die drei zentralen Hebel kurz in Erinnerung rufen.

Erstens: Wir brauchen eine wirkliche Strategie für die Polizei in Thüringen, und zwar eine Strategie aus einem Guss, was mein Kollege Henke vollkommen richtig erwähnt hat. Wir dürfen unsere Kraft nicht in Blitzmarathons verschwenden. Wenn die Sicherheitslage in diesem Lande erodiert, dann muss man einfach Polizeikräfte abziehen, verstärkte Streifen in Wohngebieten ansetzen

(Beifall AfD)

und entsprechend dort auch vorbeugend unterwegs sein.

Zweitens: Wir müssen der Identitätsverschleierung bei Zuwanderern endlich Herr werden. Anis Amri, der Attentäter von Berlin, hatte vier Identitäten. So etwas darf in Zukunft nicht mehr vorkommen!

Drittens: Wir brauchen das sogenannte Neuköllner Modell der viel zu früh verstorbenen Richterin Kirsten Heisig, um die Jugendkriminalität wirksam bekämpfen zu können. An dieser Stelle, Herr Innenminister Dr. Poppenhäger, möchte ich noch mal kurz auf etwas eingehen, was Sie hier am Rednerpult erwähnt haben. Sie sagten, wir hätten die Probleme Berlins ja noch nicht oder nicht, deshalb brauchten wir dieses sehr gut funktionierende und erprobte Neuköllner Modell nicht. Ich sage, wir haben die Probleme noch nicht. Aber Ihre Politik, die Politik von Rot-Rot-Grün und leider auch der CDU unter der Ägide von Angela Merkel, ist ja darauf angelegt, die Zustände, die wir jetzt in Neukölln haben, die Zustände, die wir in den großen Ballungsgebieten des Westens haben, in wenigen Jahren auch hier in Thüringen zu realisieren. Wir wollen das nicht. Wenn wir diese Zustände für Thüringen verhindern, dann bedeutet das, dass wir eine nachhaltige Sicherheitspolitik für unseren Freistaat machen. Dafür steht die AfD-Fraktion.

(Beifall AfD)

Sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Polizisten im Raum und am Livestream, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, wir, die AfD, stehen für einen Staat, der seine Bürger schützen will und schützen kann. Wir von der AfD sind in Sorge, dass dieser Staat seinen zentralen Daseinszweck, und das ist die Garantie der Sicherheit seiner Bürger, in Zukunft immer weniger und immer schlechter erfüllen kann.

Sehr geehrte Landesregierung, gefährden Sie bitte nicht weiter das Vertrauen der Bürger in diesen, ihren Staat. Dieses Vertrauen, ist es einmal verspielt,

ist nur sehr, sehr schwer zurückzugewinnen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster hat Abgeordneter Dittes von der Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Fiedler, ich habe, glaube ich, noch nie so oft meinen Namen in einem Redebeitrag gehört, bevor ich geredet habe. Dafür möchte ich Ihnen danken. Sie haben an einer Stelle bedauert, dass ich nicht klatsche. Ich will Ihnen aber sagen: Ich habe an einer Stelle geklatscht, und das war während Ihrer einführenden Bemerkungen bei der Begründung Ihres Antrags hinsichtlich der Äußerungen des Fraktionsführers der AfD in der vergangenen Woche in Dresden. Dieser bezeichnete dort die Entnazifizierung als „Entwurzeln des deutschen Volkes“ und meint damit einen Prozess, den die Alliierten 1945 in Gang gesetzt haben, der als Gegenstück zur Gleichschaltung sämtlicher staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen mit der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus in Gang gesetzt wurde. Das war ein Prozess, der auf drei Säulen aufbaute: der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, der Entmilitarisierung der deutschen Gesellschaft und der Verfolgung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Und diesen Prozess bezeichnete Höcke als „Rodung der Wurzeln deutscher Identität“ und verlangt vor diesem Hintergrund eine Rückbesinnung auf die positiven Seiten deutscher Geschichte. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz deutlich: Höcke mag keine Gefahr für die innere Sicherheit unmittelbar sein, aber seine Ideologie, die er nun selbst in die Kontinuität zum Nationalsozialismus gestellt hat, ist eine Gefahr für die Demokratie, für die Freiheit und für die Humanität.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Kollege Fiedler, das war auch der Grund, warum ich an dieser Stelle Ihren Ausführungen meinen Beifall gezollt habe und ich möchte das von dieser Stelle nochmals wiederholen. Genauso auch, wie ich den Kollegen der GdP, die ich ganz herzlich neben den anderen Gewerkschaften der Polizei hier begrüße, danken möchte für ihre Pressemitteilung, indem sie deutlich gemacht haben, welche Verantwortung auch Gewerkschaften hinsichtlich einer gesellschaftspolitischen Diskussion jenseits auch von Auseinandersetzungen, in welche Richtung man vielleicht dieses Land im Einzelnen entwickeln möchte, welche Anschauungen man zu einzelnen konkreten Vorstellungen, die im politischen Raum diskutiert werden, haben, aber deut-

(Abg. Dittes)

lich gemacht haben, dass wir eine Gesamtverantwortung auch für gesellschaftspolitische Prozesse tragen, die von eben diesen Grundsätzen, die ich gerade genannt habe – Demokratie, Freiheit und Humanität – getragen sind, und dass sie deutlich signalisiert hatten, dass die AfD mit Höcke eben mit diesen Werten nicht mehr in Übereinstimmung steht und das, denke ich, auch mit einer Vielzahl der Beschäftigten in der Thüringer Polizei.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen ist viel über Artikel der Thüringer Verfassung diskutiert worden. Wir haben über den Artikel 82 diskutiert, wir haben über den Artikel 92 diskutiert, wir haben zuletzt im Innenausschuss auch eine Diskussion über den Artikel 59 und dessen Bedeutung geführt. Ich glaube, es wäre gut gewesen, hätten in den letzten Tagen einige in diesem Hohen Haus auch mal den Artikel 57 der Thüringer Verfassung angeschaut und insbesondere auch den Verfassungskommentar zur Kenntnis genommen, der dazu ausführt, dass die Einberufung und Durchführung einer Sondersitzung des Landtags als Minderheitenrecht in besonderer Weise einem Missbrauchsverbot unterliegt.

Meine Damen und Herren, Herr Fiedler, ich komme nicht umhin auch deutlich zu sagen, dass ich es schon ein Stück weit für politisch unverfroren halte –

(Beifall Abg. Berninger, DIE LINKE)

und das ordnet sich dann eben auch in eine Bewertung ein, die ich nachfolgend Ihrem Antrag vornehmen würde –, wenn man tatsächlich auf dieses Instrument zurückgreift, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, das Thema von sicherheitspolitischen Maßnahmen, auch von der veränderten aktuellen Situation, auf die reguläre Tagesordnung des Landtags zu setzen. Es beschleicht mich auch das Gefühl, dass es Ihnen gar nicht darum geht, hier eine sachgerechte Debatte um einzelne Maßnahmen mit uns gemeinsam zu führen, sondern wenn man die Beschlüsse Ihrer Fraktionsklausur, die Beschlüsse der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von Brüssel neben Ihren Antrag legt, wird wieder einmal deutlich, dass Sie das Parlament hier in Thüringen als politische Bühne missbrauchen wollen, die letztendlich zum Beschlussfassungsorgan für in Ihren Parteiorganisationen gefasste Beschlüsse umfunktioniert werden soll. Ich glaube, das entspricht eben nicht dem wichtigen Instrument der Sondersitzung, sondern es ist das, was als Missbrauch in der Kommentierung zu diesem Verfassungskommentar beinhaltet und ausgeführt ist.

Aber, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, ich will Ihnen in einem Punkt durchaus recht geben. Es gibt in diesem Land natürlich ein sehr nachvoll-

ziehbares und berechtigtes Interesse, mit den Menschen über Sicherheit ins Gespräch zu kommen und auch in der Politik gemeinsam darüber zu diskutieren, was die richtigen Antworten auf die Fragen sind, die Menschen in diesem Land tatsächlich stellen. Nur sollte man sich in der Ausgangssituation auf eine begründete Darstellung der Faktenlage beschränken. Ich halte es eben, Herr Fiedler, nicht für angemessen – und ich werde das auch begründen –, hier vorn immer noch wiederholten Mal seit 2015 von gravierenden Veränderungen der Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland zu reden oder in Europa und weltweit. Weil mich diese überzeichnende Darstellung der natürlich eintretenden Veränderung und vor allen Dingen auch die wirklich deutsche Zentriertheit dieser Darstellung ärgert, will ich Ihnen einfach mal ein paar Zahlen entgegenhalten, die tatsächlich verdeutlichen, dass wir in einem viel längerfristigen Kontext über Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit diskutieren müssen, als wir das hier vermeintlich nach jedem Anschlag, nach jedem Terroranschlag und nach natürlich jedem verurteilenswerten Übergriff an Ihrer Stelle tun sollten.

Seit 1970 gab es in der Welt 156.000 Terroranschläge. In den 70er- bis in die 90er-Jahre gab es in Westeuropa pro Jahr zwischen 100 und 400 Todesopfer. Im Jahr 2015 betrug der Anteil der Todesopfer von terroristischen Anschlägen in Westeuropa, gemessen an den weltweiten Opfern von Terroranschlägen, 0,3 Prozent. Aber Sie haben auch recht, der Terrorismus nimmt seit 2005 weltweit wieder zu: weltweit 14.806 Terroranschläge 2005, 80 Prozent der Opfer waren Muslime. Ich glaube, wenn wir diese Zahlen dann auch für Westeuropa weiter fortsetzen, noch mal einige Zahlen in Beziehung setzen: 500 terroristische Vorfälle 2006, 211 Vorfälle mit 151 Todesfällen 2015. Ich denke, es ist vor diesem Hintergrund schon anmaßend, so zu tun, als ob dieses Problem ein neues Phänomen wäre oder als ob man sich dem in den letzten Jahren nicht gestellt hat und ob es gravierende Veränderungen gibt. Weltweit leben tatsächlich Menschen seit vielen Jahren unter der Angst vor dem Terrorismus, ohne dass wir uns ausreichend beispielsweise in Fragen der Entwicklungspolitik, beispielsweise in Fragen der internationalen Beziehungspolitik, in der Außenpolitik, aber eben auch in der Frage der Wirtschafts- und Migrationspolitik genau diesen Ängsten dieser Menschen gestellt haben. Ich finde es vor diesem Hintergrund – Frau Marx hat es schon deutlich gesagt – tatsächlich verheerend, wenn Sie diese Entwicklung auch noch in Zusammenhang mit der humanitären Verantwortungswahrnehmung im Jahr 2015 bringen, die zur Aufnahme von 890.000 Flüchtlingen in der Bundesrepublik führte.

Der Innenminister hat in seiner Rede darauf verwiesen, dass es hundertprozentige Sicherheit nicht ge-

(Abg. Dittes)

ben wird und bei staatlichen Maßnahmen zur Schaffung von objektiv mehr Sicherheit man ein sehr ausgewogenes Verhältnis in Beziehung zu Grund- und Schutzrechten schaffen muss, die grundlegend für eine freie Gesellschaft sind. Diese Einschätzung teilen andere im politischen Raum. Sie haben die Äußerung von Angela Merkel angesprochen. Selbst im Beschluss der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU findet sich eine entsprechende Bemerkung. Man muss sich natürlich, wenn man das schon feststellt, auch die Frage stellen: Was folgt dem eigentlich an konkreter Politik, wenn man diese Einschätzung zugrunde legt? Das heißt, man muss in der Politik durchaus die Frage diskutieren: Wie begegnen wir eigentlich den alltäglichen Risiken, die das Leben ohne Angst tatsächlich mit beeinflussen? Welche Risiken sind kalkulier- oder beherrschbar? Welche Eingriffe und Korrektive zur Stärkung der Sicherheit sind nötig? Wie können diese in einer ausreichenden und angemessenen Balance zum Grundrechtsschutz gebracht werden? Dabei, meine Damen und Herren – und das wird in Redebeiträgen der verschiedenen Politiker hier in diesem Plenum deutlich –, müssen wir eines beachten: Sicherheit ist in erster Linie ein individuelles Gefühl. Es ist kein messbarer Zustand, den wir mit Kennziffern beschreiben können. Natürlich können wir Statistiken zurate ziehen. Aber die Statistiken, die Thüringen als das sicherste Bundesland ausweisen – wir müssen gar nicht nach Bayern gucken, Herr Minister – und auch deutlich machen, dass die Thüringer Polizeibeamten, was die Aufklärung anbetrifft, hervorragende Arbeit leisten, wiegen eben ein Unsicherheitsgefühl, was entsteht und vorhanden ist, nicht auf. Sie kennen das Beispiel vielleicht von anderen Diskussionen: Die Angst vor Hunden wird nicht dadurch beseitigt, wenn der Hundebesitzer zuruft: Keine Angst, der will nur spielen. Stattdessen ist es tatsächlich ein individuelles Gefühl. Jeder von uns ordnet seinen Lebensalltag so, dass kaum ein Gefühl der Unsicherheit auftritt, jedenfalls so, dass es nicht überhand nimmt und unser Handeln beeinflusst. Dazu gehören Organisation von Abläufen, Aneignung von Fähigkeiten und Erfahrungen und dennoch müssen wir konstatieren, dass unser Leben alltäglich mit Risiken und mehr oder weniger kleinen und großen Risiken verbunden ist, die wir nicht zwingend meiden, aber die doch kalkulierbar und beherrschbar scheinen. Dazu kommt natürlich auch unser Wissen, dass es für den Fall des Eintritts eines Schadens bestimmte Regularien, Korrektive gibt, die diesen Schaden mildern oder vollständig regulieren können. Das heißt dann eben auch zusammengefasst, Sicherheit ist dann, wenn die Möglichkeit besteht, Fähigkeiten zur Grundlage meiner Handlungsentscheidung zu machen, um unter den vorhandenen Bedingungen die Risiken des Lebens ohne Angst auf sich selbst nehmen zu können.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Siehe Vorfall Suhl uvm.!)

Aber, meine Damen und Herren, diese Balance, die Freiheit der Entscheidung, wird durch gesellschaftliche Bedingungen beeinträchtigt. Sie wird auch durch veränderte Regelungen, die auf diese Bedingungen einwirken, permanent gestört. Ich sage, diese Balance und die Freiheit, sich entscheiden zu können, werden zunehmend auch durch die Manipulation des Sicherheitsempfindens angegriffen. Risiken werden vielfach in politischen Debatten überbetont, abstrakte Gefahren werden zu konkreten umgedeutet. Auch das Vertrauen in Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden wird erschüttert, und dann kommt in der Politik oftmals noch ein Sicherheitsversprechen dazu, das einlösbar werden würde, wenn Handlungs- und Informationsfreiheit geopfert werden. Das Versprechen für mehr Sicherheit wird somit also zum Trojanischen Pferd im Kampf gegen Bürgerrechte, aber schließlich auch im Kampf gegen die Möglichkeit, dass Menschen frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten. Genau an dieser Stelle, bei der Störung dieser Balance, sind wir wieder beim Reflex der CDU, der genau aus politischen und aus parteipolitischen Gründen diese Debatte weiter forciert.

Das wird, meine Damen und Herren, umso deutlicher, wenn man die vorgeschlagenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit einer Überprüfung unterzieht in der Möglichkeit des Erreichens der behaupteten Ziele, die Sie in Ihrem Redebeitrag, Herr Fiedler, erwähnt haben. Aber wir müssen zunächst auch ein Stück weit konstatieren, dass egal – Sie haben es ja dankenswerterweise ausgeführt, Sie haben Ihre Anträge aus den letzten anderthalb Jahren im Thüringer Landtag benannt, nach jedem Anschlag, nach jedem Amoklauf haben Sie schnelle Maßnahmen gefordert, haben sofortige Lösungen angekündigt und Sie haben verzichtet, sich überhaupt einmal einer fundierten Analyse zu stellen, und Sie haben in der Regel Ihre Forderung oder Ankündigung damit bereichert, dass Sie immer wieder Gesetzesverschärfungen gefordert haben. Das Ziel war, Handlungsfähigkeit zu suggerieren oder einen wehrhaften Staat tatsächlich darzustellen. Dabei kennzeichnet dieser Reflex – Sie haben es sicherlich alle nachlesen können beim „Spiegel“-Kolumnisten Sascha Lobo – eine Sicherheitsesoterik, was nichts anderes bedeutet: Es werden Maßnahmen vorgeschlagen, von denen nicht beweisbar ist, dass sie überhaupt funktionieren. Für Sascha Lobo bedeutet Sicherheitsesoterik, dass diese auch mit der Emotionalisierung der Überwachung in der Öffentlichkeit arbeitet, weil Angst das Urteilsvermögen trübt. Vor allem aber hilft Sicherheitsesoterik dabei, in der öffentlichen Diskussion Argumente zu verwenden, die in allen anderen Bereichen als völlig absurd entlarvt würden wie eben bei der klassischen Esoterik. Er führt das dann sehr anschaulich

(Abg. Dittes)

weiter am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung und stellt hier eine Parallele zu Horoskopen her. Wenn Sie schon meine politischen Ansichten nicht teilen, so nehmen Sie doch zumindest auch so einen Wortbeitrag mal zur Kenntnis und werten Sie ihn und überprüfen Sie mal, ob nicht ein Stück weit auch dessen, was er hier kritisiert, auf Ihren Antrag zutrifft. Es wird, glaube ich, deutlich, dass es in solchen Debatten weniger um objektive Sicherheit geht oder um wirksame Maßnahmen. Ich glaube, es gibt hier noch nicht einmal das wirkliche Interesse, Maßnahmen, die sicherheitspolitischer Natur sind und in den letzten Jahren eingeführt worden sind, tatsächlich zu überprüfen.

Ich will auch mal ein ganz konkretes Beispiel nennen: Nach dem schrecklichen Anschlag in Berlin, den wir alle gemeinsam verurteilen und wo wir auch den Opfern und Hinterbliebenen die Anteilnahme zum Ausdruck gebracht haben, da waren im öffentlichen Raum genauso schnell Forderungen nach Gesetzesverschärfungen, nach mehr und besserer technischer Ausstattung, nach mehr und weiteren Befugnissen, und das, obwohl die Maßnahmen, die nach Würzburg und Ansbach politisch verabredet worden sind, zu denen ich meine eigene Auffassung habe, beispielsweise das Gesetz zur Verbesserung der Videoüberwachung, das nach Würzburg und Ansbach auf den Weg gebracht worden ist, dieses Gesetz als Reaktion auf die Anschläge im letzten Jahr im Sommer, noch nicht einmal in Kraft getreten sind. Und da rufen Sie nach einem neuen Anschlag erneut nach neueren und weiteren Gesetzen und haben noch nicht einmal die vorherigen Verabredungen in die Tat umgesetzt geschweige denn evaluieren können.

Dann will ich Ihnen einen zweiten Punkt auch noch mal sagen: Wir diskutieren hier in vielen Bereichen über die Kontrolle auch von Maßnahmen der Landesregierung und die Wirksamkeit von eingegangenen Programmen, von Fördermaßnahmen. Im Bereich des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus wollen Sie permanent wissen, wie denn eigentlich dieses Programm in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um menschenverachtende Ideologien und Einstellungen wirkt. Sie wollen bei Wirtschaftsförderprogrammen überprüfen, welche Auswirkungen es denn auf kleine und mittelständische Unternehmen hat. Aber wo Sie diese Überprüfung, Evaluierung der Wirksamkeit und der Auswirkungen keinesfalls vornehmen wollen und sich sogar jeder Diskussion entziehen wollen, das ist der Bereich der Sicherheitspolitik. Ich sage Ihnen, das ist verheerend, weil es in diesem Bereich tatsächlich um Grundrechtsschutz geht, und es geht auch um Sicherheit. Denn Sicherheit ist nicht dort, wo Menschen ein besseres Sicherheitsgefühl haben, weil wir Handlungsfähigkeit vortäuschen. Sicherheit ist tatsächlich mehr dort, wo eben die Balance zwischen objektiven und wirksamen Sicherheitsmaß-

nahmen einerseits und andererseits ein ausreichender freier Grundrechtsschutz tatsächlich gewährleistet ist.

Ich will Ihnen dieses Zitat von Christopher Lauer aus der TAZ auch einmal verdeutlichen, damit es Ihnen vielleicht auch noch mal klarer wird, wo die große Diskrepanz tatsächlich in Ihrer Politik liegt. Er schreibt am 22. Januar in der TAZ: „Medikamente müssen auf Ungefährlichkeit getestet werden, Autos auf die notwendige Verkehrstauglichkeit und selbst Kinderspielzeug wird Tests unterzogen, um sicherzustellen, dass von ihm keine Gefahr ausgeht. Sicher ist schließlich sicher. [...] Dieses Prinzip aus anerkannten Kriterien, Normen, Prüfverfahren, Richtwerten und Testreihen gilt für fast jeden Bereich des Gemeinwesens, nur nicht, und das ist traurig und bitter, für die öffentliche Sicherheit.“ So weit Zitat Christopher Lauer.

Jetzt zeige ich Ihnen am Beispiel – Sie haben kritisiert, ich hätte bei den V-Leuten nicht applaudiert. Herr Minister weiß, dass ich an der Stelle nie applaudiere. Ich denke, in großer Transparenz und Offenheit tragen wir da unsere unterschiedlichen Auffassungen aus. Aber, Herr Fiedler, ich will Ihnen auch eines deutlich sagen: Wenn es um die Überprüfung von Wirksamkeit und Evaluierung geht, dann bleiben wir mal beim Fall Anis Amri und da kommen wir auch gleich auf das Thema „V-Leute“ zurück, aber dann fragen wir doch mal als Erstes, was denn tatsächlich dort gemacht worden ist und ist es denn tatsächlich das Beispiel, was uns dazu bringen sollte, mehr Befugnisse, mehr Eingriffe in Grundrechte zu fordern, ja, eine Überwachung einer Vielzahl von Bürgern, denen überhaupt nichts vorzuwerfen ist. Die Behörden hatten Anis Amri über Monate auf dem Radar. Sie wussten alles, seine Suche nach Waffen, Sprengstoffanleitungen, sie wussten sämtliche Aliasnamen, sämtliche Telefonnummern, sie wussten, an welchen Orten er sich aufhielt – vielleicht nicht lückenlos –, sie haben Chats mit IS-Vertretern mitgelesen und – jetzt kommt das Spannende – sogar V-Leute waren an ihm dran und V-Leute haben ihn nach Berlin gefahren. Mich würde nicht wundern, wenn wir auch noch lesen dürfen, dass V-Leute bei seiner Flucht behilflich waren. Anis Amri war siebenmal im bundesweiten Terrorismusabwehrzentrum Thema und es gab fünf Tage vor dem Anschlag ein 20-seitiges Dossier zu ihm. Dort waren alle Bundesbehörden und Ländernachrichtendienste angebunden und es gab darüber hinaus sogar die Mitteilung aus nordafrikanischen Ländern über die Gefährlichkeit dieses Attentäters. Bevor Sie überhaupt nur einen Gedanken darüber verschwenden sollten, welche neuen Befugnisse, welche neuen Kompetenzen, welche neuen Strukturen, welche neuen Eingriffe in Grundrechte eigentlich dieser Staat notwendig hat, sollten Sie als Erstes darüber nachdenken, warum das alles passieren konnte und was eigentlich in

(Abg. Dittes)

der Praxis der Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik schiefgelaufen ist, dass das passieren konnte, was ich Ihnen gerade geschildert habe.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube tatsächlich, hier wird sichtbar, dass es Ihnen nicht um eine Lösung von Problemen geht, dass es Ihnen nicht um mehr objektive Sicherheit geht, sondern dass es Ihnen um ein Sicherheitsplakat aus parteipolitischen Interessen geht.

Ich will es auch noch einmal an einem Zitat von Frau Leutheusser-Scharrenberger deutlich machen, die durchaus eine gewichtige Politikerin in diesem Land war und für mich sicherlich auch noch ist. Sie bezeichnete einen Staat, in dem genau dieses Prinzip zum Tragen kommt, was Sie mit Ihrem Antrag heute wieder propagieren, als einen gefräßigen Staat. Sie führt dazu weiter aus, dass dieser gefräßige Staat seit dem 11. September 2001 sukzessive dabei ist, seine Besinnung zu verlieren. Ich kann mich diesem Zitat nur anschließen, weil wir doch, auch wenn wir die Wirksamkeit von sicherheitspolitischen Maßnahmen im konkreten Fall Anis Amri überprüfen, doch auch mal ein Stück weit zurückblicken müssen, was sicherheitspolitisch seit 2001 in diesem Land passiert ist. Wir haben doch nach dem 11. September 2001 gemeinsam hier auch gestanden und haben gemeinsam diskutiert, was nun notwendig ist. SPD und Grüne waren in bundespolitischer Regierungsverantwortung und sie möchten sich wahrscheinlich ungern daran erinnern, aber es ist so, ich rufe es in Erinnerung, die Otto-Pakete oder Schily-Pakete, die Anti-Terror-Pakete 1, 2 und 3 und nachfolgend eine Vielzahl von Gesetzen, die der Bundestag dann noch in Kraft setzte. Aber wir müssen doch gleichzeitig konstatieren, dass eine Vielzahl dieser Gesetze entweder in Gänze oder in Teilen in der Folge durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig gekennzeichnet worden ist, und zwar insgesamt neun an der Zahl, unter anderem das Datenmonster der sogenannten Vorratsdatenspeicherung von 2007, die fast unbeschränkte Datensammelerei durch eine Antiterrordatei oder das viel zu weit gehende BKA-Gesetz, um nur mal drei aus dieser Reihe zu benennen. Es gibt die schöne Übersicht im Internet, welche Parteien wie vielen dieser verfassungswidrigen Gesetze zugestimmt haben. Ich möchte das nicht wiederholen, aber es trifft fast alle, die hier sitzen.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Außer?)

Nein, darum geht es mir nicht. Mir geht es nicht darum, dass man damals möglicherweise einen Fehler gemacht hat oder in dem Verlangen, etwas für die Sicherheit tun zu wollen und noch öffentlich zu demonstrieren, dass man etwas für die Sicherheit tut, dass man damals sehr weitgehende Regelungen geschaffen hat. Es gab damals eine politi-

sche Diskussion, da hat man sich anders positioniert und eine Entscheidung getroffen. Die wurde aber korrigiert. Wenn man diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und die tatsächlichen Grundlagen, die das Bundesverfassungsgericht genau zu dieser Balance von Sicherheit und Freiheit gelegt hat, dann in den nachfolgenden Debatten nicht zur Kenntnis nimmt, dann ist das, Herr Fiedler, um in Ihrem Bild zu bleiben – was ich im Übrigen in Richtung Innenminister für unverschämt halte –, nicht mehr Fahrlässigkeit, was man für die Anti-Terror-Pakete 1 bis 3 vielleicht noch sagen könnte, sondern dann ist das heute Vorsatz, weil diese Urteile zu genau diesen Regelungen, die Sie heute verlangen, auf dem Tisch liegen. Ich sage es noch einmal: Wenn wir wirksam über eine Sicherheitspolitik diskutieren wollen, dann müssen wir zwei Sachen gemeinsam diskutieren und bejahen. Das Erste ist die Wirksamkeit, und zwar tatsächlich in Richtung öffentliche Sicherheit, und das Zweite ist natürlich die Grundgesetzkonformität, nicht, weil wir eine formale Konformität mit Regeln des Grundgesetzes brauchen, sondern weil die Grundrechte das Wertefundament einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft sind. Wenn wir die Axt an diesen Grundrechten anlegen, legen wir die Axt an den Grundlagen der freien und demokratischen Gesellschaft an.

Herr Fiedler und meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, ich möchte auf einige konkrete Regelungen Ihres Antrags eingehen. Sie verlangen ein Sofortprogramm zur Stärkung der Polizei. Ich kann es Ihnen nicht ersparen und ich will es noch einmal wiederholen, weil Sie hier wieder Zahlen in den Antrag geschrieben haben, wie viel mehr Anwärter wir brauchen, ich komme gleich darauf zurück. Sie können natürlich auch immer sagen, dass Sie deutlich machen, dass auch frühere Landesregierungen Verantwortung tragen. Aber ein Stück weit mehr Demut, tatsächlich Demut, Herr Fiedler, wäre schon angebracht.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Niemals!)

Ihr Stellenabbaukonzept, was Sie bis heute im Prinzip weiter verfolgen, würde für den Bereich des Innenministeriums beinhalten – und ich zähle es Ihnen gerne noch einmal auf –, dass wir das Innenministerium komplett abschaffen, dass wir das Landesamt für Statistik komplett abschaffen, das von Ihnen geliebte Amt für Verfassungsschutz komplett abschaffen, das Landesverwaltungsamt abschaffen, die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule abschaffen. Und wenn wir all diese Beamten – nur in der Theorie – stellenbezogen abgeschafft haben, müssten Sie bei der Polizei immer noch 100 Stellen reduzieren. Das ist das Stellenabbaukonzept, was Sie für den Bereich des Innenministeriums auf den Weg gebracht haben. Deswegen finde ich es auch einfach unverschämt, dass Sie damit praktisch keine Grundlage finden, mit uns

(Abg. Dittes)

gemeinsam zu diskutieren, wie wir Polizeistrukturreform, Organisations- und Dienstpostenplan, Stellenplan so gemeinsam entwickeln können. Denn damit passt nichts zusammen, Herr Fiedler, was Sie hier im Innenministerium unterlassen haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir müssen die Diskussion führen, wie wir Struktur, Stellenplan und Organisations- und Dienstpostenplan gemeinsam so entwickeln können, dass wir entsprechend den Aufgaben und Erfordernissen polizeilicher Arbeit eine nachhaltige Personalentwicklung einleiten. Da bin ich doch auch gerne beim Innenminister, wenn dafür 200 Anwärter pro Jahr notwendig sind im Zeitraum 2017, 2018, 2019 – ich weiß es nicht –, dann werden wir die entsprechenden Entscheidungen treffen. Aber wir brauchen diese gleichmäßige Entwicklung aller Bereiche. Was uns nichts nützt, und das sage ich ganz deutlich, sind politisch motivierte Zahlenüberbietungswettbewerbe, die keine Nachhaltigkeit versprechen, denn wir müssen doch auch in der Öffentlichkeit deutlich sagen, wenn 200 zusätzliche Polizeianwärter kommen, wo die in der Struktur mit welchen Aufgaben wie eingesetzt werden, dass sie tatsächlich zu einer effektiven, auch Leistungssteigerung bei der Polizei führen und – das ist natürlich unabdingbar – auch das belastbare Gefühl in der Öffentlichkeit hervorrufen, dass was für Sicherheit getan wird.

Wie wenig analytisch Ihr Antrag ist, wird auch beim Punkt 2 deutlich. Wir reden die ganze Zeit über islamistisch motivierten Terrorismus am Beispiel des 19. Dezember in Berlin. Und jetzt kommen Sie hier und führen etwas zusammen, was überhaupt nicht zusammenpasst, sondern da geht es Ihnen um politische Schlagwörter, da geht es Ihnen um politische Plakate und da wird schon deutlich, dass Sie überhaupt nicht gewillt sind, sich einer tatsächlichen analytischen Betrachtung der Gefahrensituation zuzuwenden. Sie formulieren hier, die technische Ausstattung bei der Polizei muss verbessert werden, um der gestiegenen Gefährdungslage durch islamistische aber auch linke und rechte Extremisten auf Augenhöhe begegnen zu können. Ich habe zu allen drei Bereichen eine persönliche Auffassung, die können wir diskutieren. Da akzeptiere ich auch, dass es unterschiedliche Sichtweisen gibt. Aber überhaupt nicht akzeptabel und verhandelbar ist, dass es im Prinzip unter einem Stichwort subsumiert wird und damit gleichgesetzt wird, weil im Prinzip das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun hat. Das mag für Sie tatsächlich wirklich elementar belastbar sein, dass Widerstandshandlungen bei Demonstrationen durch sich selbst als links verortete Jugendliche oder junge Menschen eine Gefährdung auch natürlich für die individuelle Sicherheit, für die individuelle Unversehrtheit von Polizeibeamten mit sich führen und damit eine

Straftat darstellen, die abzulehnen ist. Aber das Ganze ist doch nicht gleichzusetzen mit einem islamistisch motivierten Terroranschlag.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dasselbe trifft auch bei Anschlägen oder bei Übergriffen im Zusammenhang mit Fußballspielen von Hooligans zu, die es als Teil ihrer Erlebniskultur verstehen, Polizeibeamte anzugreifen. Das ist doch auch nicht dasselbe, das kann man doch für sich qualitativ bewerten und entsprechend beurteilen und in der öffentlichen Debatte bewerten und überlegen, wie kann man damit auch präventiv, aber möglicherweise auch repressiv umgehen. Wenn Sie dann aber auch noch in dieser Aufzählung die rechtsextrem motivierte Gewalt einsetzen, wo wir im letzten Jahr über 900 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte haben, wo wir in der Bundesrepublik über 170 offiziell diesem Deliktbereich zuzuordnende Tötungsverbrechen haben, dann wird tatsächlich offenbar, dass es Ihnen hier um politische Plakate geht,

(Beifall DIE LINKE)

aber nicht um eine wirkliche Betrachtung von Gefährdung, die für diese Demokratie, für einzelne Rechtsstaatsprinzipien oder für individuelle Schutzgüter ausgeht. Deswegen, aber eben auch wegen der anderen Punkte werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Ich will noch mal auf zwei oder drei Punkte eingehen, weil Sie das konkret benannt haben. Sie fordern eine stärkere Aufenthaltsüberwachung für Gefährder. Nun ist es so, wir haben, glaube ich, 542 Gefährder in der Bundesrepublik, etwa 60 Prozent sind Deutsche, 62 Gefährder sind ausweisbar, fast 90 Prozent haben demnach einen gefestigten Aufenthaltsstatus. Was macht denn diese elektronische Aufenthaltsüberwachung von Gefährdern? Sie gibt uns, wenn der Gefährder mitspielt und seine Fußfessel jeden Tag elektronisch auflädt, die Möglichkeit zu wissen, wo er sich aufhält. Wir wissen nicht, was er tut, und wir können im Zweifelsfall auch nicht verhindern, was er tut. Wenn Sie aber hier diese Aufenthaltsüberwachung für Gefährder fordern, dann müssten Sie noch sagen: Wer ist denn für Sie ein Gefährder? Wie kann man sich rechtlich dagegen wehren? Wird man darüber spätestens mit der sogenannten Fußfessel in Kenntnis gesetzt? Es gibt noch nicht mal diese klaren Kriterien. Wir reden in der öffentlichen Debatte über eine politische Kategorie des Gefährders und wir reden über Kategorien, die in den einzelnen Landesbehörden praktisch, natürlich auch in wechselseitiger Kommunikation geschaffen werden, aber die nicht rechtsstaatlich belastbar sind. Wenn wir tatsächlich eine Diskussion in diese Richtung führen wollen, müssen wir als Erstes die Frage dieser Kategorisierung aufgreifen. Ist diese Kategorisierung über-

(Abg. Dittes)

haupt mit rechtsstaatlichen Prinzipien belastbar? Oder wollen Sie praktisch Gefährdung allein aufgrund des Verdachts zur Grundlage machen, die zur Aufenthaltsüberwachung führt? Nach den Kriterien, die beispielsweise beim BKA abrufbar sind – ich habe sie jetzt nicht hier vorn liegen –, würde es zum Beispiel ausreichen, wenn man Mitglied einer Führungsebene einer extremistischen Organisation ist. Meine Damen und Herren, wir haben durchaus unterschiedliche Auffassungen zum Verfassungsschutzbericht, aber schauen Sie mal in den Verfassungsschutzbericht des Bundes hinein – es wäre eine abenteuerliche Umsetzung dessen, was dort steht. Deswegen ist dieser Schluss auch ein falscher. Wenn, müssten Sie die Diskussion an einer anderen Stelle führen. Das war jetzt so ein Stück weit die grundrechtliche oder rechtsstaatliche Betrachtung.

Als Zweites will ich Ihren Blickpunkt auf die zweite Ebene notwendiger Betrachtungen richten: Die Frage der Wirksamkeit. Beim Anschlag im letzten Jahr bei der Ermordung des Pfarrers in Frankreich war der Täter einer, der mit einer Fußfessel aufenthaltsüberwacht worden ist. Da wird wohl deutlich, wenn wir über die Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen reden, müssen wir tatsächlich mehr über Mehr reden als über das, was Sie hier plakativ in den Raum stellen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Über weitere Dinge kann man keine Fragen stellen...!)

Wenn wir in diesem Antrag weitere, schon durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig geurteilte Maßnahmen wiederfinden, dann wird es halt abenteuerlich. Wir können doch nicht immer weiter fordern in der Frage der Onlineuntersuchung, der Quellen-TKÜ ohne konkreten rechtsstaatlich belastbaren Anlass durch den Verfassungsschutz. Das Bundesverfassungsgericht war doch eindeutig: Eine Quellentelekommunikationsüberwachung, die das System korrumpiert und damit geeignet ist, Entwürfe elektronischer Natur, zu Papier gebrachte Gedanken, Skizzen zu überwachen und zum Gegenstand der staatlichen Beobachtung zu machen, ist grundrechtswidrig.

(Beifall DIE LINKE)

Sie werden gegenwärtig zu keiner anderen Auffassung kommen, weil es eben technisch nicht anders funktioniert. Dann können wir ja gemeinsam die Frage beantworten: Will man das oder will man das nicht? Will man dieses Stück Freiheit des Menschen vor dem staatlichen Zugriff erhalten oder aufgeben? Da sind wir tatsächlich bei der Grundfrage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Dasselbe trifft auf die Videoüberwachung zu, die Sie hier wieder fordern. Im Beschluss der Klausur Ihrer Landtagsfraktion haben Sie ja sogar die Gesichtserkennung bei der Videoüberwachung gefordert. Sie müssten in diesem Zusammenhang doch mal meh-

re Diskussionsstränge zur Kenntnis nehmen: In Großbritannien haben wir eine fast flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums. Und die Briten stellen jetzt fest nach jahrelangen Ergebnissen, die sie ermitteln konnten, dass sie Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum eben nicht minimiert haben, dass sie die Menschen durch Videoüberwachung eben nicht vor solchen Straftaten schützen. Ganz im Gegenteil haben sie aber auf der anderen Seite handlungsverändernde Prozesse bei den Menschen, und zwar erstens, dass Menschen, denen ihre Freiheit und die Unbeobachtetheit noch wichtig ist, videoüberwachte Bereiche meiden oder versuchen zu meiden, und zweitens, dass Menschen, die im öffentlichen Raum auch aufeinander achtgeben, im Wissen, dass es einen großen Bruder gibt, der alle beobachtet, genau dieses Aufeinander-Achtgeben in der Gesellschaft lassen und weniger aufmerksam sind, weil sie glauben, dass der Staat hier guckt und mit beobachtet und da mit eingreifen kann. Und das ist ein weiterer Trugschluss: Die Videoüberwachung ist eben kein Mittel, um Straftaten zu verhindern, sie ist für den Fall des Begehens einer Straftat ein Strafverfolgungsmittel und das heißt nichts anderes, als dass wir es hier mit Vorschlägen zu tun haben für eine riesige Vorratsdatenspeicherung von Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, und das vor dem Hintergrund – jetzt sage ich – gerade auch der Wirksamkeit dieser Maßnahme bei der Verhinderung von terroristischen Straftaten ist ein Wahnsinn. Wir wissen aus Berlin, dass Anis Amri und andere Terroristen auch in der Vergangenheit gerade die Videobeobachtung für ihre politischen Zwecke als Motiv noch gebraucht und auch missbraucht haben und durch diese Videoüberwachung eben nicht dazu beigetragen wurde, dass mehr Sicherheit geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, abschließend: Ich habe an einigen Stellen, denke ich, deutlich gemacht, wo die Position der Linken ist. Wir sind nicht in dem Bereich, dass wir über Placebos diskutieren sollten. Wir brauchen in der Tat eine moderne und eine handlungsfähige Polizei. Dazu gehört die technische Ausstattung bei der Polizei. Das sind aber nicht nur Waffen und Schutzausrüstung, das sind beispielsweise auch Kommunikationsmittel. Wir mussten aus dem Bericht der Expertenkommission entnehmen, dass Thüringen hier sehr weit zurückliegt, was die Arbeit von Polizeibeamten erleichtert, beispielsweise auch die digitale Übersendung von Daten bei der Straftataufklärung oder bei der Aufnahme von Zeugenaussagen vor Ort, weil eine zeitliche Entlastung von Polizeibeamten auch zu einer Effektivierung von polizeilicher Arbeit führt und vielen Belastungen, die vorgetragen worden sind, damit begegnet werden kann.

Ich will aber auch sagen, dass neben diesen ganzen technischen Bereichen die Frage der Motivati-

(Abg. Dittes)

on von Polizeibeamten eine besondere Rolle spielt. Da müssen wir uns Gedanken machen, welche Maßnahmen wir gemeinsam weiterentwickeln müssen, um genau diese Motivation durch verbesserte Arbeitsbedingungen zu steigern, nicht um der Motivation wegen, weil wir dann vielleicht mehr Sicherheit haben oder zumindest nicht nur allein deshalb, sondern weil das Innenministerium als Dienstherr eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamten hat. Ich denke, wir müssen eben in dem Fall darüber reden, ob das Zulagensystem, das wir da angesprochen haben, der Bereich der Erschwerniszulage, korrigiert werden muss. Wir müssen darüber reden, ob die Anerkennung von Arbeitszeiten bei der Bereitschaftspolizei anders geregelt werden muss.

(Beifall DIE LINKE)

Wir müssen auch darüber reden, dass die Beurteilungs- und Beförderungspraxis korrigiert werden muss. Und wir müssen auch Klarheit für die Beamten schaffen – ich habe es angesprochen –, was die Perspektiventwicklung anbetrifft. Wenn Stellenplan, Struktur- und Organisations- und Dienstpostenplan im Einklang stehen, dann entstehen auch keine falschen Erwartungshaltungen und mit falschen Erwartungshaltungen entstehen auch keine Enttäuschungen. Das ist ein gemeinsamer Prozess, den wir gemeinsam mit den Berufsverbänden gehen müssen.

Ich sage aber auch eines deutlich in Bezug auf mehr Sicherheit: Neben diesen ganzen Sicherheitsbelangen, sicherheitspolitischen Maßnahmen, die wir auf ihre Wirksamkeit und ihre Grundrechtskompatibilität prüfen müssen, dürfen wir einen anderen Bereich nicht vergessen: Zur Sicherheit gehört in erster Linie eine Präventivverantwortung, wozu die politischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Prävention heißt in erster Linie nicht nur Schutz vor Terroranschlägen, heißt nicht nur Schutz vor Kriminalität, Sicherheit bedeutet auch für die Menschen, die hier leben, Chancengleichheit herzustellen. Das heißt eben auch, sich als Politik den Fragen der Armut, sozialer Ausgrenzung zuzuwenden. Das heißt eben auch, den Fragen, die mit Perspektivangst verbunden sind, wie befristete Arbeitsverhältnisse oder Leiharbeit, zu überwinden. Und das heißt eben auch, wenn man schon von einem starken Staat reden möchte, diesen starken Staat auch im Sinne von seiner sozialen Verantwortung und seiner demokratischen Verantwortung sichtbar zu machen. Das heißt, wir brauchen gute Bildung, Teilhabe und soziale Sicherheit, damit Menschen in der Bundesrepublik eine Zukunftsperspektive haben. Ich will ihnen das ganz deutlich sagen: Wenn wir über Sicherheit reden, macht es doch überhaupt keinen Sinn, die Diskussion so zu führen, dass wir Menschen aus dieser Gesellschaft herausdrängen, weil sie Flüchtlinge sind, weil sie Muslime sind, sondern das Ziel unseres Bemühens

muss doch sein, Menschen in diese Gesellschaft hineinzuholen. Das heißt eben auch, darüber zu diskutieren, wie man religiösen Hasspredigern,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

rassistischen Hetzern gleichermaßen den Nährboden entzieht – die Übergänge sind ohnehin fließend –, auch mit dem Ausbau von Präventions- und Deradikalisierungsangeboten. Da brauchen wir Muslime, da brauchen wir muslimische Gemeinden auch als Partner und nicht als Gegner in dieser Präventionsarbeit,

(Beifall DIE LINKE)

weil genau das der Weg ist, Menschen in diese Gesellschaft hineinzuführen und eben nicht hinaus. Die Angstmaschinerie, die wir auch in Gang setzen, führt dazu – und da empfehle ich eine vor einiger Zeit veröffentlichte Studie der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Radikalisierung von Muslimen, weil sie sich ausgestoßen fühlen, weil sie sich kriminalisiert fühlen, weil sie sich nicht aufgenommen fühlen –, dass man sich zurückzieht.

Vizepräsident Höhn:

Herr Kollege Dittes, wagen Sie mal bitte einen Blick auf die Uhr.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren, Herr Höhn, mir ist das rote Blinken in letzter Sekunde nicht entgangen. Ich will mit einem Satz des Ex-Ministerpräsidenten von Norwegen Jens Stoltenberg enden, der nach dem Anschlag von Anders Breivik mit 77 Todesopfern sagte: „Wir dürfen unsere Werte, die am 22. Juli angegriffen wurden, nie aufgeben: Humanität, Vielfalt, Solidarität und eine offene Gemeinschaft. Sie sind unsere stärkste Waffe und unsere stärkste Verteidigung gegen Gewalt und Terror. [...] Unsere Antwort auf den Terror lautet: Mehr Offenheit, mehr Demokratie, aber nicht Naivität.“ Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster hat Abgeordneter Adams, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Gäste hier im Thüringer Landtag! Der Abgeordnete der AfD, Höcke, hat zum Tagesordnungspunkt der inneren Sicherheit eine Rede gehalten. Ich möchte auf die-

(Abg. Adams)

se Rede mit wenigen Sätzen aus der Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei in Thüringen vom 23.01. antworten. Die Pressemitteilung ist überschrieben mit den drei Worten „Scham? Wut? Mut!“. Und die Beamten der Thüringer Polizei, die sich hier in der Gewerkschaft der Polizei, in der GdP, organisiert haben, fahren fort: „Wie die AfD jetzt noch ein politisch und gesellschaftlich ertragbares Niveau erreichen will, ist uns völlig schleierhaft. Glockenklar ist aber, mit diesem Landesvorsitzenden kann das auf keinen Fall funktionieren.“ Und etwas weiter führen die Beamten aus: „Wir schämen uns dafür, dass es ein demokratisch gewählter Abgeordneter des Thüringer Landtages ist, der ungestraft solche Reden hält.“ Ich habe dem nichts hinzuzufügen und möchte mich bei der GdP – hier speziell – und bei allen Polizeibeamten bedanken.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Kollege Fiedler, Sie haben – und das, denke ich, zu Recht – beklagt, dass wir in diesen Tagen, in diesen Monaten, in diesem noch jungen Jahr viel darüber diskutieren mussten, welche Verrohung wir in der Gesellschaft feststellen müssen. Ich finde aber, das fängt immer bei einem selbst an und das fängt auch hier im Parlament an. Das Erste, was uns hilft, nicht auf diese schiefe Bahn zu kommen, ist strikte Sachlichkeit, zu der ich Sie gern aufrufen möchte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Fiedler, wenn Sie einen gewichtigen Teil der Wahrheit, der für das gesamte Bild wichtig ist, immer wieder weglassen, dann ist das nicht sachlich; wenn Sie zum Beispiel behaupten, dass Thüringen bei der Abschiebung das absolute Schlusslicht ist. Dann lassen Sie weg, dass sich diese Landesregierung auf ein besonderes Mittel, nämlich die freiwillige Ausreise, konzentriert und uns diese freiwillige Ausreise in weit größerem Maße zum Spitzenreiter macht

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Deshalb habe ich ja von Abschiebung gesprochen und nicht von Wegschiebung!)

und wir in der Gesamtschau im ganz ordentlichen Mittel aller Länder liegen. Herr Fiedler, wenn Sie hier fordern, dass wir die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten doch bitte davon verschonen wollen, dass sie diese sinnlosen Aufgaben machen und dass sie nur noch das tun müssen, wofür sie ausgebildet sind. Dann ist es doch aber goldrichtig, dass unser Migrationsminister nicht zehn Mann der LPI losschickt, um die Leute zu holen, sondern dass er mit den Leuten über die Ausländerbehörden in die Verhandlung tritt und sagt, wollt ihr nicht lieber den Weg der freiwilligen Ausreise nehmen?

Das ist doch konkrete Politik, die unseren Polizeibeamten hilft. Sie schelten das. Das finde ich falsch. Das finde ich so unsachlich in Ihrer Debatte, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Antrag der CDU trifft den Kern der Sicherheitsdebatte nicht. In einer so besonderen – darüber gibt es sicherlich keinen Zweifel – Situation der öffentlichen Sicherheit helfen diese Placebos und althergebrachten Detaillösungen nicht. In Ihrer Rede haben Sie Aufzählungen Ihrer bisherigen Anträge und Anekdoten darüber erzählt, was irgendwann einmal in Thüringen war. Ich habe vermisst, dass Sie sich der Debatte zu der Frage stellen, wie die Instrumente, die Sie vorgeschlagen haben, tatsächlich eingesetzt werden sollen. Wie ist denn die Haltung der CDU zu den schwierigen Fragen? Kollege Dittes hat es eben gesagt: Wenn man eine Fußfessel einführen will, dann haben wir doch eine Menge rechtliche Fragen zu klären. Kein einziger Hinweis findet sich in Ihrer Rede dazu, wie sich die CDU das vorstellt. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich für extrem schwach. Wichtig ist aber, wenn man sich zum Anfang dieser Debatte der Frage stellt, worum es geht, dass wir Einigkeit darüber herzustellen versuchen, wenn man sich Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite als zwei widerstrebende Pole anschaut, dass man diese Debatte verlässt und anerkennt, dass Freiheit natürlich Sicherheit bedarf, aber auch erst die Freiheit eine tatsächliche Sicherheit ermöglicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer dies außer Acht lässt, würde behaupten, dass ein Staat wie die DDR der sicherste und schönste Lebensort gewesen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch nicht richtig, wenn die CDU in ihrem Antrag oder in der Rede von Herrn Fiedler hier immer darauf eingeht, man wird uns vorwerfen, dass wir Angst machen. Das hat Herr Fiedler mindestens zwei oder drei Mal ausgeführt. Aber genau in Ihrem Antrag versuchen Sie darzustellen, dass die Thüringer Polizei nicht mehr auf der Augenhöhe mit Extremisten und Gefährdern sei. Das halte ich für, gelinde gesagt, fahrlässig gerade vor dem Hintergrund der enorm hohen Aufklärungsquote unserer Thüringer Polizei und dass wir doch nach dem schrecklichen Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt gesehen haben, wie schnell unsere Sicherheitsbehörden, unsere Kommunen reagiert haben und unsere Weihnachtsmärkte sicher gemacht haben. Wenn man das alles sieht, kann man doch nicht tatsächlich die Behauptung aufstellen, dass man endlich durch irgendwelche Maßnahmen, die Sie hier vorschlagen, die Polizei wieder auf Augenhöhe heben muss. Sie versuchen darzustellen, dass die Polizei in Thüringen nicht mehr auf Augenhöhe sei. Das halte ich für außerordentlich fahrlässig.

Es ist auch eine falsche Grundannahme der CDU, die innere Sicherheit in ihrer besonderen Situation, wie wir sie im Augenblick haben, auf Thüringen zu-

(Abg. Adams)

zuspitzen. Herr Fiedler hat so getan: Rot-Rot-Grün hat viele Aufgaben vernachlässigt, deshalb ist die Sicherheitslage in Thüringen schlecht. Das trifft aber nicht annähernd den Kern der Debatte. Wir haben eine schwierige, eine besonders hohe und angespannte Sicherheitslage in Europa, in der gesamten Bundesrepublik und eben nicht nur speziell in Thüringen. Dass man sich dem stellt, gehört auch zu einer sachlichen Auseinandersetzung. Wir wollen uns dieser Verantwortung stellen. Der Innenminister hat viele Punkte genannt, wo er im Gegensatz zur Vorgängerregierung reagiert hat. Es ist nicht unsere Aufgabe, mit dem Finger auf frühere Regierungen zu zeigen, aber wenn Sie behaupten, dass wir Fehler gemacht haben, indem wir tatenlos geblieben sind, müssen Sie sich der Debatte stellen, dass es auf der Bundesebene seit 2005 nur CDU-Innenminister gegeben hat, dass es im Augenblick in sieben von 16 Ländern CDU-Innenminister gibt. Es waren noch ein paar mehr, sie sind in den letzten Jahren etwas weniger geworden. Diese CDU-Sicherheitspolitik hat auch zu unserer jetzigen Situation geführt. Sie haben die Grundlagen dafür geschaffen, die wir heute zu bearbeiten haben. Wir bemängeln nicht, dass wir die Situation so vorgefunden haben, wie wir sie vorgefunden haben, sondern wir sind tatkräftig herangegangen. Das beweist, dass in unserem Koalitionsvertrag, bevor die Sicherheitslage sich, wie Sie sagen, verändert hat, schon stand, dass wir den Stellenabbaupfad, bevor wir nicht Sicherheit darüber haben, wie sich die Personalentwicklung weiter fortschreiben wird, aussetzen, den falschen CDU-Stellenabbaupfad aussetzen. Unser Innenminister hat es auch mit Zahlen illustriert. Unter Wolfgang Fiedler als innenpolitischem Sprecher der CDU und Jörg Geibert als Innenminister ist die Polizei in Thüringen geschrumpft worden, und zwar in der Größenordnung unserer beiden Polizeiinspektionen hier in Erfurt. Diesem Faktum muss man sich stellen. Auf der Bundesebene waren es eben die CDU-Bundesinnenminister, die im BKA und bei der Bundespolizei 1.100 Stellen von 2009 an bis 2015 abgebaut haben. Man muss sich dem stellen, dann kommt man, glaube ich, zu einer sehr sinnvollen Debatte. Wir Grünen wollen uns dieser Debatte auch stellen und müssen Positionen überdenken, die wir lange, lange als undiskutierbar in diesen Diskussionen eingebracht haben.

Wir haben eine konstant hohe abstrakte Bedrohungslage. Und wir müssen uns darauf konzentrieren, ernsthafte Antworten zu geben. Es dürfen aber keine Placebos sein. Deshalb bin ich an dieser Stelle bei den Fußfesseln, die mit einer Zeile, glaube ich, im CDU-Antrag erwähnt werden. Für aufenthaltsbegrenzende Maßnahmen sollen sie eingesetzt werden. Kollege Dittes hat schon die erste Frage gestellt: Für wen soll das gelten? Wie definieren Sie Gefährder? Es gibt bundeseinheitlich keine Gefährder-Definition, es gibt keine bundes-

einheitliche Gefährder-Definition. Und Sie müssen klar sagen: Für wen soll das gelten? Sie müssen sich aber auch der Frage stellen, ob eine solche Fußfessel, wenn wir sie denn als Folge von bestimmten Verdachtsmomenten anordnen, die einzige Lösung sein soll, denn neben dieser offenen Maßnahme müssen wir natürlich auch noch im polizeilichen Bereich verdeckte Maßnahmen anwenden können, um operativ aufzuklären zu können. Wer sagt, jeder Gefährder erhält nun eine Fußfessel, der muss sich im Klaren sein, dass er damit eine Reihe von polizeilichen Maßnahmen verunmöglicht. In der Debatte, die wir heute hier führen wollten, die die CDU als Sachdebatte angekündigt hat, habe ich von der CDU dazu kein Wort gehört in dieser Differenzierung, kein Wort der Differenzierung, des Ausleuchtens dieser Fragestellung. Ich habe auch kein Wort darüber gehört, dass es natürlich in bestimmten Bereichen – das will ich auch ganz klar sagen – für solche aufenthaltsbegrenzenden Maßnahmen sehr sinnvoll sein kann und die Polizei unterstützen kann. Aber das macht schon in einer größeren Stadt kaum noch einen Sinn, wo es sozusagen Anschlagziele alle 10 oder 100 Meter gibt. Da macht sie keinen Sinn mehr und das muss man sagen. Das muss man sagen, dass das in Berlin zum Beispiel keinen Sinn macht und dass das auch in der Innenstadt von Erfurt wahrscheinlich keinen Sinn macht. Das heißt also: eine räumlich begrenzte, auf wenige Personen möglicherweise sinnvoll anzuwendende Regelung. Das meine ich, wenn ich sage: Hier werden Detaillösungen angeboten. Wir müssen in eine ernsthafte Debatte eintreten: Was wollen wir dort genau? Und da ist die CDU heute ihre Antworten schuldig geblieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, dass Steffen Dittes kritisiert, wenn die CDU wieder mit dem althergebrachten Mittel Videoüberwachung überall/Gesichtserkennung kommt und dann sind wir sicherer. Wir wissen alle, dass Videoüberwachung vor allen Dingen Kriminalität verdrängt, aber niemals präventiv hilft, sie zu verhindern. Ich denke aber auch, liebe Kollegen von der Linken: Wir müssen uns offen für die Debatte zeigen, ob es nicht zeitlich begrenzt für bestimmte Orte, Großveranstaltungen nicht absolut sinnvoll sein kann, genau diesen Effekt auch anzuwenden, zu sagen: Ja, wir wollen einen erleichterten Einsatz von Videoüberwachung für zeitlich begrenzte, örtlich klar konzentrierte Orte ermöglichen, um genau diese Effekte zu haben, dass nämlich,

(Beifall SPD)

wenn dort jemand eine Straftat verübt, wir ihn dann schneller bekommen, und weil er das weiß, weil sie das weiß, wird sie das möglicherweise nicht tun – also dies präventiv einsetzen zu können. Aber diese Erläuterung, dieses Sich-Stellen-der-Schwierigkeit, was Videoüberwachung überhaupt leisten

(Abg. Adams)

kann, vermisste ich nicht nur im Vortrag, sondern auch im Antrag der CDU absolut.

Eines sei mir auch gestattet, hier sehr deutlich zu sagen: Eine Videokamera macht nur Sinn, wenn dahinter auch jemand sitzt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei bin ich sehr gern bei der Debatte um den bisherigen Stellenabbauplan, den die CDU auf den Weg gebracht hat, und unserer neuen rot-rot-grünen Regierungspolitik. Egal welche Maßnahme wir sinnvoll zur Erhöhung der inneren Sicherheit einsetzen wollen, wir müssen mehr Polizistinnen und Polizisten in unsere Ausbildungseinrichtungen aufnehmen und mehr Polizeibeamte einstellen.

(Beifall CDU)

Das, denke ich, sollte auch die Antwort dieses Parlaments, dieser Sondersitzung, die die CDU beantragt hat, sein. Wir sind uns einig, dass der bisherige Pfad falsch war und wir brauchen eine verstärkte Einstellung.

(Beifall SPD)

Ich füge noch hinzu: Wir müssen mit der Finanzministerin auch prüfen, die da eine ganz schwierige Aufgabe hat, inwiefern wir durch eine wiederbelebte Einstellung von Angestellten die Polizeiarbeit erleichtern und den Polizeibeamten wirklich den Rücken freimachen für all das, wofür sie als Vollzugsbeamte einzig zuständig sind, nämlich für diese Vollzugstätigkeiten. Wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir unser Tarifgefüge umstellen, um Spezialisten als Seiteneinsteiger zum Beispiel in das Landeskriminalamt hineinzuholen. Das sind die drei großen Felder. Die Maus beißt keinen Faden ab: Ohne mehr Beamtinnen und Beamte in unserer Polizei werden alle Maßnahmen, alles Technische keinen Sinn machen, denn am Ende braucht man jemanden, der zum Störungsort hinfährt, der den Gefährder anspricht, der den Gefährder festnimmt. Das funktioniert nur mit mehr Beamtinnen und Beamten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Ich will eine Sache ganz kurzfassen, weil Steffen Dittes das sehr richtig gesagt hat: Die generelle Ausweitung der elektronischen Telekommunikationsüberwachung, so, wie Sie es beschrieben haben, nämlich die Onlinedurchsuchung und die Vorratsdatenspeicherung in dieser unregelmäßigen Form, wie Sie sich das wünschen, werden wir nicht mitmachen. Wir werden das nicht mitmachen! Es ist richtig, dass wir schauen müssen, dass wir auf der Höhe der Zeit bleiben und bestimmte Nachrichtenzustände und Messengersysteme auch noch polizeilich aufklären können – das unbedacht dessen. Aber wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade auskippen, wir dürfen die Souveränität unserer Bürgerinnen und Bürger nicht infrage stellen. Wir dürfen

sie nicht infrage stellen, sondern wir müssen sie schützen. Das, meine ich, dass die Freiheit für die Sicherheit konstitutiv ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Punkte im CDU-Antrag, denke ich, müssten hier noch kritisch beleuchtet werden und ich würde mich freuen, wenn sich die CDU dieser ernsthaften Debatte dann auch irgendwann im Detail und bezogen auf die Fragen, wie wir das tatsächlich regeln, was uns diese Maßnahmen bringen und was wir wirklich brauchen, stellen könnte.

Eine Sache macht mich betroffen, als der Innenminister davon gesprochen hat, dass wir dringend eine Novellierung im Waffenrecht brauchen, weil es vollkommen klar ist, ob legale oder illegale Waffe, weniger Waffen sind mehr Sicherheit in unserer Bevölkerung, sind insbesondere mehr Sicherheit für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten,

(Beifall CDU)

weniger Waffen in der Gesellschaft sind besser für diese Gesellschaft, dass da sofort der Zwischenruf der CDU kam, dass sie das nicht mitmachen wollen. Dann kam der Einwurf von Herrn Geibert, es seien doch gar nicht die legalen Waffen, die hier ein Problem sind. Ich kann Ihnen nur sagen: 2002 in Erfurt, 2009 in Winnenden, 2010 in Lörrach, 2011 in Genthin, 2013 in Dossenheim – alles Amokläufe mit legalen Waffen. Ja, es gibt auch wie in München Amokläufe mit Waffen, die zum Beispiel im Darknet organisiert wurden. Natürlich gibt es Waffen, die auf der Internetseite „Migrantenschreck“ geordert wurden, wo es heute eine große polizeiliche Maßnahme gegeben hat. Ja, das gibt es auch, die illegalen Waffen, auch da müssen wir hart vorgehen. Aber es gibt Regelungslücken im legalen Waffenbereich und auch diese wollen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, schließen, um mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung zu schaffen. Echte Lösungen statt Placebos, sachliche Debatte statt populistischer Forderungen, Einstellungen statt CDU-Stellenabbau. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Aus den Reihen der Abgeordneten liegen jetzt keine Wortmeldungen vor. Es hat sich noch einmal die Landesregierung zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Minister Poppenhäger.

Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich danke für die engagierte Debatte und danke auch für die Unterstützung. Ich will ausdrück-

(Minister Dr. Poppenhäger)

lich noch mal feststellen, dass der Fraktionsvorsitzende der Grünen an einer Stelle etwas Wichtiges gesagt hat, dass wir den Personalabbaupfad, den die Regierung Althaus und die Regierung Lieberknecht eingeschlagen haben, in dieser Form nicht weiter vollziehen wollen.

(Beifall SPD)

Für diese Unterstützung danke ich. Den Keil, den ich da in den Personalabbaupfad hineingeschoben habe, will ich auch nicht wieder herausziehen. Dafür sehe ich die Unterstützung auch großer Teile des Parlaments.

Ich will noch auf einige wenige Punkte eingehen. Es ist das Stichwort „Wohnungseinbruchsdiebstahl“ gefallen. Das ist ein wichtiger Kriminalitätsbereich auch für Thüringen. Wir hatten bis letztes Jahr Zahlen, die waren außerordentlich niedrig. Wir hatten dann einen Anstieg um 50 Prozent auch in Thüringen. Ich habe mich deshalb immer dafür ausgesprochen, dass wir auch im Straftatbestand etwas verändern. In Berlin ist jetzt die Entscheidung gefallen, dass die sogenannten minderschweren Fälle beim Einbruchsdiebstahl entfallen sollen. Ich unterstütze das ausdrücklich, weil ich glaube, in dem Bereich muss etwas getan werden.

Ich will noch ein paar Worte zu den Bodycams sagen, wo wir ein Pilotprojekt gestartet haben. Herr Abgeordneter Fiedler, es stimmt, dass ich vor einiger Zeit gesagt habe, lasst uns die Ergebnisse der Innenministerkonferenz abwarten. Das hatten wir verabredet.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Von Hessen!)

Die Innenminister hatten verabredet, dass sie die Ergebnisse der Länder abwarten, die Pilotprojekte gemacht haben. Und nachdem auf der Innenministerkonferenz zum wiederholten Male nur mündliche Berichte abgegeben wurden und wir keinen schriftlichen Bericht hatten, weder aus Rheinland-Pfalz noch aus Hessen, habe ich gesagt, jetzt machen wir was Eigenes, weil ich an der Stelle nicht noch einmal ein halbes Jahr warten will. Ich denke, das ist auch im Sinne dessen, was Sie vorgetragen haben.

Das Gleiche gilt für die Problematik der Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte. Auch dort ist die Landesregierung, wenn es um die Frage der Strafrechtsverschärfung geht, nicht die erste Adresse, sondern da ist die erste Adresse die Bundesregierung in Berlin. Auch an dieser Stelle ist beschlossen worden, dass der § 113 StGB, der bisher die Übergriffe gegenüber Polizeivollzugsbeamten regelt, erstens verschärft werden soll und zweitens – das ist wichtig – ausgeweitet werden soll auf andere Sicherheitskräfte, insbesondere auch die Feuerwehr und die Rettungskräfte. Auch das wird ein Projekt sein, was uns in diesem Jahr noch ereilt.

Ich will noch mal darauf hinweisen, Veränderungen im Strafrecht liegen nicht in der Thüringer Kompetenz, aber auch diese Veränderungen des § 113 StGB werden von mir mitgetragen.

Vielleicht noch ein paar Punkte, die in der Debatte genannt worden sind und auch zum Thema „Vergesslichkeit in der Politik“. Ich will hier unseren sehr geschätzten früheren Finanzminister Voß benennen. Er war kein halbes Jahr nicht wiedergewählt und ich war mit ihm zusammen auf einer Tagung des Thüringer Beamtenbunds, als er mich vor der Tagung, wo wir beide Redebeiträge hielten, zur Seite genommen und gesagt hat, ich soll mich nicht wundern, er würde dann heute mal, weil er jetzt als CDU-Mitglied eingeladen sei, dafür sprechen, dass der Polizeiabbaupfad nicht mehr fortgesetzt werden könnte. Wenn ich mich erinnere, welche Rolle er fünf Jahre eingenommen hat, um mir dann wenige Monate später zu sagen, ich solle nicht überrascht sein, er würde jetzt öffentlich dafür sprechen, dass der Polizeiabbaupfad in Thüringen endlich ausgesetzt wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, finde ich, ist eine gewisse Wende um 180 Grad, die zumindest überraschend ist.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Situationsbedingt hat er recht!)

Ich erwarte von der CDU auch etwas, ich sage das noch mal in aller Deutlichkeit, der Abgeordnete Adams hat das eben am Schluss auch angetextet. Ich erwarte, dass Sie unsere Initiative, dass Menschen, die glauben, im Jahre 1917 oder 1937 zu leben, nicht die Zuverlässigkeit haben, scharfe Waffen zu tragen, von der CDU endlich unterstützt wird!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Skandal, dass Ihre Partei der Initiative, dass der Verfassungsschutz an dieser Stelle überhaupt in die waffenrechtlichen Erlaubnisse hineinschauen darf, bislang auf Bundesebene nicht zustimmt. Wir werden da dranbleiben, ich werde das weiterhin fordern und ich erwarte, Herr Abgeordneter Fiedler, auch an dieser Stelle von Ihnen Klarheit, ein klares Bekenntnis.

Und vielleicht noch am Schluss, Herr Abgeordneter Fiedler hat sich heute ja wiederum als Experte für sogenannte alternative Wahrheiten gezeigt: Alternative Wahrheiten und Fakten haben wir jetzt gelernt aus den USA. Ich will es an einer Stelle richtigstellen: Wahrheit ist, dass wir im letzten Jahr 113 Zugänge bei der Polizei hatten – 113 –, aber wir hatten 143 Abgänge. Die Logik ergibt sich daraus, dass noch in der alten Regierung nur 125 Auszubildende eingestellt wurden, und auf diesem Weg sind uns 12 verloren gegangen. Die Zahlen, die Sie ge-

(Minister Dr. Poppenhäger)

nannt haben, mit 155 zu 78 oder was, würden ja bedeuten, dass die Hälfte der Beamten, die wir ausgebildet hätten, verloren gegangen wären auf dem Weg. Zum Glück ist es so weit nicht! Aber tatsächlich: Von den 125, die ihre Polizeianwärterausbildung angefangen haben, sind 12 nicht durchgekommen, 113 haben wir jetzt die Urkunden überreicht. Bei einigen hoffe ich, dass sie im Zuge einer Nachprüfung vielleicht noch dazu stoßen, aber der jetzige Stand sind 113.

Ich schließe damit, dass ich noch mal betone: Die Landesregierung fährt einen klaren Kurs der Übereinstimmung von Sicherheit und Freiheit. Und Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze. Ich habe das vorhin bereits gesagt. Ich glaube, das wissen auch die Menschen in Thüringen und danach verfahren wir. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Minister. Gibt es noch Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten? Herr Kollege Brandner – nach unserer Uhr 1:40. Kollege Fiedler, das wird ganz knapp. Herr Kollege Brandner, Sie haben das Wort.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Oh, Scheiße!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Poppenhäger, so versöhnlich enden kann man hier natürlich nicht. Ganz kurz noch mal zu Björn Höckes Rede, die ja jeder aufgreift, obwohl das nichts mit dem Tagesordnungspunkt zu tun hat. Da hält der Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD des kleinen Thüringen in Dresden vor 500 Leuten eine Rede und daraus wird ein bundesweiter Popanz aufgeblasen aufgrund einer falschen Berichterstattung durch dpa.

Meine Damen und Herren von den Altparteien, ich hätte mir gewünscht, dass ein Kinderpornograf Jörg Taus von der SPD, ein Oberbürgermeister von Regensburg, Herr Wolbergs, wegen Bestechlichkeit im Knast,

(Zwischenruf Abg. Meißner, CDU: Zum Thema!)

eine Alice Schwarzer, Unterstützung der Altparteien, ein Uli Hoeneß, Unterstützer der CDU-Altparteien – alles Kriminelle. Ich hätte mir gewünscht ...

Vizepräsident Höhn:

Herr Brandner, Sie müssten uns mal erklären, wo jetzt der Zusammenhang zum Tagesordnungspunkt besteht.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Es haben alle über Höckes Rede gesprochen, das mache ich jetzt auch.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Ich bitte Sie, zur Sache zu reden.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich hätte mir gewünscht, dass ein Edathy, Kinderpornograf von der SPD, ein Herr Althaus, fahrlässige Tötung, von der CDU, ein Volker Beck, Koks-nase von den Grünen,

(Beifall AfD)

(Unruhe CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass diese alle mal durch die Medien getrieben werden,

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Herr Kollege Brandner, haben Sie mich nicht verstanden?

Abgeordneter Brandner, AfD:

so wie das mit Herrn Höcke gemacht wird. Da sehen Sie mal, wie unsere Medien im Lande ticken.

(Beifall AfD)

Das wird unterm Deckel gehalten, da wird rumgehackt.

Vizepräsident Höhn:

Sie haben hier zur Sache zu reden!

Abgeordneter Brandner, AfD:

Zur inneren Sicherheit komme ich jetzt auch noch. Eine scheinheiligere Debatte habe ich in diesem Landtag noch nicht gehört. Alle – ich nehme mal die Metapher – Diebe, die hier sitzen bei den Altparteien, rufen: Haltet den Dieb! Wer ist denn verantwortlich für die Zustände in diesem Land? Das sind die CDU und die restlichen Altparteien.

(Beifall AfD)

Sie mit dem Merkel-Putsch von oben sind dafür verantwortlich, dass die Grenzen aufgemacht wurden und die angeblich nicht geschützt werden konnten. Der Erfolg war, dass wir plötzlich in Deutschland Hunderte, Tausende von kleinen

(Abg. Brandner)

Grenzen haben um jeden Weihnachtsmarkt, um jede Karnevalsveranstaltung, um jede Silvesterveranstaltung.

(Beifall AfD)

Überall laufen Polizisten rum mit Maschinenpistolen, die wahrscheinlich auch einen Schießbefehl haben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Überall, ja, ja!)

Sie müssen sich an die eigene Nase fassen und nicht hier lamentieren und so tun, als wenn Sie nichts damit zu tun hätten!

Vizepräsident Höhn:

Herr Kollege Brandner, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Unruhe CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: ... Hetze oder was? Unglaublich!)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster hat Herr Kollege Fiedler das Wort. Auf der Uhr stehen 30 Sekunden.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Meine Damen und Herren! Schande, wie Sie versuchen, etwas hier kleinzureden, was schlimm genug ist!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens, weil meine Zeit knapp ist: Ich glaube, die Polizistinnen und Polizisten und die Gewerkschaften, die heute hier oben sitzen, werden nicht nur den Kopf schütteln, die werden sagen: „Ich bin in der falschen Veranstaltung.“ Uns ging es darum, dass endlich die Polizei mehr Personal kriegt. Sie haben immer noch nicht verstanden, gerade wenn es um die Zahlen geht, nicht mal der Innenminister, es gibt auch Auszubildende, die in Meiningen sind, die waren schon bei der Polizei. Sie kapierten nicht mal Ihr eigenes System. Tun Sie etwas für die Polizei in Thüringen und schwafeln Sie nicht über NSU oder ähnliches Zeug rum!

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Damit schließe ich die Aussprache. Zunächst die obligatorische Frage, ob ich davon ausgehen kann, dass sich kein Widerspruch erhebt, wenn ich feststelle, dass das Berichtersuchen zu Nummer 1 des Antrags der CDU erfüllt ist. Das kann ich nicht erkennen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein!)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nein, nicht erfüllt!)

Es ist nicht erfüllt? Ist das jetzt der offizielle Widerspruch der CDU-Fraktion? Dann stimmen wir darüber ab, ob das Berichtersuchen erfüllt ist. Wer das als gegeben ansieht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Koalitionsfraktionen. Die Gegenstimmen, bitte. Das sind die Stimmen aus der CDU-Fraktion. Die Enthaltungen? Es gibt 1 Enthaltung des Abgeordneten Gentele. Damit ist festgestellt, dass das Berichtersuchen zu Nummer 1 des Antrags der CDU erfüllt ist.

Wir kommen zu den Abstimmungen zu den Ziffern 2 bis 7 des Antrags der CDU, zunächst die Frage der Ausschussüberweisung. Das habe ich nicht vernommen. Es bleibt auch dabei. Dann stimmen wir darüber ab. Es ist mir namentliche Abstimmung angezeigt worden. Jetzt stehen in namentlicher Abstimmung die Ziffern 2 bis 7 des Antrags der Fraktion der CDU. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmkarten einzusammeln.

Hatten alle Abgeordneten die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann bitte ich um Auszählung.

Wir haben ein Ergebnis zur Abstimmung in der Drucksache 6/3298, die Nummern 2 bis 7. Es wurden 83 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 29, mit Nein 54. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Dadurch steht jetzt der Alternativantrag der Fraktion der AfD zur Abstimmung. Zunächst einmal die Feststellung: Ausschussüberweisung hatte ich nicht vernommen. Sie wird auch nicht beantragt. Dann stimmen wir direkt darüber ab. Es ist mir ebenfalls namentliche Abstimmung zum Antrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 6/3342 angezeigt worden. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmkarten einzusammeln.

Hatten alle die Gelegenheit, Ihre Stimme abzugeben? Das ist der Fall. Dann bitte ich um Auszählung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es hat ein bisschen gedauert, das hatte seine Ursache: Wir mussten die Auszählung zur Abstimmung zu Drucksache 6/3298, dem Antrag der CDU, noch einmal

(Vizepräsident Höhn)

vornehmen. Es gibt eine kleine Korrektur des Ergebnisses. Es wurden 83 Stimmen abgegeben, davon 29 Jastimmen, 53 Neinstimmen und 1 Enthaltung (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1). Es bleibt bei der Feststellung, dass dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt ist.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Aber es ist schon knapp, es ist knapp!)

Es ist knapper geworden.

Nun das Ergebnis der Abstimmung zum Alternativantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 6/3342. Es wurden 84 Stimmen abgegeben. Es gab 8 Jastimmen und 76 Neinstimmen (namentliche Abstimmung

siehe Anlage 2). Damit ist dieser Alternativantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und ich schließe diese Sondersitzung des Thüringer Landtags. Ich lade Sie ein zur 72. Plenarsitzung um exakt 17.20 Uhr hier in diesen heiligen Hallen. 17.20 Uhr geht es hier weiter.

Ende: 16.35 Uhr

Anlage 1

Namentliche Abstimmung in der 71. Sitzung am
25. Januar 2017 zum TagesordnungspunktZur Lage der inneren Sicherheit in Thüringen,
Stärkung der Sicherheitsbehörden im Freistaat

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/3298 –

hier: Nummern 2 bis 7

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	46. Lehmann, Annette (CDU)	ja
2. Becker, Dagmar (SPD)	nein	47. Lehmann, Diana (SPD)	nein
3. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	48. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	
4. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	49. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
5. Brandner, Stephan (AfD)	nein	50. Liebetrau, Christina (CDU)	ja
6. Bühl, Andreas (CDU)	ja	51. Lukasch, Ute (DIE LINKE)	nein
7. Carius, Christian (CDU)	ja	52. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
8. Dittes, Steffen (DIE LINKE)	nein	53. Malsch, Marcus (CDU)	
9. Emde, Volker (CDU)		54. Martin-Gehl, Dr. Iris (DIE LINKE)	nein
10. Engel, Kati (DIE LINKE)	nein	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
11. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
12. Floßmann, Kristin (CDU)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	ja
13. Geibert, Jörg (CDU)	ja	58. Mitteldorf, Katja (DIE LINKE)	nein
14. Gentele, Siegfried (fraktionslos)	ja	59. Mohring, Mike (CDU)	ja
15. Grob, Manfred (CDU)	ja	60. Möller, Stefan (AfD)	nein
16. Gruhner, Stefan (CDU)	ja	61. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
17. Hande, Ronald (DIE LINKE)	nein	62. Muhsal, Wiebke (AfD)	nein
18. Harzer, Steffen (DIE LINKE)	nein	63. Müller, Anja (DIE LINKE)	nein
19. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	64. Müller, Olaf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
20. Helmerich, Oskar (SPD)	nein	65. Pelke, Birgit (SPD)	nein
21. Henfling, Madeleine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	66. Pfefferlein, Babett (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
22. Henke, Jörg (AfD)	nein	67. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
23. Hennig-Wellsow, Susanne (DIE LINKE)	nein	68. Primas, Egon (CDU)	
24. Herold, Corinna (AfD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (fraktionslos)	
25. Herrgott, Christian (CDU)	ja	70. Rosin, Marion (SPD)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	ja	72. Rudy, Thomas (AfD)	nein
28. Höcke, Björn (AfD)	nein	73. Schaft, Christian (DIE LINKE)	nein
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	74. Scherer, Manfred (CDU)	
30. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	75. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	ja	76. Schulze, Simone (CDU)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	77. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	78. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	nein	79. Tasch, Christina (CDU)	ja
35. Kellner, Jörg (CDU)	ja	80. Taubert, Heike (SPD)	nein
36. Kießling, Olaf (AfD)	nein	81. Thamm, Jörg (CDU)	ja
37. Kobelt, Roberto (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	82. Tischner, Christian (CDU)	ja
38. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	83. Voigt, Prof. Dr. Mario (CDU)	
39. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein	84. Walk, Raymond (CDU)	ja
40. Kowalleck, Maik (CDU)	ja	85. Walsmann, Marion (CDU)	ja
41. Kräuter, Rainer (DIE LINKE)		86. Warnecke, Frank (SPD)	nein
42. Krumpe, Jens (fraktionslos)	Enthaltung	87. Wirkner, Herbert (CDU)	ja
43. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein	88. Wolf, Torsten (DIE LINKE)	nein
44. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	nein	89. Worm, Henry (CDU)	ja
45. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein	90. Wucherpennig, Gerold (CDU)	ja

91. Zippel, Christoph (CDU)

ja

Anlage 2

**Namentliche Abstimmung in der 71. Sitzung am
25. Januar 2017****zum Alternativantrag der Fraktion der AfD**

in Drucksache 6/3342

**Thüringen schützen – Heimat verteidigen;
Terrorismus und Kriminalität bekämpfen,
Polizei und Justiz stärken**

zu

**Zur Lage der inneren Sicherheit in Thüringen,
Stärkung der Sicherheitsbehörden im Freistaat**

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/3298 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	43. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein
2. Becker, Dagmar (SPD)	nein	44. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	nein
3. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	45. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein
4. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	46. Lehmann, Annette (CDU)	nein
5. Brandner, Stephan (AfD)	ja	47. Lehmann, Diana (SPD)	nein
6. Bühl, Andreas (CDU)	nein	48. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	
7. Carius, Christian (CDU)	nein	49. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
8. Dittes, Steffen (DIE LINKE)	nein	50. Liebetrau, Christina (CDU)	nein
9. Emde, Volker (CDU)		51. Lukasch, Ute (DIE LINKE)	nein
10. Engel, Kati (DIE LINKE)	nein	52. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
11. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	53. Malsch, Marcus (CDU)	
12. Floßmann, Kristin (CDU)	nein	54. Martin-Gehl, Dr. Iris (DIE LINKE)	nein
13. Geibert, Jörg (CDU)	nein	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
14. Gentele, Siegfried (fraktionslos)	nein	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
15. Grob, Manfred (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
16. Gruhner, Stefan (CDU)	nein	58. Mitteldorf, Katja (DIE LINKE)	nein
17. Hande, Ronald (DIE LINKE)	nein	59. Mohring, Mike (CDU)	nein
18. Harzer, Steffen (DIE LINKE)	nein	60. Möller, Stefan (AfD)	ja
19. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	61. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
20. Helmerich, Oskar (SPD)	nein	62. Muhsal, Wiebke (AfD)	ja
21. Henfling, Madeleine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	63. Müller, Anja (DIE LINKE)	nein
22. Henke, Jörg (AfD)	ja	64. Müller, Olaf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
23. Hennig-Wellsov, Susanne (DIE LINKE)	nein	65. Pelke, Birgit (SPD)	nein
24. Herold, Corinna (AfD)	ja	66. Pfefferlein, Babett (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
25. Herrgott, Christian (CDU)	nein	67. Pidge, Dr. Werner (SPD)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	68. Primas, Egon (CDU)	
27. Heym, Michael (CDU)	nein	69. Reinholz, Jürgen (fraktionslos)	
28. Höcke, Björn (AfD)	ja	70. Rosin, Marion (SPD)	nein
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	72. Rudy, Thomas (AfD)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	73. Schaft, Christian (DIE LINKE)	nein
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	74. Scherer, Manfred (CDU)	
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	75. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	nein	76. Schulze, Simone (CDU)	nein
35. Kellner, Jörg (CDU)	nein	77. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
36. Kießling, Olaf (AfD)	ja	78. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
37. Kobelt, Roberto (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	79. Tasch, Christina (CDU)	nein
38. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	80. Taubert, Heike (SPD)	nein
39. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein	81. Thamm, Jörg (CDU)	nein
40. Kowalleck, Maik (CDU)	nein	82. Tischner, Christian (CDU)	nein
41. Kräuter, Rainer (DIE LINKE)	nein	83. Voigt, Prof. Dr. Mario (CDU)	
42. Krumpe, Jens (fraktionslos)	nein	84. Walk, Raymond (CDU)	nein

85. Walsmann, Marion (CDU)	nein	91. Zippel, Christoph (CDU)	nein
86. Warnecke, Frank (SPD)	nein		
87. Wirkner, Herbert (CDU)	nein		
88. Wolf, Torsten (DIE LINKE)	nein		
89. Worm, Henry (CDU)	nein		
90. Wucherpennig, Gerold (CDU)	nein		